

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Rassismus, sozialer Ungleichheit und der Ausbreitung der Corona-Pandemie. Wie uns die brutale und weltweit Empörung auslösende Ermordung von George Floyd gezeigt hat, werden in den USA Schwarze nicht nur häufig Opfer rassistischer Übergriffe, sie sind auch überproportional oft von Armut betroffen, wie auch vom Tod an Covid-19.

Das trifft auch für Brasilien zu, dem nach den USA zweiten globalen Hotspot der Corona-Krise, und für ganz Lateinamerika, das die WHO im Mai zum neuen Epizentrum der Pandemie erklärt hat. Die meisten der schon über eine Million Infizierten (und etwa 65.000 Toten) haben nach Brasilien Peru, Chile, Mexiko und Ecuador verzeichnet. Die Gesundheitssysteme haben vielfach ihre Belastungs-

grenze erreicht und in einzelnen Fällen (Guayaquil, Manaus) auch überschritten.

Paradox erscheint dabei, dass sich das Virus auch in Ländern wie Peru, das frühzeitig strenge Maßnahmen ergriffen hat,

EDITORIAL

offenbar unaufhaltsam ausbreitet. Schon vor der Pandemie vorhandene, durch sie aber verschärfte Faktoren wie Armut, Ungleichheit und Korruption sind dafür verantwortlich. In den beengten Wohnverhältnissen städtischer Slums, wo die Menschen Tag für Tag arbeiten müssen, um Essen zu haben, lassen sich soziale Distanz und Isolierung auf Dauer nicht durchhalten.

Durch die Pandemie werden Armut und soziale Konflikte absehbar zunehmen. Die Gefahr besteht, dass die Eliten versuchen werden, sich ihrer Verantwortung, finanziell zur Bewältigung der Krise beizutragen, durch Militarisierung, Repression – und Rassismus – zu entziehen. Zugleich wird aber auch der Druck der benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsschichten in Richtung größerer sozialer Gerechtigkeit und tiefgreifender Demokratisierung zunehmen. Sie werden dabei mehr denn je auf unsere Solidarität angewiesen sein. Und – wie der diesmal besonders umfangreiche Schwerpunkt des Heftes verdeutlicht – wird sich auch die Pandemie nur durch grenzübergreifende Zusammenarbeit überwinden lassen.

Gesundheit, hier und anderswo!

Hermann Klosius

INHALT

THEMA: CORONA IN LATEINAMERIKA: VON LOCKDOWN BIS LAISSER-FAIRE

Corona-Pandemie in Lateinamerika
Sozialer Sprengstoff und produktive Lösungen 4
Von Stefan Peters

Lateinamerikas Remilitarisierung im Schatten des Virus . . 6
Von Leo Gabriel

Die schlimmste Wirtschaftskrise in Lateinamerikas
Geschichte. Interview mit Oliver Stuenkel 8
Von Cecilia Barría

Virusexport durch Deportationen:
Öl ins Feuer der Pandemie 10
Von Nicole Narea

Nicaragua: Fußball mit Corona ante portas 12
Von Ralf Leonhard

Drohender Genozid in Amazonien 13
Von Thilo F. Papacek

Brasilien „Unsichtbare“ im Visier des Virus. 15
Von Aiko Ikemura Amaral

Peru: Chronologie einer (abwendbaren?) Katastrophe . 16
Von Eny Angenvoort

Ecuador: Sozialer Zusammenhalt in der Coronakrise . . 18
Von Marie-Therese Lager

Kolumbien: Bogotás Umwelt und Gesellschaft

in der Pandemie. 21
Von Eva Kalny

Argentinien: Pragmatismus in der Coronakrise 23
Von Laurin Blecha

Die Corona-Pandemie läuft in Chile aus dem Ruder
Interview mit José Horacio Wood 25
Von Jürgen Schübelin

Kubas medizinischer Internationalismus 27
Von Jürgen Kreuzroither

Gedanken über eine Welt nach Corona. 29
Von Maristella Svampa

AKTUELLES & LITERATUR

Die Farce der venezolanischen „Ferkelbucht“ 32
Von Jon Lee Anderson
Eingeschnürt im US-Hinterhof 33
Von Carolus Wimmer

Kurznachrichten 34

„Jeder Kolumbianer ist Feindesland“ 36
Interview mit Pedro Badrán
Von Ralf Leonhard

Buchbesprechung 38

In memoriam Luis Spúlveda 39
Von Theo Bruns



DIE CORONA-PANDEMIE IN LATEINAMERIKA:

Die Weltwirtschaft befindet sich in der Corona-Schockstarre. Die Gründe hierfür finden sich einerseits in den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Andererseits streut die Unterbrechung von Lieferketten in der globalen Wirtschaft zusätzlichen Sand ins Getriebe. Kurz: Corona wirkt praktisch wie ein Generalstreik ohne Verhandlungstisch. Zudem bricht in vielen Bereichen die Nachfrage ein. Die Menschen bleiben zu Hause und üben sich in Konsumverzicht. Dieser erzwungene Wandel zu einem post-materiellen Lebensstil hat einen Namen: „Degrowth by disaster“ (Peter Victor).

Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2020 in eine tiefe Rezession fallen. Seien wir ehrlich: Wir müssen uns auf ein zweistelliges Negativwachstum einstellen. Harte Einschnitte sind vorhersehbar, und dennoch: Die Krise läuft für die Wirtschaft im globalen Norden allenfalls auf eine schwere Grippe hinaus. Die Hauptlast des wirtschaftlichen Abschwungs wird auf den Ländern des globalen Südens liegen. Der drastische Rückgang der Rohstoffpreise und des Tourismus sowie die Abnahme der Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten lässt bereits die Staats- und Deviseneinnahmen eines Großteils der Staaten einbrechen.

Gleichzeitig haben viele der Länder des globalen Südens im Zuge der Weltmarktöffnung ihre Kapazitäten zur Eigenversorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern verloren und sind abhängig von Importen. Doch aktuell befindet sich der Welthandel auf Sparflamme und zudem haben die meisten Währungen des globalen Südens in den vergangenen Monaten gegenüber dem Euro und dem Dollar massiv an Wert verloren. Als Konsequenz werden die Handelsbilanzdefizite und Schulden wachsen und auch die Versorgungslage kann sich bald anspannen. Doch vor allem schnellen die Preise für Konsumgüter und Lebensmittel in die Höhe und das sorgt für eine weitere Verschärfung der sozialen Krise.

Das Virus wirkt sozial nicht neutral

Die Corona-Berichterstattung fokussiert sich naheliegenderweise auf die gesundheitlichen Konsequenzen des neuartigen Virus. Dabei wird eine zentrale Ein-

Aktuell gibt es nur ein Thema: Corona-Virus. Fast ganz Lateinamerika wurde per Hammer in den Lockdown versetzt. Dies hat die Verbreitung des Virus verlangsamt und Leben gerettet. Der Lockdown war und ist ebenso richtig wie unabdingbar. Er hat jedoch gleichzeitig viele Menschen aus einem prekären Alltag in eine Existenzkrise gestürzt. Die schrittweisen Lockerungen in Lateinamerika sind dennoch keine gute Nachrichten. Der Subkontinent steht vor einem Dilemma: Eine Fortsetzung des Lockdowns verschärft die wirtschaftliche und soziale Krise und birgt massiven sozialen Sprengstoff. Eine Öffnung lässt die Infektionszahlen rapide ansteigen und droht einen schnellen Kollaps der Gesundheitssysteme herbeizuführen. Doch es gibt Alternativen zu Pest und Cholera: Es bedarf kurzfristig sozialer Notfallfonds und mittelfristig einer Reduzierung der Ungleichheiten sowie des Aufbaus eines universalistischen Wohlfahrtsstaats. Das gibt es nicht zum Nulltarif: Internationale Solidarität ist heute wichtiger denn je. Doch es gibt auch Spielräume innerhalb Lateinamerikas: Hier müssen die Eliten endlich in die Pflicht genommen werden.

Von Stefan Peters

sicht oft vergessen: Gesundheit wirkt – ebenso wie Smog oder der Klimawandel – sozial nicht neutral. Dies gilt insbesondere für Staaten in Lateinamerika, die durch extreme soziale Ungleichheiten sowie segregierte Gesundheitssysteme geprägt sind. Die Region weist zusammen mit dem südlichen Afrika die weltweit höchsten Ungleichheitswerte auf. Dies wirkt sich ganz konkret auf den Gesundheitszustand aus. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind überdurchschnittlich häufig von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen und damit in der aktuellen Corona-Krise einem höheren Risiko ausgesetzt.

Zudem ist ihr Zugang zum Gesundheitssystem prekär und wird sich im Zuge der Ausbreitung des Virus noch weiter verschlechtern. Die Pandemie setzt die bestenfalls wackeligen und prekären Gesundheitssysteme in Lateinamerika einem immensen Stresstest aus. Dabei gilt es zu beachten, dass die Gesundheitsversorgung – entgegen häufigen Vorurteilen – in vielen Ländern der Region nicht per se schlecht ist. Im Gegenteil: Es handelt sich vielmehr um eine Zwei-Klassen-Medizin. Gut ausgestattete Privatkliniken in den wohlhabenden Vierteln der Metropolen stehen den prekären Zuständen vieler öffentlicher Krankenhäuser und einem eklatanten Mangel an adäquater Gesundheitsversorgung auf dem Land gegenüber. Bei einem schweren Krankheitsverlauf entscheiden hier nicht das Alter oder die Vorerkrankungen, sondern das Bankkonto und der Wohnort über Leben und Tod.

Auch sind die allseits eingeforderten Präventionsmaßnahmen realitätsfern bzw. haben einen Mittelschichtsbias. Die Einhaltung der Hygienestandards scheitert oft an den Lebensbedingungen. Auch die Unannehmlichkeiten von Ausgangssperren dürften in weitläufigen Apartments mit Terrasse eher verschmerzbar sein als in kleinen, oft prekären und überbelegten Unterkünften in den städtischen Randvierteln. Zudem sind in Lateinamerika knapp 50% der Beschäftigten im informellen Sektor tätig und weitere sind prekär beschäftigt. Der wirtschaftliche Stillstand unterminiert ihre Lebensgrundlage. Geschlossene Büros und Geschäfte nehmen ihnen die Kunden für den Kaffee, Orangensaft, kleine Snacks, das Putzen der Schuhe oder Taxifahrten. Rücklagen haben diese Bevölkerungsgruppen nicht und auf verlässliche staatliche Hilfe warten sie in der Regel vergebens.

Doch das ist nicht alles: Die Schließung von Schulen zieht nicht nur ein Betreuungsschmerzproblem nach sich. Gerade in der armen Bevölkerung ist oft die kostenlose Schulspeisung der Kinder ein fundamentaler Beitrag zur Sicherstellung der Ernährung und mangelnder Internetzugang verunmöglicht Fernunterricht. Die ohnehin enormen Bildungsungleichheiten werden sich weiter vertiefen.

Die CEPAL warnt bereits, dass als Folge der Corona-Krise Armut, extreme Armut und soziale Ungleichheiten in die Höhe schnellen werden. Die soziale Frage hat schon vor der aktuellen Krise in vielen Ländern Lateinamerikas zu massiven



SOZIALER SPRENGSTOFF UND PRODUKTIVE LÖSUNGEN

sozialen Protesten geführt, die von den Regierungen mit unterschiedlicher Intensität niedergeschlagen wurden. Dabei kann eine Veränderung der sozialen Zusammensetzung konstatiert werden. Die Mittelschicht bleibt zu Hause; wer heute protestiert, hat handfeste Existenzängste und nicht selten Hunger. Für die kommenden Monate ist nicht nur mit einer Zuspitzung der sozialen Situation, sondern auch mit massiven politischen Unruhen, Instabilitäten und Plünderungen zu rechnen. Es steht zu befürchten, dass die Politik eine Antwort nicht etwa in einer sozialen Bearbeitung der Krise, sondern mittels schlichter Repression suchen wird und mit Verweis auf die Bekämpfung von Corona rechtsstaatliche Standards geopfert werden.



Foto: Esteban Felix

Santiago im Mai: BewohnerInnen von Armenvierteln protestieren gegen die Ausgangssperre

Was tun?

Die Corona-Krise stellt die Politik vor eine Mammutaufgabe. Die gute Nachricht zuerst: Es gibt politische Optionen. Mittel- und langfristig braucht die Krisenprävention die Förderung von guter Arbeit und sozialen Rechten sowie eine Neuausrichtung des Entwicklungsmodells. Doch zunächst sind akute Veränderungen und Hilfen vorrangig. Es bedarf jetzt schneller und mutiger Lösungsansätze sowie einer Richtungsverschiebung auf den Ebenen der nationalen und internationalen Politik. Der Knackpunkt ist die unverzügliche Sicherstellung einer sozialen Grundsicherung für die ganze Bevölkerung. Die Logik dahinter ist ebenso simpel wie richtig: Nur mit sozialer Absicherung können die Menschen mit einem Schnupfen zu Hause bleiben und damit die Verbreitung des Virus eindämmen. Der gute alte Wohlfahrtsstaat ist heute aktueller denn je. Doch eine flächendeckende soziale Grundsicherung gibt es nicht zum Nulltarif. Gebraucht wird ein Sonderfonds zur Abfederung der sozialen Krise. Hieraus können dann schnelle und gezielte Direkthilfen für die millionenfachen Härtefälle finanziert werden.

Auf den ersten Blick fehlen den lateinamerikanischen Staaten hierfür die Mittel. Doch Spielräume sind vorhanden. Erstens gibt es Raum für Haushaltsumschichtungen. Laut aktuellem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) stiegen die Rüstungsausgaben in der Region in der jüngsten Vergangenheit deutlich an. Das Corona-Virus wird aber kaum mit U-Booten oder Kampfhubschraubern besiegt. Gelder für Waffenkäufe müssen dringend eingefroren und für die Finanzierung der Gesundheits- und Sozialsysteme genutzt werden. Zweitens leisten sich die lateinamerikanischen Staaten seit jeher den Luxus, auf eine effektive Besteuerung der Wohlhabenden weitgehend zu verzichten. In der Corona-Krise müssen die lateinamerikanischen Eliten – schon aus Eigeninteresse – in die gesellschaftliche Pflicht genommen werden¹. Schließlich kann das Corona-Virus uns alle treffen. Eine wirksame Abschottung ist weder durch Macht noch Geld möglich.

Dies erschüttert ein Grundverständnis der lateinamerikanischen Eliten. Diese wähten sich dank exklusiver Bildungs-

einrichtungen, luxuriöser Privatkliniken und Sicherheitsdienste längst immun gegen die gesellschaftlichen Probleme der „Dritten Welt“. Doch gleichzeitig ist ihr Alltag durch Kindermädchen, Putzfrauen, Wachleute und Fahrer eng mit den marginalisierten Stadtvierteln verbunden. Die Klassengrenzen sind in den sozialen Beziehungen allgegenwärtig, doch Corona ignoriert sie einfach. Eine Überwindung der Pandemie kann nicht im exklusiven Clubbereich erfolgen, sondern erfordert gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze mit großkalibrigen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise und Prävention einer gesundheitlichen und sozialen Katastrophe. Der Königsweg liegt hier in der Einführung einer effektiven Besteuerung hoher Einkommen. Dies muss kurzfristig von einer einmaligen Vermögensabgabe begleitet werden. Dabei muss keiner darben, sondern nur einen Teil des exorbitanten Reichtums abgeben.

Die Bewältigung der sozialen Folgen der Pandemie wird – drittens – nicht allein auf nationaler Ebene möglich sein. Genauso wie das Virus nationale Grenzen

⇒ von Seite 5: CORONA-PANDEMIE

spielend überschreitet, erfordern auch die Gegenmaßnahmen internationale Koordination. Wer eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe sowie massive politische Instabilitäten vermeiden möchte, muss jetzt auf internationale Kooperation und eine soziale Weltinnenpolitik setzen. Dies erfordert großzügige Unterstützung für Krisenstaaten. In diesem Licht erweist sich die Verweigerung finanzieller Hilfen des IWF für Venezuela als handfester Skandal, der die – vollkommen richtige – Anklage von Menschenrechtsverletzungen in dem Land als Krokodilstränen entlarvt. Der Fokus liegt weiter auf *regime change* und dafür werden leichtfertige Menschenleben geopfert.

Die internationale Gemeinschaft muss jetzt das Heft des Handelns in die Hand nehmen und mit schnellen, unbürokratischen und weitreichenden Entscheidungen die notwendigen Mittel zur Abfederung der sozialen Konsequenzen der Corona-Pandemie zur Verfügung stellen. Ein internationaler Notfonds unter Einbindung von IWF und Weltbank wäre ein Fanal für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen. Mehr noch: Sollte die internationale Gemeinschaft die endlosen Bekennnisse zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*) ernst meinen, müssen jetzt mutige Entscheidungen getroffen und breit ausfinanziert werden. Andernfalls sind die Ziele für 2030 bereits Ende 2020 Makulatur. Doch es geht nicht um Statistiken: Im Zentrum stehen Menschenleben. Deshalb muss jetzt rasch und entschlossen gehandelt werden. Denn die direkten (gesundheitlichen) und indirekten (wirtschaftlichen, sozialen und politischen) Folgen des Corona-Virus haben eines gemeinsam: Abwarten führt zu einer Verschärfung der Situation, die bald unkontrollierbar werden könnte. Also nutzen wir die Gelegenheit und schmieden das Eisen, solange es noch heiß ist! ■

Der Autor ist Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Direktor des Instituto Colombo-Alemán para la Paz (CAPAZ) in Bogotá.

¹ Eine Schätzung des Lateinamerikanischen Zentrums für Geopolitik CELAG ergab Anfang Juni, durch eine Steuer auf große Unternehmen könnten 0,5 bis 1,0 % des regionalen BIP, etwa 25 bis 50 Mrd. USD, aufgebracht werden.

LATEINAMERIKAS REMILITARISIERUNG IM SCHATTEN DES VIRUS

Geht man den Ereignissen der letzten drei Monate, die auch in Lateinamerika von der weltweiten Pandemie dominiert waren, nach, stellt sich bald heraus, dass in fast allen Ländern die Militärs einen enormen Machtgewinn erzielt haben. Im Unterschied zu früheren Zeiten zeigen ihre Drahtzieher jedoch nicht ihr wahres Gesicht, sondern verschanzen sich hinter den Masken willfähriger Politiker, die angesichts der Krise ihren Rückhalt unter der Bevölkerung verlieren. So geschehen in Brasilien, Bolivien, Chile, Honduras, El Salvador – und sogar in Mexiko.

Von Leo Gabriel

Wer sich längere Zeit mit Lateinamerika beschäftigt hat, wird der indianischen Kosmvision etwas abgewinnen können, der zufolge die Geschichte nicht linear, sondern in spiralförmigen Zyklen verläuft. Daran hat sicher auch der namhafte Anführer der brasilianischen Landlosenbewegung (*Movimento Sem Terra*) João Pedro Stédile kürzlich in einem Interview gedacht: „Die Krise, mit der wir im Augenblick in Brasilien leben, ist die schlimmste seit der Conquista im 16. Jahrhundert“¹.

Was er damit meint, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass der im Oktober 2018 zum Präsidenten gewählte Jair Bolsonaro sich vom Tag seines Amtsantritts an gegen so ziemlich alle gesellschaftlichen Sektoren gestellt hat, die sich den von ihm propagierten Raubzügen der Großgrundbesitzer widersetzen. Dazu gehören die Indígenas in der Amazonas-Region ebenso wie die LandarbeiterInnen in Rio Grande do Sul; die BewohnerInnen der Favelas ebenso wie die GewerkschafterInnen und Intellektuellen, die einst für Luiz Inácio da Silva, „Lula“, gestimmt haben.

Die Rückkehr der Konquistadoren

Dieses anachronistische, archaische Bild vom Wiederaufleben der Zeit der Konquistadoren wurde mit dem Auftauchen der Corona-Pandemie im März dieses Jahres nur noch verstärkt. Hoch zu Ross ließ sich Bolsonaro anfangs als „Retter der Nation“ feiern, dem die Pandemie ebenso wenig anhaben könne wie seiner Gefolgschaft, zu der auch viele Angehörige evangelikaler Sekten zählen.

Inzwischen liegt Brasilien mit weit über 500.000 Corona-Infizierten und mehr als 30.000 Toten laut Johns Hopkins-Universität nach den USA an weltweit zwei-

ter Stelle, und auch sonst sind die Wirtschaftsdaten katastrophal. João Pedro Stédile sagt, dass etwa 60 Millionen, also etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung, von der Hand in den Mund leben. Doch das scheint den Multimillionär Bolsonaro ebenso wenig aus der Fassung zu bringen wie der Umstand, dass er bereits zwei Gesundheitsminister entlassen „musste“, weil sie seine Laissez-faire-Politik nicht unterstützt hatten. Ja sogar der populäre Justizminister Sergio Moro trat zurück, der Bolsonaro während des Wahlkampfes den Rücken gestärkt hatte, indem er „Lulas“ Kandidatur dadurch verhinderte, dass er ihn ins Gefängnis werfen ließ.

Zugleich wurden bereits 35 Impeachment-Verfahren in die Wege geleitet, die anscheinend auch mit der Unterstützung eines Großteils des urbanen Industriekapitals und der katholischen Kirche rechnen können. Natürlich ist auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei PT mit von der Partie, dürfte aber wegen ihrer eigenen Korruptionsgeschichte kaum eine entscheidende Rolle spielen können.

Hinter den Kulissen: die Armee als Königsmacherin

Ganz anders verhält es sich da mit den Militärs, die in Brasilien – sieht man von der Militärdiktatur (1964–1985) ab – als politischer Machtfaktor nur wenig in Erscheinung getreten sind. Das dürfte jedoch heute anders sein: nicht nur weil Bolsonaro selbst ihren Rängen entspringt und zahlreiche Generäle während seiner Amtszeit großzügig mit Ministerämtern und anderen öffentlichen Positionen ausgestattet hat, sondern auch, weil sie im allgemeinen Wirtschafts- und Epidemie-Chaos auf Bundesebene den einzig stabilen Machtfaktor darstellen – in einem Spektrum, in dem übrigens das Gewicht der Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten zunimmt.



AnhängerInnen Bolsonaros sehnen sich nach einer Militärdiktatur

Das alles hat in Brasilien zu der eingangs erwähnten Situation geführt, in der sich der Landadel mithilfe der Armee und einer fundamentalistisch ausgerichteten pseudoreligiösen Bewegung gerade anschickt, eine durch und durch koloniale Macht zu ergreifen.

Wie in Brasilien haben sich die Militärs auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent die Situation der Pandemie zu nutze gemacht, um hinter den Kulissen der zivilen Amtsträger jedweder Provenienz die reale Macht im Staat zu übernehmen.

Bolivien: Putschregierung forever?

Das ist zum Beispiel auch in Bolivien der Fall, wo es einer relativ schwachen politischen Rechten mit Hilfe der Militärs gelungen ist, die Regierung des nach wie vor sehr populären indigenen Präsidenten Evo Morales aus dem Amt zu hebeln und in die Flucht zu schlagen. Auch wenn es sich Ende Oktober nicht um einen klassischen Militärputsch gehandelt hat, wurde doch bald deutlich, wer die Drahtzieher hinter den Ereignissen waren, als die Armee unter Verteidigungsminister General Fernando López ausrückte, um in El Alto, Cochabamba und im Chapare (der politischen Heimat von Evo Morales) den aufkeimenden Widerstand niederzuschlagen.

In diesem angespannten Szenario stellt der Ausbruch der Pandemie für die neuen Machthaber unter der Interimspräsidentin Jeanine Áñez eine willkommene Gelegenheit dar, die für Anfang Mai vorgesehenen Präsidentschaftswahlen, bei

denen die Morales-Partei MAS (*Movimiento al Socialismo*) große Siegeschancen gehabt hätte, auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Inzwischen greifen die Armee und Sicherheitsbehörden vor allem in Gebieten wie Santa Cruz und Cochabamba durch, um den Wahlkampf der MAS-Kandidaten Luis Arce und David Choquehuanca zu verhindern.

Chiles Volksbewegung wieder aktiv

Eine ähnliche Situation ergab sich in Chile, wo das für April vorgesehene, heiß umkämpfte Verfassungsreferendum über Betreiben des vom Militär gestützten Präsidenten Sebastián Piñera auf voraussichtlich den 25. Oktober verschoben wurde. Die wegen der Pandemie zunächst zum Erliegen gekommene Verfassungsbewegung flammte inzwischen in verschiedenen Städten Chiles trotz Ausgangssperre wieder auf und führte zu einem nach wie vor andauernden territorialen Kampf um die Besetzung der Hauptplätze dieser Städte.

Honduras und El Salvador: Militarisierung der Politik

Am deutlichsten zeigt sich die inoffizielle Machtübernahme durch die Militärs in Honduras und El Salvador, wobei das in Honduras keine Neuigkeit darstellt, hatte sich der seit 2014 im Amt befindliche Juan Orlando Hernández (seit 2014 im Amt) bei seinen diversen Machenschaften, die von Wahlbetrug über die Aneignung von Hilfgeldern bis hin zum Drogenhandel reichen, immer schon auf die Armee gestützt.

Trotzdem gab die in den einzelnen Ländern trotz (oder gerade wegen?) des Lockdown stark anwachsende Pandemie den diktatorisch agierenden Präsidenten der beiden Bananenrepubliken die Gelegenheit, sich wieder einmal richtig in Szene zu setzen. Der erst seit einem Jahr im Amt befindliche salvadorianische Präsident Nayib Bukele setzte sich nicht nur über Entscheidungen des Obersten Gerichts gegen seine Politik der strafweisen Internierung Tausender wegen Verstoß gegen die Ausgangssperre in Quarantänezentren hinweg, er packte auch die Gelegenheit beim Schopf, den Militärs und Sicherheitsorganen einen zwar vor allem gegen jugendliche Bandenmitglieder gerichteten, aber doch recht unspezifischen Schießbefehl gegen alle zu erteilen, die sich seinen Anordnungen widersetzen. Seither ist nicht nur die Zahl der Coronatoten, sondern auch die der Gewaltopfer gestiegen, wobei die Dunkelziffer an zivilen Toten ziemlich hoch sein dürfte.

US-Army: Drahtzieher im Hintergrund?

So als handelte es sich um ein Virus, das nahezu alle Länder Lateinamerikas ergriffen hat, schreitet die Militarisierung der Politik unter dem Schutzschild der Pandemie mit Riesenschritten voran. In letzter Zeit scheint die Pandemie der Militarisierung sogar Mexiko erfasst zu haben, ein Land, dem sogar die grauenvolle Welle der Militärdiktaturen in den 1970er und 1980er Jahren erspart geblieben war. Entgegen seinen Versprechungen hat der linksliberale Präsident Andrés Manuel López Obrador jetzt der von ihm kreierte Nationalgarde zum Schutz der Grenzen die Möglichkeit zugestanden, „zwecks Verbrechensbekämpfung“ im ganzen Land Soldaten zu mobilisieren.

Kann es ein Zufall sein, dass all das geschieht, während die USA gegenüber Venezuela eine Offensive angekündigt haben? Dass sich die lateinamerikanischen Militärs mit denen der US-Armee und Marine immer schon sehr gut vernetzt haben, ist nichts Neues. Ob die Remilitarisierung Lateinamerikas nun einfach dem Lauf der Geschichte entspricht, oder einem von Washington aus eingefädelten Masterplan gehorcht, wird die Zukunft zeigen. ■

¹ https://www.youtube.com/watch?v=GQT1bTTZ_FM&feature=youtu.be

Interview mit
Oliver Stuenkel

Während sich Lateinamerika darauf vorbereitet, mit den steigenden Infektionszahlen der kommenden Wochen fertig zu werden, trifft die Wirtschaftskrise bereits die Unternehmen und die Ärmsten hart. Mitten in einer Wirtschaftskrise, die als die schwerste seit der Großen Depression von 1929 eingestuft wird, wurde darüber debattiert, wie der Zusammenbruch der Spitäler und der rasante Anstieg der Opferzahlen vermieden werden und die Folgen der beispiellosen Zunahme der Arbeitslosigkeit gemildert werden können.

Doch jenseits dieser aktuellen Notlage stellt sich die Frage nach den politischen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in Lateinamerika und wie das regionale Panorama sich in der Ära nach dem Virus verändern wird. Darüber sprach **Cecilia Barría** von *BBC Mundo* mit Oliver Stuenkel, Professor für Internationale Beziehungen an der *Fundação Getulio Vargas* in São Paulo. Ihm zufolge werden einzelne Länder Lateinamerikas die Krise besser bewältigen als andere. Er denkt, dass einige Präsidenten das Ende ihrer Amtszeit nicht erreichen und Themen wie Ungleichheit und eine Reichensteuer aufs Tapet kommen werden.

Die Prognosen einer globalen Rezession infolge der Coronavirus-Pandemie werden immer besorgniserregender. Wie tief kann die Wirtschaftskrise in Lateinamerika werden?

Da wir in der Region den Höhepunkt der Infektionen noch nicht erreicht haben, lässt sich das nicht genau sagen. Lateinamerika ist keine Insel, die wirtschaftlichen Folgen werden weltweit zu spüren sein. Die jüngste Schätzung der Weltbank spricht von einem Rückgang des lateinamerikanischen BIP von fünf Prozent, doch er könnte noch viel stärker ausfallen. Ein erheblicher Teil der Menschen, zum

DIE SCHLIMMSTE WIRTSCHAFTSKRISE

Beispiel in Brasilien, kann aus wirtschaftlichen Gründen die Quarantäne nicht befolgen. Sie müssen das Haus verlassen um zu arbeiten, um sich Essen beschaffen zu können. Da sie außerdem, wie in den Favelas, auf engem Raum leben, können sie auch nicht sozialen Abstand halten.

Auch ist in Lateinamerika das Gesundheitssystem schwächer als anderswo. Auf dem Höhepunkt der Krise werden wir daher voraussichtlich mehr Kranke ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung haben. Zusätzlich gibt es etwa in Brasilien Leute, die wegen der Haltung des Präsidenten noch immer glauben, dass die Lage nicht wirklich ernst ist. Einige Länder wird der niedrige Ölpreis hart treffen. Allein wenn man sich die Rohstoffpreise anschaut, könnte das die schlimmste Krise werden, welche die Region in ihrer Geschichte erlebt hat.



Die Liste bedenklicher Entwicklungen ist lang: Fall der Rohstoffpreise, Kursverluste der Währungen gegenüber dem Dollar, Kapitalflucht, Rückgang des Tourismus und der Rücküberweisungen. Welche direkten wirtschaftlichen Folgen wird die Pandemie haben?

Am schwerwiegendsten ist, dass es Millionen neue Arme geben wird, und das wird langfristige wirtschaftliche Folgen haben. Viele Menschen werden weniger produktive Arbeiten verrichten, Kinder werden die Schule verlassen um zu arbeiten. Das wird zu größerer politischer Instabilität führen und potentiell zu mehr Populismus. Zugleich bewirkt diese Krise höhere Staatsausgaben und zusätzliche Schulden, doch unter diesen Umständen bleibt den Regierungen keine andere Wahl. Es wäre falsch, jetzt die Rolle des Staates zu reduzieren. Die Zunahme der Armut und des Budgetdefizits werden uns noch Jahre hindurch belasten.

Welche Länder haben bezüglich Budgetdefizit, Schulden und Armut die schlechteste Ausgangslage? Einige Länder haben ja nicht einmal Zugang zu den Finanzmärkten.

Bezogen auf die politischen Konsequenzen der wirtschaftlichen Krise: Wird es zu einer neuen Protestwelle in den Straßen kommen?

Wegen der Regeln zu sozialem Abstand und der Angst der Menschen vor

IN LATEINAMERIKAS GESCHICHTE

einer Ansteckung wird es während der Pandemie keine politische Instabilität geben. So wird es zum Beispiel vor dem Ende der Pandemie nur schwerlich ein Impeachment von Bolsonaro geben. Nach Ende der Pandemie werden es einige Präsidenten nicht schaffen, bis zum Ende ihrer Regierungsperiode im Amt zu bleiben. Das Impeachment gegen Dilma Rousseff zum Beispiel erfolgte nicht wegen eines Verbrechens, sondern weil die Wirtschaftskrise so schwer war, dass sie im Land und im Kongress politische Unterstützung verloren hatte. Ich halte es für wahrscheinlich, dass Bolsonaro das Ende seiner Regierungsperiode nicht erreichen wird.

In welchen anderen Ländern könnte es den Regierenden ähnlich ergehen?

Wahrscheinlich wird es dort geschehen, wo es nicht bald Wahlen gibt. Wo es Anfang 2021 Wahlen gibt, müssen die Leute den Präsidenten nicht stürzen, da sie das ja an den Urnen tun können. Wo es die Möglichkeit zum Regierungswechsel durch Wahlen gibt, wird sich politische Instabilität eher vermeiden lassen. Am meisten gefährdet sind dagegen die Regierungen, deren Amtsperiode noch einige Jahre dauert. Das trifft auf Brasilien, Chile und Mexiko zu, auch wenn alles von der Tiefe der Krise abhängt. Schon jetzt ist klar, dass Mexiko eine tiefe Rezession bevorsteht. In einer so tiefen Wirtschaftskrise ist es sehr schwer, ein Minimum an Popularität zu bewahren.

Könnte diese schwere Wirtschaftskrise einen Regierungswechsel in Venezuela bewirken, vor allem wegen der humanitären Katastrophe?

Venezuela ist ein Sonderfall, aus zwei Gründen: Einer hat mit den Öleinnahmen zu tun. Auch wenn niemand Steuern zahlt oder Arbeit hat, kann Präsident Maduro wahrscheinlich überleben, weil die Regierung gewisse Einnahmen hat. Sein Risiko ist auch deshalb kleiner, weil es keine sauberen Wahlen gibt. Es handelt sich um eine vom Militär gestützte Regierung, und das Militär profitiert von der Regierung. Zu einem Sturz könnte es kommen, wenn die

Streitkräfte sich von Maduro abwenden. Es ist nicht klar, warum sie das tun sollten. Sie könnten von der Justiz verfolgt werden, wenn sie ihn fallen lassen. Venezuela folgt nicht der selben Logik wie der Rest der Region. Auch die Migration spielt Maduro in die Hände: Je mehr VenezolanerInnen das Land verlassen (bisher fast fünf Millionen), desto geringer ist das Protestpotenzial.

Sie haben in einer Analyse geschrieben, dass die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Krise auch die Chance eröffnen, sich dem Thema Ungleichheit neu zu stellen. Wird es möglicherweise zu Änderungen im Steuerbereich kommen?



Foto: José Sánchez

„Ich habe Hunger. Hilf mir mit Gottes Barmherzigkeit“

Kurzfristig werden in Lateinamerika Armut und Ungleichheit zunehmen, wodurch das Risiko politischer Instabilität steigt. In vielen Ländern ist das Steuersystem regressiv, Reiche zahlen also weniger als Arme. Es ist schon lange versucht worden, das zu ändern, doch haben die Eliten solche Reformen bisher vereitelt. Zwar bin ich diesbezüglich nicht optimistisch, doch möglicherweise wächst angesichts einer tiefen Krise und der raschen Zunahme der Armut der politische Druck für einen Wandel. Die konservativen Regierungen der Region können nicht leugnen, dass die Märkte für sich allein nichts daran ändern werden, dass Lateinamerika eine der Weltregionen mit der größten Ungleichheit ist.

Was halten Sie von der in einigen entwickelten Ländern diskutierten Idee einer Reichensteuer? Der französische Ökonom Thomas Piketty hat sie neu eingebracht.

Die Diskussion darüber hat überall in der Welt begonnen. In Lateinamerika werden in den USA und Europa geführte Debatten oft verfolgt, auch in diesem Fall. Es gibt Klarheit darüber, dass die Finanzkrise von 2008 mehr Ungleichheit und mehr Unsicherheit der Arbeit bewirkt hat. Auch die Diskussion über ein universelles Grundeinkommen wird in Lateinamerika ankommen. Ich sage nicht, dass es zu diesbezüglichen politischen Beschlüssen kommen wird, aber es wird darüber diskutiert werden. Die politische Debatte über die Ungleichheit hat sich dank der Pandemie intensiviert.

Welche direkten politischen Optionen können im Gefolge der Pandemie auftauchen?

Es zeigt sich bereits jetzt, dass Regierungen, die auf eine eher technische als populistische Antwort auf Pandemie setzen, erfolgreicher sein werden. Länder wie Peru oder Argentinien, die auf eine bedächtigeren und mehr an den Fakten orientierte Art reagiert haben, werden bessere Ergebnisse erzielen als etwa Brasilien und Mexiko.

Die Pandemie kann bewirken, dass die WählerInnen es schätzen werden, wenn es in den Regierungen Experten gibt, wenn sich die Entscheidungen auf wissenschaftliche Daten stützen, wenn es Investitionen in Gesundheit und Bildung gibt. Eine der vielleicht wichtigsten positiven Folgen der Pandemie ist das Bewusstsein von der Wichtigkeit höherer Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen. ■

Oliver Stuenkel ist Professor für Internationale Beziehungen an der Hochschule Fundação Getúlio Vargas in São Paulo. Er forscht vor allem zur Frage, wie die aufstrebenden Mächte China, Indien und Brasilien das globale Machtgleichgewicht verschieben. Das von Hermann Klosius übersetzte Interview ist am 4. Mai auf <https://www.bbc.com> erschienen.

VIRUSEXPORT DURCH DEPORTATIONEN: OL INS FEUER DER PANDEMIE

Unter Berufung auf die Pandemie haben die USA die Behandlung von Asylansprüchen eingestellt und an ihrer Südgrenze alle Asylsuchenden abgewiesen. Das Coronavirus lieferte einen willkommenen Vorwand, jede Art von Immigration einzuschränken. Zugleich hat die Regierung Trump die Deportation vor allem zentralamerikanischer Flüchtlinge, von denen hunderte bei der Ankunft positiv auf Covid-19 getestet wurden, erbarmungslos fortgesetzt und so zur Verbreitung des Virus beigetragen.

Von Nicole Narea

Am 12. März erklärte Präsident Donald Trump angesichts der Ausbreitung des Coronavirus den nationalen Notstand. Laut einer Analyse des unabhängigen Zentrums für Wirtschafts- und Politikforschung CEPR hat die Immigrations- und Zollbehörde ICE zwischen dem 15. März und dem 24. April 21 Deportationsflüge nach Guatemala, 18 nach Honduras, 12 nach El Salvador, 3 nach Haiti und in die Dominikanische Republik und einen nach Jamaika durchgeführt. Im Mai kamen u.a. acht Flüge nach Mexiko-Stadt dazu. Parallel dazu gab es auch Abschiebungen aus Mexiko auf dem Landweg.¹

Alle diese Länder haben fragile Gesundheits- und Sozialsysteme, die Ausbrüchen in einer Größenordnung, wie sie in den USA etwa in New York stattgefunden haben, nicht gewachsen wären. Dennoch hat die Regierung Trump zahlreiche ImmigrantInnen, die später positiv auf Covid-19 getestet wurden, in diesen Flügen abgeschoben und damit das Virus exportiert. Zwar haben die USA im Mai zugesagt, alle zur Deportation nach Guatemala Bestimmten zu testen, doch bis dahin waren bereits hunderte am Virus erkrankte MigrantInnen abgeschoben, die erst nach dem Abflug Symptome entwickelt hatten. In Guatemala repräsentierten diese Deportierten Anfang Mai etwa ein Fünftel aller Infizierten des Landes.

Die hohe Infektionsrate unter den nach Guatemala Deportierten machte international Schlagzeilen. Zwei Mal, Mitte März

und Mitte April, hat Guatemala deshalb die Deportationsflüge aus den USA vorübergehend eingestellt. Gleich bei der ersten Unterbrechung drohte Trump jenen Ländern mit Sanktionen, die sich weigerten, Deportierte zu übernehmen. Wenige Tage nach Wiederaufnahme der Flüge gab Guatemalas Gesundheitsminister Hugo Monroy bekannt, über die Hälfte der am 26. März angekommenen Deportierten seien positiv getestet worden. Mitte April teilten die Behörden des Landes mit, in nur zwei Deportationsflügen habe es 74 Infizierte gegeben. Von US-Wissenschaftlern zur Überprüfung dieser Angaben durchgeführte Tests – zwölf zufällig ausgewählte Deportierte wurden alle positiv getestet – widerlegten alle Zweifel. Gesundheitsminister Monroy erklärte daraufhin, die USA seien das „Wuhan von Amerika“ geworden.

Dabei hat es nicht an Aufrufen an die Regierung Trump gefehlt, die Deportationen während der Pandemie einzustellen, um das Coronavirus nicht in Zentralamerika und der Karibik zu verbreiten. So wies Sergio Martín, Generalkoordinator der Ärzte ohne Grenzen für Mexiko, auf die begrenzten Test- und Behandlungskapazitäten in Ländern wie Honduras, El Salvador, Guatemala und Haiti hin. Deshalb könnte „ein größerer Ausbruch von Covid-19 katastrophal“ verlaufen.

Land der Lager, virusreich

Neben über 200 Fällen von positiv auf das Virus getesteten Deportierten in Guatemala waren Mitte Mai zumindest zwei Fälle in Mexiko und drei in Haiti bekannt. Aber auch aus Honduras, El Salvador und Kolumbien wurden solche Fälle gemeldet. Das überrascht nicht, denn auch unter den ca. 30.000 in ICE-Gefängnissen unter katastrophalen sanitären Bedingungen festgehaltenen ImmigrantInnen (davon Ende April etwa 5.000 aus Guatemala) hat sich das Virus ausgebreitet. Zahlreiche Gefangene traten aus Protest gegen Bedingungen, die physische Distanz kaum zulassen, in Hungerstreik. Trotz nur spärlicher Tests betonte ICE zunächst die Sicherheit der Häftlinge, musste aber bereits Mitte April etwa 100 Fälle von Covid-19 eingestehen. Kaum einen Monat später stellten sich von 1.686 Getesteten 869 als infiziert heraus.

Das legt nahe, dass es in den Lagern Mitte Mai bereits über 10.000 an Covid-19 Erkrankte gegeben hat.²

Erst nach öffentlichem Druck von Organisationen wie *Refugees International* und seitens einiger demokratischer Abgeordneter begannen die USA Ende April mit systematischen Tests vor jeder Abschiebung. Unter anderem hatten sich die Senatoren Bob Menéndez und Dick Durbin dafür eingesetzt. „Gewaltsam mit Covid-19 infizierte Menschen zurückzuschicken ist unvereinbar mit den humanitären und Gesundheitsstandards, die unsere Nation in der Zeit einer Pandemie gewährleisten muss“, schrieben sie in einem Brief an die Regierung. „Weiterhin Covid-19-positive Individuen in Länder zu deportieren, die nicht in der Lage sind, die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren, unterminiert die Fähigkeit der USA, sich vor der Wiedereinschleppung des Virus zu schützen, nachdem die Epidemie in den Vereinigten Staaten unter Kontrolle gebracht worden ist.“

Im Mai wurden die Abschiebeflüge nach Guatemala, allerdings auf Wunsch Guatemalas mit maximal 75 Passagieren, wieder aufgenommen. Das Gesundheitsministerium Guatemalas ließ zehn Passagiere eines der ersten dieser Flüge testen. Alle Abgeschobenen hatten Bestätigungen der ICE, negativ getestet worden zu sein. Dennoch war einer der zehn in Guatemala Getesteten infiziert. „Wir mussten die Flüge heute einstellen“, erklärte daraufhin Guatemalas Außenminister gegenüber einer Reporterin von *El Periódico* am 9. Mai. „Das heißt aber nicht, dass wir sie nächste Woche nicht wieder aufnehmen werden.“³

Mehr Deportationen nach Honduras?

Anders als Guatemala hatten El Salvador und Honduras die Deportationsflüge nie unterbrochen und erklärt, die Infektionsrate unter den Deportierten sei relativ niedrig gewesen. Die Regierung Trump bedankte sich bei ihnen – von begeisterten Tweets des Präsidenten abgesehen – mit einer großen Schiffsladung an Beatmungsgeräten.

Die Regierung Trump hat sich um den Abschluss sogenannter Asyl-Kooperati-

ons-Abkommen mit Guatemala, Honduras und El Salvador bemüht, die ihr erlauben sollen, MigrantInnen, die auf ihrem Weg in die USA durch diese Länder gekommen sind, dorthin zurückzuschicken. Sie vermeidet dabei den Ausdruck „sichere Drittstaaten“, da diese Staaten kaum als solche bezeichnet werden können. Bisher ist nur das Abkommen mit Guatemala in Kraft, doch könnte bald auch jenes mit Honduras aktiviert werden, dessen Text am 30. April veröffentlicht wurde. US-Regierungsbeamte haben erklärt, Honduras werde Asylsuchende aus Guatemala, El Salvador, Mexiko, Nicaragua und Brasilien aufnehmen.

Es gebe zwar keine unmittelbaren Pläne, solche Abschiebungen nach Honduras im Rahmen des Abkommens durchzuführen, so ein Sprecher des Heimat-schutzministeriums, doch sobald sich die internationalen Reisebedingungen verbesserten, würden die „Diskussionen über die Umsetzung dieser Abkommen wieder aufgenommen“. Auch die Abschiebungen nach Guatemala erfolgten seit Mitte März nicht mehr auf Grund des Abkommens, betrafen also nur mehr guatemaltekische MigrantInnen.

Asylverfahren eingestellt

Die Zahl der HonduranerInnen, die in den USA Asyl beantragen, ist hoch. Im Jahr 2017 (aktuellste verfügbare Zahlen) haben die USA 2.048 MigrantInnen aus Honduras Asyl gewährt, zum Vergleich 1.048 aus Mexiko, 3.471 aus El Salvador und 2.954 aus Guatemala. Doch während die Deportationen andauern, hat die US-Regierung seit dem Ausbruch des Coronavirus ihre Anstrengungen verdoppelt, potenzielle MigrantInnen von ihren Grenzen fernzuhalten. Die Grenze zu Mexiko wurde geschlossen, MigrantInnen wurden an der Grenze zurückgewiesen und die Termine für die Anhörung der bereits über 60.000 in Mexiko auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag Wartenden verschoben.

Tausende Opfer dieser restriktiven „Remain in Mexico“-Politik der Regierung Trump (offiziell als *Migrant Protection Protocols*, MPP, bekannt) leben seit Monaten in behelfsmäßigen Lagern in Grenz-nähe, wo sie zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse auf Freiwillige angewiesen sind, Opfer von kriminellen Banden werden und einer Gesundheitskrise wenig entgegenzusetzen haben. Wegen der Pandemie wurde für einige von ihnen der Termin ihrer Anhörung bis in den Mai 2021 verschoben.



Foto: Esteban Bitbo

Wie dieser arbeitslose Straßenverkäufer signalisieren in Guatemala wachsende Teile der Bevölkerung mit weißen Fahnen, dass sie Hunger leiden.

Unter Berufung auf ein Bundesgesetz, das den Immigrationsbehörden erlaubt, Menschen zurückzuweisen, die ein Risiko für die Verbreitung ansteckender Krankheiten darstellen könnten, und gestützt auf eine Anweisung Trumps vom 21. März hat ICE neue Notmaßnahmen umgesetzt, um MigrantInnen rasch nach Mexiko zurück-schicken zu können. Allein im April wurden in solchen Schnellverfahren 14.416 MigrantInnen nach Mexiko abgeschoben.⁴

Durch all diese Einschränkungen wurde den vor Gewalt und Verfolgung geflohenen MigrantInnen ihr Recht auf Schutz durch Asyl verwehrt; seit sie in Kraft sind, haben nur zwei Personen Asyl erhalten. Doch während die US-Regierung Asylverfahren als eine zu große Gefahrenquelle für die Verbreitung des Virus eingestuft hat, tat sie das nicht in Bezug auf Deportationen, obwohl diese nachweislich zu Covid-19-Ausbrüchen in anderen Ländern beigetragen haben.■

Dieser am 12. Mai auf www.vox.com publizierte Text wurde von Hermann Klosius aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet.

¹ Insgesamt wurden laut der International Crisis Group allein zwischen März und Mitte April mindestens 6.500 GuatemaltekInnen, 5.000 HonduranerInnen und 1.600 SalvadorianerInnen in ihre Länder zurückgebracht, darunter auch hunderte Kinder. Im Jahr 2019 hatten die USA in 486 von der ICE organisierten

Charterflügen 54.999 GuatemaltekInnen deportiert, während weitere 49.145 von Mexiko auf dem Landweg abgeschoben wurden.

² Als zweiter Migrant in ICE-Haft mit Covid-19 starb am 24. Mai ein Guatemalteke in Georgia. Auch die mexikanische Regierung hat sehr langsam auf die Pandemie reagiert und in ihren Abschiebezentren keine präventiven Maßnahmen getroffen. Die schäbigen Bedingungen in den Zentren haben in Kombination mit der Angst vor Ansteckung dort bereits zu einigen Meutereien geführt, wobei Ende März ein guatemaltekischer Migrant in einem Lager in Tenosique, Bundesstaat Tabasco, ums Leben kam. Danach haben die mexikanischen Behörden 6.000 MigrantInnen aus diesen Lagern entlassen, die meisten von ihnen in Busse Richtung Süden gesetzt und an der Grenze zu Guatemala freigelassen. Guatemalas Präsident Alejandro Giammattei gab an, dass neben den abgeschobenen MigrantInnen große Zahlen von ZentralamerikanerInnen aus den USA und Mexiko über Land zurück in ihre Heimatländer strömen.

³ Als unter den im Flug vom 13. Mai Abgeschobenen 16 positiv getestet wurden, kam es zur neuerlichen Einstellung der Deportationsflüge nach Guatemala, verbunden mit expliziter Kritik Giammatteis an den USA.

⁴ Im Mai wurden die Maßnahmen – auch bezüglich der Abschiebung von Kindern, oft nach Trennung von ihren Eltern – ohne weitere Befristung verlängert.

FUSSBALL MIT CORONA ANTE PORTAS

Mit einem 3:1 über Managua F.C. krönte sich die Fußballmannschaft Real Estelí FC am 10. Mai zum Meister der Primera Liga von Nicaragua. Die Saison endete programmgemäß, kein Spiel musste corona-bedingt verschoben oder gar abgesagt werden.

Von Ralf Leonhard

Nicaragua gehört mit den autoritär geführten Staaten Turkmenistan, Belarus und Burundi zum exklusiven Klub von Ländern, die trotz akuter Ansteckungsgefahr im Stadion die Saison durchspielen ließen. Langzeitpräsident Daniel Ortega hat erklärt: „Wenn man das Land zusperrt, dann stirbt es“. Die Grenzen zu den Nachbarländern Honduras und Costa Rica bleiben offen, der Flugbetrieb ist nur deswegen reduziert, weil die meisten Airlines ihre Flüge eingestellt haben. Während Privatschulen längst geschlossen sind, geht in öffentlichen Schulen der Unterricht weiter. Als in Nicaragua am 18. März der erste Corona-Fall offiziell gemeldet wurde, befanden sich in Europa viele Länder bereits im Lockdown. Die Gefahr einer exponentiellen Ausbreitung des Virus wird aber von offizieller Seite bestritten. Die Regierung hat kaum Sicherheitsmaßnahmen verhängt, vielmehr rief sie in den Osterferien zum massenhaften Besuch der Strände und Restaurants auf und ließ sogar Demonstrationen gegen das Virus veranstalten. Bis zum 27. Mai wurden nicht mehr als 25 Ansteckungsfälle zu gegeben. Alle seien „importiert“: aus Costa Rica, Panama, Kolumbien oder den USA. Die neuen vom Gesundheitsministerium MINSAs veröffentlichten Zahlen: 1.118 Infizierte, 46 Tote.

Mediziner bezweifeln die offiziellen Statistiken. Am 29. Mai informierte die unabhängige Organisation *Observatorio Ciudadano Covid-19*, in Nicaragua seien mindestens 805 Menschen mit Covid-19-Symptomen gestorben, mehr als die offiziell 686 in ganz Zentralamerika. 3.725 werden als vermutlich infiziert geführt.

Das Wuhan von Nicaragua heißt Chinandega und liegt 130 Kilometer westlich der Hauptstadt Managua. Dort starben mehr als hundert Menschen an „atypischen Lungenleiden“. Männer in Seuchenschutz-

anzügen begruben sie im Morgengrauen, noch bevor die Angehörigen verständigt wurden, erzählt der Arzt Leonel Argüello in einer Videokonferenz. Journalisten, die dem seltsamen Massensterben im Krankenhaus der Provinzstadt nachgehen wollten, wurden von der Polizei festgenommen.

Während eine große Zahl von Staatsbürgern, die der Regierung misstrauen, eigenständig Masken aufsetzen und ihre Sozialkontakte auf ein Minimum zu reduzieren versuchen, berief der nationale Fußballverband eine Krisensitzung ein. Bei einer Abstimmung Mitte März hätten neun der zehn Vereine für die Fortsetzung der Saison votiert, schreibt der Sportjournalist Nectali Mora Zeledón von der Tageszeitung *La Prensa*. Die Spieler seien vor der Wahl gestanden, ihre Gesundheit oder ihr Einkommen aufs Spiel zu setzen, verriet Mora Zeledón einem salvadorianischen Radio: „Spielen sie nicht, dann bringen sie kein Essen mehr nach Hause, spielen sie, dann setzen sie sich der Ansteckungsgefahr aus“.

Es wurde aber vereinbart, ohne Publikum, also bei verschlossenen Stadionsportoren, zu spielen. „Es ist nicht dasselbe, ohne den zwölften Mann zu spielen, der dich antreibt und für Stimmung sorgt“, klagte Erick Téllez, Kapitän der Mannschaft Diriangén aus der Stadt Diriamba. Sein Team, mit 27 Titeln der Rekordmeister von Nicaragua, war das einzige, das gegen eine Fortsetzung der Liga gestimmt hatte. Die Spieler drückten anfangs ihren Unmut aus, indem sie mit Mund-Nasenschutz aufliefen. Allerdings hielten sie nicht lange durch. „Wir haben uns unwohl gefühlt, man kann nicht gut atmen“, so Téllez gegenüber der spanischen Agentur *efe*.

Legionäre wie der Russe Nikita Solodschenko oder der Costaricaner Sebastián Barquero zogen es vor, ihre Teams zu verlassen und nach Hause zu reisen. Die anderen versuchten zumindest minimale Vorichtsmaßnahmen zu ergreifen, verzichteten

auf Handschlag vor dem Spiel und Massenumarmungen beim Torjubiläum. Der Verzicht auf den Trikot-Tausch am Ende des Spiels fiel nicht schwer, da er in Nicaragua nie gebräuchlich war. Die Spieler scheinen einen Schutzengel zu haben: Bisher ist kein Fall einer Ansteckung bekannt.

Allein das Stadion der Hauptstadt Managua, wo drei Klubs der obersten Liga spielen, fasst 20.000 Fans. Alle anderen sind für weniger als 10.000 ausgelegt. Auch sie füllen sich schon in normalen Zeiten kaum, weil Nicaragua auf keine Fußballtradition zurückblicken kann. Nationalsport ist Baseball, das die USA nach zwanzigjähriger Okkupation 1932 hinter-



Real Estelí gewann mit 3:1 gegen Managua FC

lassen hatten. Auch die Baseball-Spiele, die ja mit wenig Körperkontakt auskommen, wurden ohne Unterbrechung fortgesetzt: mit Zuschauern! Profi-Boxkämpfe werden teilweise sogar gratis ausgetragen, damit das Publikum nicht ausbleibt. Der Baseball-Trainer Sandy Moreno wurde Corona-positiv getestet.

Die Nicaraguanische Fußballföderation (*Fenafut*) wurde zwar schon 1931 gegründet und seit 1933 gibt es nationale Meisterschaften, doch stand der Fußball immer im Schatten des populären Baseball. Erst in den letzten Jahren konnte *futbol*, nicht zuletzt dank der Übertragung von Spielen der Champions League und anderer europäischer Spitzenspiele, größere Anhängerschaft gewinnen. So entstand dann im August 2016 die Erste Fußball-Liga in ihrer derzeitigen Form. Gespielt wird anfangs wie in Europa: jeder gegen jeden. Am Ende treten die vier besten Mannschaften in Play-offs gegeneinander an. ■

DROHENDER GENOZID IN AMAZONIEN

Die indigene Bevölkerung Amazoniens zählt zu den besonderen Risikogruppen für die neue Lungenkrankheit Covid-19. 301 Infizierte und 19 Todesfälle verzeichnete das Sondersekretariat für Indigene Gesundheit (SESAI) am 14. Mai allein für Brasilien¹. Gleichzeitig stieg im März die Abholzung um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Beides zusammen bedeutet eine existenzielle Bedrohung für die indigene Bevölkerung – mit möglichen globalen Folgen wie einer Verschärfung des Klimawandels und neuen Pandemien.

Von Thilo F. Papacek



Foto: Fiona Watson/Survival

Lebensweise und Überleben der Yanomami sind jetzt auch von Covid-19 bedroht

Die Corona-Pandemie bedroht weltweit die Gesundheit und das Leben hunderttausender, wenn nicht von Millionen von Menschen. Da es sich bei dem SARS-CoV-2 um ein neuartiges Virus handelt, ist die Weltbevölkerung nicht immunologisch auf die Krankheit vorbereitet. Für die globalisierte Welt ist dies eine neue Gefahr, es lebt fast niemand mehr, die oder der sich an die letzte große Pandemie, die Spanische Grippe von 1918 bis 1920, bewusst erinnert. Im amazonischen Tiefland ist dies anders. Viele indigene Gemeinschaften erinnern sich noch gut an regionale Grippe- oder Masernepidemien. So sind zum Beispiel die *Yanomami* im äußersten Norden Brasiliens erst in den 1960er Jahren in Kontakt mit der brasilianischen Gesellschaft getreten. Carlo Zaquini, ein italienischer katholischer Missionar, der seitdem mit den *Yanomami* arbeitet, erinnerte sich gegenüber dem britischen *Guardian* an die Epidemien: „Es war wie ein Bulldozer in der Glasfabrik. Alles ging zu Bruch.“ An einem Masernausbruch in den 1960er Jahren sind nach Schätzungen etwa neun Prozent der gesamten *Yanomami*-Bevölkerung verstorben, in manchen Dörfern starben 50 Prozent der Bevölkerung.

Unter den *Yanomami* ist Anfang April mit dem 15-jährigen Alvanei Xirixana auch der erste Todesfall durch die Lungenkrankheit Covid-19 im Amazonasgebiet registriert worden. Am 14. Mai meldete das Sondersekretariat für Indigene Gesundheit (SESAI) für den brasilianischen Teil des Amazonasgebiets „301 in-

digene Fälle in ländlichen Gebieten“ und 19 Todesfälle¹. Während der Eroberung des amerikanischen Kontinents durch europäische Kolonisatoren rafften Masern-, Grippe- und Pocken-Epidemien einen großen Teil der indigenen Bevölkerung dahin. Aber es gab auch Erreger, die von Amerika nach Europa kamen und dort großen Schaden anrichteten. Der bekannteste Fall ist wohl die Syphilis, die sich im frühen 16. Jahrhundert in ganz Europa ausbreitete.

Weder Herdenschutz noch immunologisches Gedächtnis

Die jetzige Pandemie, so befürchten viele, könnte für Indigene im amazonischen Tiefland ähnlich katastrophale Folgen wie die Infektionen während der Kolonisation haben. Wie in einem Artikel im US-amerikanischen Wissenschaftsmagazin *Science* erläutert, sollten Indigene deshalb grundsätzlich, neben Älteren und Menschen mit Vorerkrankungen, zu den Risikogruppen gezählt werden.

Dies hat verschiedene Gründe. Einerseits ist die Gesundheitssituation der indigenen Bevölkerung Südamerikas meist sehr schlecht. Krankheiten wie Dengue, Gelbfieber, Tuberkulose, Malaria und HIV sind weit verbreitet. Aufgrund der Armut und der damit verbundenen Ernährungssituation sind nach Schätzungen der UN etwa die Hälfte aller über 35-jährigen Indigenen an Diabetes Typ 2 erkrankt. Ein großer Teil der Indigenen ist also gesundheitlich vorbelastet und wäre schon aus diesem Grund bei einer Infizierung mit

dem neuartigen Corona-Virus besonders gefährdet.

Zum anderen ist die Gesundheitsversorgung für Indigene in entlegenen Regionen unzureichend. In vielen Gebieten Amazoniens haben die Menschen kaum Zugang zu Krankenhäusern. Insbesondere in Brasilien hat sich die Gesundheitsversorgung durch die Politik des rechtsradikalen Präsidenten Jair Bolsonaro drastisch verschlechtert. Aus ideologischen Gründen verwies der Präsident im Jahr 2019 rund 8.000 kubanische MedizinerInnen des Landes. Diese hatten in einem Programm der Arbeiterpartei PT in besonders entlegenen und armen Regionen des Landes gearbeitet. Vor allem Indigene hatten von dieser Gesundheitsdienstleistung profitiert, die nun, wo sie am dringendsten benötigt wird, nicht mehr besteht.

Nicht nur Alte und Kranke zählen zur Risikogruppe

Die Regierung Bolsonaro hat die mögliche Gesundheitsgefährdung der Indigenen noch auf andere Weise massiv verstärkt. In einem viel kritisierten Schritt wurde im Februar Ricardo Lopes Dias zum Leiter der für in Isolation lebende Indigene zuständigen Abteilung der Indigenenbehörde FUNAI berufen. Der neue Chef war früher Missionar der *New Tribes Mission*. Die 1942 gegründete evangelikale Organisation versucht Indigene – auch in freiwilliger Isolation lebende – zu kontaktieren und zu missionieren. In den 1980er Jahren war sie zum Beispiel im paraguayischen Chaco aktiv und hat mit Gewalt In-

⇒ von Seite 13: GENOZID IN AMAZONIEN?

digene der *Ayoreo Totobiegosode* in Lager verschleppt, zu Arbeit gezwungen und evangelisiert. Es gab mehrere Tote aufgrund von eingeschleppten Krankheiten.

Die Nachfolgeorganisation der New Tribes Mission, *Ethnos 360*, missionierte zuletzt im Vale do Javari. In dem noch verhältnismäßig ungestörten Regenwaldgebiet in der Grenzregion zwischen Peru und Brasilien leben die meisten unkontaktierten Gruppen. Bislang hatte die FUNAI die MissionarInnen dort immer wieder ausgewiesen, damit sie dort keine Krankheiten verbreiten. Es war zu befürchten, Ricardo Lopes Dias könnte als neuer Zuständiger für isolierte Indigene bei der FUNAI seinen ehemaligen MissionarskollegInnen freien Zugang in das entlegene Tal gewähren – und damit praktisch einen Genozid auslösen². Indigene Gemeinden, die bereits Kontakt zur brasilianischen Gesellschaft haben, aber sich als Beschützer der isolierten Indigenen begreifen, zogen vor Gericht. Angesichts der Gefahr durch Covid-19 verwiesen Gerichte *Ethnos 360* aus dem Schutzgebiet. Ob die fanatischen MissionarInnen sich an die weltlichen Gesetze gebunden fühlen, ist jedoch fraglich.

Doch nicht nur Brasilien, auch andere südamerikanische Staaten lassen die Indigenen Amazoniens weitgehend im Stich. „Die Situation ist wirklich sehr schwierig. Das Militär versagt bei den Kontrollen der Boote und Transporter. Auch die schleppend anlaufende Belieferung der Gemeinden mit Nahrungsmitteln und medizinischen Materialien geht ohne Schutzvorkehrungen vonstatten“, sagt Lizardo Cauper, Präsident der Indigenen Vereinigung zur Entwicklung im peruanischen Regenwald (AIDSESP) in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Dachverband Indigener des Amazonasbeckens (COICA), des Klima-Bündnisses und des Instituts für Ökologie und Aktions-Ethnologie. Der indigene Verband COICA hat deshalb 14 Forderungen an die Regierungen der Region geschickt, in denen unter anderem eine verbesserte Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen und Lebensmitteln für die indigene Bevölkerung in dieser Notsituation verlangt wird. Zudem müssten die Regierungen das weitere Eindringen von Bergbau-, Erdöl- und anderen nicht-indigenen ArbeiterInnen in die Schutzgebiete stoppen, um die Ausbreitung der Epidemie zu unterbinden.

Indigene Selbsthilfe

Viele Gemeinden helfen sich in dieser Situation vor allem selbst. In Ecuador waren stärker in die Nationalstaaten integrierte Indigene die isolierteren Gemeinschaften vor der Pandemie, über Crowdfunding werden Hilfsleistungen finanziert. Im Gebiet des Tapajós, im brasilianischen Teil des Amazonasbeckens, hat die Frauenorganisation der *Munduruku* die Informationen zum neuen Corona-Virus selbst übersetzt und über Radio und WhatsApp in den Dörfern verbreitet – eigentlich eine Aufgabe der Indigenenbehörde FUNAI. Die *Munduruku* haben sich – wie viele andere indigene Gruppen auch – eine Selbstisolation verordnet, um der Epidemie zu entgehen.

Eines der größten Treffen indigener Gruppen Brasiliens, das *Acampamento Terra Livre* („Freies Land-Camp“), fand zwischen dem 27. und 29. April nur online statt. Im Abschlussdokument der Veranstaltung werden Krankheiten als „die wichtigste biologische Waffe“ zur Vernichtung der indigenen Bevölkerung Brasiliens genannt und die aktuelle Regierungspolitik Bolsonaros als „institutionalisierter Genozid“ bezeichnet. In 21 Punkten fordern die beiden Dachverbände Artikulation Indigener Völker Brasiliens (APIB) und Indigene Nationale Mobilisierung (MNI) darin unter anderem einen Ausbau der für die Bewältigung der Pandemie notwendigen Infrastruktur, einen verbesserten Zugang zu Schutzmaterial für alle Menschen in indigenen Gemeinschaften und die Rücknahme jüngster Regierungserlasse, die die Invasion indigener Gebiete entkriminalisieren.

Regenwaldschutz bedeutete auch Pandemieschutz

Die Folgen der katastrophalen Amazonaspolitik der Regierung Bolsonaro werden durch die Pandemie noch verstärkt. Bergbau, land- und holzwirtschaftliche Nutzung, der Bau von Wasserkraftwerken – all dies will Bolsonaro in den Regenwaldgebieten Amazoniens erleichtern, um Wirtschaftswachstum und „Entwicklung“ zu bringen, die jedoch wenig Vorteile für die lokale Bevölkerung bietet. In verschiedenen Gesetzesinitiativen hat er die Schutzbestimmungen für indigene Schutzgebiete geschwächt oder aufgehoben. HolzhändlerInnen und *Garimpeiros* – Menschen, die mit einfachen Methoden Edelmetalle schürfen – strömen seitdem in die indigenen Gebiete, wo es immer häu-

figer zu Konflikten kommt. Dabei berufen sich die illegalen Eindringlinge darauf, dass Präsident Bolsonaro auf ihrer Seite stehe. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind nach Angaben der brasilianischen Raumfahrtbehörde INPE um 51 Prozent mehr Waldflächen zerstört worden als im ersten Trimester des Vorjahres.

Aus Angst vor der Epidemie arbeiten auch staatliche Behörden, die die illegalen Rodungen unterbinden sollen, weniger intensiv – was die Arbeit von Kriminellen, die den Wald zerstören, enorm erleichtert. Dabei ist der Schutz indigener Gebiete die beste Garantie für den Erhalt des amazonischen Regenwaldes mit seiner wichtigen Rolle für das Weltklima, wie zahlreiche Studien belegen. Hinzu kommt: Die Zerstörung von Regenwäldern bringt uns in Kontakt mit neuen Krankheitserregern. Das Corona-Virus ist höchstwahrscheinlich von Fledermäusen auf den Menschen übertragen worden. Einer Studie von 2008 zufolge sind 60 Prozent der neuen Krankheiten zwischen 1960 und 2004 von Tieren auf Menschen übertragen worden, zum Beispiel die *Nipah*-Krankheit in Südostasien und *Ebola* in Westafrika. Durch die Verkleinerung ihrer natürlichen Habitate geraten Wildtiere häufiger in Kontakt zu Menschen und übertragen so leichter Krankheitserreger – über Nutztiere, Moskitos oder direkt – auf den Menschen. Die nächste Pandemie könnte aus Amazonien kommen – als Folge der Zerstörung des Regenwaldes. ■

Der Autor ist Mitarbeiter der Zeitschrift Lateinamerika Nachrichten, in deren Ausgabe 501 dieser Text erstveröffentlicht wurde.

¹ Am 19. Mai waren es laut COLAB, der Allianz indigener Organisationen im brasilianischen Amazonas, 435 bestätigte Infektionen und 91 Todesfälle. In Kolumbien ist die Provinz Amazonas mit 1.775 Fällen von Infektion und mindestens 73 Todesfällen (laut Prensa Latina vom 22.5.) eine der am stärksten betroffenen Regionen.

Wie Survival International am 2. Juni mitteilte, hat das indigene Volk der Yanomami eine weltweite Kampagne gestartet, um 20.000 Goldgräber inmitten der Coronavirus-Pandemie von ihrem Gebiet auszuweisen. Drei Yanomami sind bereits an Covid-19 gestorben und Dutzende weitere infiziert.

² Am 21. Mai erklärte Richter Antonio Souza Prudente die Ernennung von Lopes Dias für rechtswidrig und enthob ihn mit sofortiger Wirkung seines Amtes.

BRASILIENS „UNSICHTBARE“ IM VISIER DES VIRUS

Den 13,6 Millionen Favela-BewohnerInnen Brasiliens wurde durch die im Land herrschende Ungleichheit schon einiges abverlangt. Um gut durch die Coronavirus-Krise zu kommen, werden sie aber mehr brauchen als Erfindungsreichtum zur Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens. Gemeinschaftliche Basisinitiativen haben viel getan, um die lokale Bevölkerung angesichts der ausbleibenden Hilfe durch die Regierung zu schützen. Aber auch langfristig gilt es, gegen die tiefen von der Pandemie enthüllten Ungleichheiten vorzugehen.

Von Aiko Ikemura Amaral

Konkrete Maßnahmen der Regierung gegen die Pandemie kamen spät und spärlich. Ab Anfang April wurde bis Juni an von der Krise Betroffene eine monatliche Unterstützung in der Höhe von umgerechnet etwa 100 Euro ausbezahlt; bis Mitte Mai wurde sie von 35 Millionen Menschen beantragt. Finanzminister Paulo Guedes appellierte an die Bevölkerung, jene bei der Antragstellung zu unterstützen, die er als „die Unsichtbaren“ bezeichnete, und offenbarte damit (von intellektueller Überheblichkeit abgesehen) seine Ahnungslosigkeit über die zentrale Bedeutung der brasilianischen ArbeiterInnen für Brasiliens Wirtschaft und Gesellschaft.

Leben und Lebensunterhalt in Favelas

In den von Regierungsseite meist übersehenen Favelas ist eine Reihe von gemeinschaftlichen Initiativen zur Abwehr der Krisenfolgen entstanden. Doch um durch die Pandemie zu kommen, werden lokale Initiativen einkommensschwacher BrasilianerInnen und ein paar begrenzte Regierungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Starke sozialökonomische Ungleichheit wirkt sich direkt auf Gesundheit und Wohlbefinden aus. Ein Spiegelbild dieser Unterschiede ist die Trennung zwischen der asphaltierten Stadt (*asfalto*) und den improvisierten Favelas auf den Hügeln (*morro*), die vielfach keinen Wasseranschluss haben. Schon vor Covid-19 war die höhere Verbreitung von Infektionskrankheiten wie TBC in Favelas ein Problem. So hat *Rocinha*, mit 100.000 BewohnerInnen Rio de Janeiros größte Favela, eine fünf-fach höhere TBC-Rate als Rio insgesamt. Es überrascht daher nicht, dass die Sterblichkeit durch Covid-19 in den Niedriglohn-Bezirken von Brasiliens größten Städten (São Paulo, Rio, dem besonders stark betroffenen Manaus) am höchsten ist.

Die zentrale Bedeutung der Straßen im Alltag der Menschen geht über den ökonomischen Aspekt hinaus: Straßen sind Orte von Geselligkeit, des Entstehens und Organisierens von Gemeinschaft. Aus Einträgen in sozialen Medien unter dem Hashtag *#COVID19nasFavelas* geht hervor, dass diese Räume trotz des wachsenden Bewusstseins über das Virus sehr belebt bleiben, auch angesichts der oft beengten Wohnverhältnisse.

Die von Bürgermeistern und Gouverneuren ausgegebene Richtlinie zuhause zu bleiben, bedroht den Lebensunterhalt der Menschen. Die Mehrheit der Selbständigen und informell Beschäftigten (etwa 55% der BewohnerInnen) in den Favelas hat kaum die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten. Einige riskieren weiterhin, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei der Arbeit angesteckt zu werden, anderen bleibt keine andere Wahl, als ihre Geschäfte zu schließen oder ihre Arbeit zu verlieren.

Einen Monat nach Beginn der Quarantänemaßnahmen in vielen Bundesstaaten gaben 72% der Favela-BewohnerInnen an, dass ihr Lebensstandard bereits gesunken war. Die selbe Studie ergab, dass 92% der in Favelas lebenden Mütter meinten, sie würden keinen Zugang

zu grundlegenden Gütern wie Nahrungsmitteln mehr haben, sollten sie ihr Einkommen einen weiteren Monat lang verlieren. In Ermangelung umfassender Programme sozialer Sicherheit bleibt den Favela-Bewohnern nur die falsche, aber allzu

reale Wahl zwischen ihrem Leben und ihrem Lebensunterhalt.

Basisinitiativen in der Favela

Die Reaktionen der Regierung auf die Covid-19-Krise waren widersprüchlich, langsam und ungenügend, weshalb viele Favelas selbst initiativ geworden sind. Oft konnten sich solche lokale Initiativen auf schon bestehende enge Netzwerke sozialer Organisationen, Kollektive und Projekte stützen. Einige konzentrieren sich auf das Schaffen von Bewusstsein und gegen die Verbreitung falscher Nachrichten. Über Lautsprecher, Transparente und Schilder werden die Leute aufgefordert, so gut wie möglich den Richtlinien der WHO zu folgen.

Initiativen in den sozialen Medien wie *Favelas Contra o Coronavirus* verbreiten die neuesten Informationen über das Virus, seine Ausbreitung und Maßnahmen zum eigenen Schutz. Über Webseiten wie die des landesweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerks *Central Única das Favelas* (CUFA) wurden mittels Crowdfunding diverse lokale Projekte finanziert.

In Rios Favela *Complexo da Maré* hat die Initiative *Redes da Maré* die Verteilung von Lebensmittelkörben und Hygieneartikeln mit in lokalen Geschäften gekauften Produkten organisiert; so ist zugleich den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen



Fleischverkäufer in einer Favela von Rio

Foto: Cathy Arkle

und dem Überleben der lokalen Geschäfte gedient. In Paraisópolis, São Paulo, hat die Nachbarschaftsvereinigung Geld gesammelt, um drei Krankenwagen zu mieten, kostenlose Mahlzeiten an Obdachlose zu verteilen und ein dezentrales Netzwerk

⇒ von Seite 15: FAVELAS IM VISIER

aufzubauen, das den Gesundheitszustand von über 100.000 BewohnerInnen beobachtet. So sollten sowohl die Ausbreitung des Virus gebremst als auch jene identifiziert werden, die am verwundbarsten sind.

„Wir planen, nicht zu sterben“

Das Kollektiv *Quilombelas*, eine von Schwarzen LehrerInnen in Restinga, einem von Porto Alegres ärmsten Bezirken, gegründete Aktionsgruppe, griff einen von der Schwarzen Autorin Conceição Evaristo geprägten Slogan auf, mit dem sie auf Bolsonaros rassistische Kommentare im Wahlkampf reagiert hatte: „Sie planen, uns zu töten, wir planen, nicht zu sterben“. 150 Schwarze Bewegungen im ganzen Land forderten die Regierung in einem Brief auf, Daten über Rasse und Geschlecht der Opfer des Virus zu erfassen.

Mit Erfindungsreichtum, Unternehmertegeist und starken Basisorganisationen zeigen die Favela-BewohnerInnen weiterhin ihre Fähigkeit zum Schmieden starker Bündnisse und zum Finden kreativer Lösungen angesichts lebensbedrohlicher Umstände, die vor nur wenigen Wochen unvorstellbar schienen. Dennoch können ihre Aktivitäten nicht Dekaden der Vernachlässigung und Fehlplanung durch den Staat wettmachen.

Oft wird jenen, denen nicht einmal grundlegende Bürger- geschweige denn volle Menschenrechte gewährt werden, Widerstandsfähigkeit abverlangt. Doch diese ist kein Allheilmittel für das Überleben einer Pandemie. Das durch sie erhöhte Bewusstsein der seit langem bestehenden Ungleichheiten und Probleme könnte Anstoß für einen substantiellen Kurswechsel sein. Ein besseres und stabiles Einkommen für Favela-BewohnerInnen sowie einen höheren Lebensstandard zu garantieren, ist nicht nur während der Pandemie wichtig, sondern eine Frage grundlegender sozialer Gerechtigkeit und ein wichtiges Ziel. Denn, so der verstorbene brasilianische Soziologe Herbert de Souza: „Die Hungrigen können nicht warten.“ ■

Die Autorin forscht am *Latin America and Caribbean Centre* der London School of Economics an einem Projekt über Favelas. Ihren am 14. Mai auf <https://blogs.lse.ac.uk/latamcaribbean> publizierten Text hat Hermann Klosius übersetzt und gekürzt.

PERU

Peru war das erste Land Lateinamerikas, das den Ausnahmezustand verhängte und eine Quarantäne anordnete. Dennoch steigt die Zahl der Infizierten kontinuierlich weiter an. Seit am 6. März der erste bestätigte Fall von Covid-19 bekannt gegeben wurde, hat die Zahl der Infektionen bis zum 2. Juni die 170.000-Marke überschritten¹. In Lateinamerika liegt Peru somit diesbezüglich hinter Brasilien an zweiter Stelle.

Von Eny Angenvoort

Dabei hatte das Jahr seitens der Regierung gerade in puncto Gesundheitsversorgung mit guten Vorsätzen begonnen. So bekam am 9. Jänner das Jahr 2020 – einer seit 1963 bestehenden peruanischen Regierungstradition folgend – den Beinamen „Jahr der Universalität der Gesundheit“, um das Ziel der Regierung zu verdeutlichen, das Gesundheitssystem im Lande auszubauen und allen PeruanerInnen zugänglich zu machen. Der Zustand, in dem sich das Gesundheitssystem zu diesem Zeitpunkt befand, bedurfte viel mehr als einer Leitparole, denn seine Krise ist keine neue Herausforderung. Seit Jahren führen geringe Investitionen (5,5% des BIP) und Missmanagement der verfügbaren Ressourcen zu einer ineffizienten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung: prekär ausgestattete Krankenhäuser, überfüllte Einrichtungen, in denen keine Notfallausrüstung vorhanden ist, Patienten, die im Rollstuhl und sogar auf dem Boden schlafen, Wartezeiten von bis zu zwei Stunden, um bestenfalls 15 Minuten Behandlung zu erhalten.

Hinzu kommt, dass das Gesundheitssystem dezentral von fünf Trägern – dem Gesundheitsministerium (MINSA), der Sozialversicherung Perus (*EsSalud*), den Streitkräften, der Nationalen Polizei und dem Privatsektor – gesteuert wird, welche nicht koordiniert agieren und häufig überlappende Aufgaben ausführen. Auf jeden Arzt kommen drei Verwaltungsangestellte des Gesundheitswesens, während es je 10.000 Einwohner 12,8 Ärzte und insgesamt 17,8 Angehörige des medizinischen Personals gibt und knapp 16 stationäre Betten zur Verfügung stehen. Hinzu kommt eine ungleiche geografische Verteilung der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Lima und die Küstengebiete weisen die höchsten Dichten medizinischen Personals auf, während die niedrigsten in den Gebieten Piura, Lambayeque und Loreto zu verzeichnen sind.

CHRONOLOGIE EINER

Noch im Jänner, kurz nach Ankündigung des offiziellen Jahresmottos und damit des Vorhabens der Regierung, das Gesundheitssystem universell zugänglich zu machen, nahm das Leben in Peru seinen gewohnten Lauf: Es war Sommer, die Kinder hatten Schulferien und – wie jedes Jahr – wurden starke Regen und Überschwemmungen in verschiedenen Regionen, insbesondere im Norden, erwartet. Am 26. Jänner fanden die ursprünglich für April 2021 vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Martín Vizcarra blieb Präsident, jedoch ohne auf eine Mehrheit im Parlament zählen zu können, und die rechtspopulistische Oppositionspolitikerin Keiko Fujimori wurde erneut in Untersuchungshaft genommen. Beide Ereignisse stehen in direktem Zusammenhang mit einer Reihe von Korruptionsprozessen, die Peru seit Jahren beschäftigen.

Vor diesem Hintergrund häuften sich indessen in den Medien die Nachrichten und Bilder aus China über die neu aufgetretene Atemwegserkrankung COVID-19: Am 30. Jänner rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die internationale Gesundheitsnotlage aus, und bald darauf folgten alarmierende Bilder aus Europa, die von den PeruanerInnen mit einer Mischung aus Interesse, Neugier und Sorge wahrgenommen wurden. Die Tatsache, dass die peruanische Tourismusindustrie jährlich Umsätze von mittlerweile vier Milliarden Euro (2,2 % des BIP) erzeugt und ca. vier Millionen Touristen ins Land bringt, entpuppte sich in diesen Tagen für viele Einheimische als potentielles Einfallstor für eine Ausbreitung des Virus. So kam es, dass bereits im Februar in den sozialen Medien Warnungen und Verschwörungstheorien kursierten und Ausländer misstrauisch beäugt wurden.

Anfang März hatte sich das Virus bereits in den Nachbarländern Ecuador, Brasilien, Argentinien und Chile bemerkbar gemacht und am Abend des 6. März gab

(ABWENDBAREN?) KATASTROPHE



Markt in Lima: Lebensmitteleinkauf in Corona-Zeiten

Präsident Martín Vizcarra den ersten bestätigten Covid-19-Fall in Peru bekannt. Bei Patient 0 handelte es sich um einen 25-jährigen Peruaner, der sich als Pilot in Spanien, Frankreich und in der Tschechischen Republik aufgehalten hatte. An jenem Abend verkündete der Präsident weitreichende Maßnahmen. Sie sollten unter Federführung des Gesundheitsministeriums in Zusammenarbeit mit den anderen Trägern des peruanischen Gesundheitssystems durchgeführt werden. Die aus Überwachungs-, Eindämmungs- und Reaktionsmaßnahmen bestehende Strategie sah Präventionsprotokolle an Flughäfen, Häfen, Bus- und Bahnhöfen sowie an von Touristen stark frequentierten Orten vor. Zudem wurde versichert, die Versorgung mit Materialien für die Infektionskontrolle, die Einrichtung von Isolationsumgebungen sowie die Erhöhung der Kapazitäten von medizinischem Personal würden gewährleistet werden. Abschließend rief der Präsident in seiner Fernsehansprache zu Besonnenheit und Solidarität auf. Man solle sich an die Präventionsmaßnahmen halten und den Institutionen und dem Gesundheitssystem vertrauen.

Frühe und strenge Maßnahmen

Neun Tage später, das Land zählt 43 Infizierte, verhängt Peru als erstes Land in der Region den Ausnahmezustand für eine Periode von zunächst 15 Tagen. Die Maßnahme beinhaltet die „obligatorische so-

ziale Isolation für alle“, eine Ausgangssperre, ein Fahrverbot und die Schließung der Grenzen. Außerdem sind während des Ausnahmezustands verfassungsmäßige Rechte in Bezug auf die persönliche Freiheit und Sicherheit, die Unverletzlichkeit des Wohnsitzes und die Versammlungs- und Transitfreiheit im Staatsgebiet eingeschränkt. Die Bevölkerung ist angehalten, Aufforderungen von Polizei und Militär zu befolgen. Zugleich dürfen Polizei und Militär unter Einhaltung bestimmter Regeln Gewalt anwenden. Insbesondere werden die Nicht-Einhaltung der Ausgangssperre oder das Nicht-Mitführen eines Passierscheins streng sanktioniert. Die Ausgangssperre gilt in ganz Peru von 18 bis 5 Uhr, in den besonders betroffenen Departements La Libertad, Loreto, Tumbes und Lambayeque von 16 bis 5 Uhr.

Generell darf man sich nur auf die Straße begeben, um Lebensmittel und pharmazeutische Produkte zu kaufen oder Banken aufzusuchen. Vor den Märkten bilden sich lange Schlangen, da versucht wird, Abstand zu halten und oft der Einlass nur einzeln gestattet wird. Lebensmittel sind reichlich vorhanden, aber teurer als sonst. Die öffentlichen Transportmittel sind zwar im Einsatz, jedoch muss mit langen Wartezeiten gerechnet werden. Bei Verletzung der Ausgangssperre reichen die Sanktionen von Bußgeldern zwischen 86 und 430 Soles (23 und 115 Euro) bis hin zu Gefängnisstrafen. Angesichts der Situation in den Krankenhäusern und der

Strukturschwächen des Gesundheitssystems scheinen Prävention und Eindämmung die einzige Hoffnung zu sein.

Aufgrund der hohen Verbreitung von Mobiltelefonie in der Bevölkerung und ca. zehn Millionen aktiven Smartphone-Nutzern boomen die Einträge in den sozialen Medien. Videos von polizeilichen Gewaltexzessen auf offener Straße machen die Runde, ebenso wie solche von den „ignoranten“ Cholos und Indigenen, die sich auf Märkten drängen und sich angeblich mehrheitlich nicht an die Maßnahmen halten. Beliebte sind auch Verschwörungstheorien und – wie seit Jahren verbreitet – fremdenfeindliche Parolen gegen die etwa 860.000 MigrantInnen aus Venezuela, die sich zu Krisenzeiten angeblich erst recht vom peruanischen Staat „aushalten“ ließen.

Dazu kommen nicht gerade politisch korrekte Kommentare gegen das Handeln der Regierung und immer wieder Bilder, die vom schwarzen peruanischen Humor zeugen: Der Spruch „COVID-19: Endlich ein Import aus China, der lange hält“ findet sich angesichts der in Peru bekannten kurzen Nutzungsdauer vieler chinesischer Produkte oft in den sozialen Medien.

Als Anfang April die Zahl der Infizierten rasant zunimmt, werden am 3. April Maskenpflicht und die Geschlechtertrennung für den Lebensmittel- und Medikamenteneinkauf eingeführt. Demnach dürfen Männer montags, mittwochs und freitags ausgehen, Frauen dienstags, donnerstags und samstags. Sonntags darf niemand mehr auf die Straße. Sieben Tage später wird die Trennung nach Geschlechtern jedoch aufgehoben, nachdem auf Märkten an den für Frauen vorgesehenen Tagen große Menschenansammlungen und Fälle der Diskriminierung von Transgender-Personen registriert wurden. Seither darf nur eine Person pro Haushalt einkaufen gehen. Doch die Zahl der Infizierten steigt kontinuierlich weiter. Am 8. April wird die Verlängerung des Ausnahmezustands um 14 Tage bis Sonntag 26. April bekannt gegeben.

Löchriger Rettungsring?

Am 14. April stellt der Präsident das größte Rettungspaket Lateinamerikas für die nationale Wirtschaft vor, um den Auswirkungen der Coronavirus-Krise entgegenzuwirken. Vorerst handelt es sich um über 25 Milliarden US-Dollar, was 12% des BIP entspricht. Damit werden unter anderem eine Reihe von Boni für erfasste

⇒ von Seite 17: PERU, CHRONOLOGIE EINER KATASTROPHE

bedürftige Menschen sowie staatliche Lohnzuschüsse für Unternehmer finanziert. Allerdings ist fraglich, ob die Boni tatsächlich die bedürftigen Menschen erreicht haben oder erreichen werden. Denn einerseits muss der Bonusempfänger überhaupt offiziell erfasst sein, andererseits ist Korruption in Peru ohnehin die am weitesten verbreitete Krankheit. Am 18. April wird bekanntgegeben, dass die Schulen voraussichtlich bis Jahresende geschlossen bleiben und der Schulbetrieb als Fernunterricht aufrechterhalten wird. Dafür sollen von der Regierung 840.000 Tablets angeschafft werden, um diese unter den Kindern mit geringen Ressourcen zu verteilen.

Im Laufe des Aprils steigen die Infektionszahlen explosionsartig. Vorangegangen ist dem eine regelrechte „soziale Bombe“, die bereits seit Anfang der Quarantäne tickte, obwohl ihre Zusammensetzung längst bekannt ist: Es handelt sich um die ca. zwölf Millionen Erwerbstätigen des informellen Sektors (Tagelöhner, fliegende Händler), die schon vor der Krise über keinerlei finanzielle Stabilität und Arbeitsrechte verfügten und sich jetzt ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können. Sie bezahlen zwar keine Steuern, erwirtschaften jedoch 18,6% des BIP.



Rückkehrer unterwegs

Sie kommen meist aus ländlichen Regionen in die Ballungszentren der Küste, insbesondere nach Lima, und wohnen in den Armenvierteln auf wenigen Quadratmetern. Dazu gesellen sich 90% der MigrantInnen aus Venezuela, die sich ebenfalls als fliegende Händler verdingen, oder ohne Arbeitsvertrag arbeiten. Da sie alle von der Hand in den Mund leben müssen, treibt es sie immer wieder auf die Straße und in manchen Fällen sogar dazu, sich auf beschwerliche Märsche in ihre andinen

Heimatregionen oder – wie viele Venezolaner – in ihr Heimatland zu begeben. Hinzu kommen weitere Ansteckungsherde wie die maßlos überfüllten Gefängnisse, in denen bestätigte COVID-19-Fälle jüngst zu Revolten führten, und die Lebensmittelmärkte, auf denen in Stichproben immer mehr Menschen positiv getestet werden.

Am 23. April wird verkündet, dass die obligatorische soziale Isolation und die Ausgangssperre bis zum 10. Mai verlängert werden. Das Durchhaltevermögen der sonst auf Kollektivität setzenden PeruanerInnen wird auf eine harte Probe gestellt. In den sozialen Medien werden Infektionen und Todesopfer unter den Gefangenen als „gerechte Strafe“ für ihre Taten bezeichnet. Unmut und Ungeduld machen sich angesichts der gestiegenen Zahlen immer mehr breit.

Am 2. Mai werden endlich Lockerungsmaßnahmen angekündigt. Sie bestehen aus einem Vier-Phasen-Plan, in dessen Rahmen die Wirtschaft und das öffentliche Leben zwischen Mai und August sukzessive aktiviert werden sollen. Am 8. Mai (Tag 54 der Quarantäne, 58.526 Infizierte) wird der Ausnahmezustand erneut verlängert, diesmal bis zum 24. Mai, allerdings mit einigen Lockerungen. Die neue Ausgangssperre beginnt jetzt um 20:00 Uhr. Ab dem 18. Mai dürfen sich Kinder bis 14 Jahre in Begleitung eines Erwachsenen täglich 30 Minuten bis 500 Meter von der Wohnung entfernen.

Stand Mitte Mai: 80.604 Infizierte, 2.267 Tote. Lima, Callao, Lambayeque, Loreto, Piura und La Libertad verzeichnen nach wie vor die höchsten Opferzahlen. Der Kampf gegen die Pandemie verlängert sich mit hohen Kosten für Gesellschaft und Wirtschaft; und das große Opfer, das immer noch erbracht wird, droht seine Symbolkraft zu verlieren, weil die Zahl der Infizierten immer weiter steigt. Dennoch gilt es weiterhin, sich den Herausforderungen zu stellen, die noch zu überwinden sind. Die PeruanerInnen können es schaffen, sie haben im Lauf ihrer Geschichte schon manches geschafft. ■

Die Autorin hat an der Universität zu Köln Regionalstudien Lateinamerika studiert. Durch ihre peruanische Herkunft pflegt sie vielfältige Kontakte nach Lateinamerika und befasst sich insbesondere mit den politischen und sozialen Entwicklungen in Peru.

¹ Die Zahl der Opfer des Virus betrug am 8. Juni 5.465. Laut Modellprojektion eines Washingtoner Universitätsinstituts könnte sie bis Anfang August auf 20.000 ansteigen.

E
C
U
A
D
O
R

SOZIALER

Das Beispiel

Guayaquil, so wird gesagt, wurde zum ecuadorianischen Wuhan. Die offiziellen Zahlen für Ecuador vom 28. April sprechen von mehr als 23.000 Infizierten, 663 Toten und 1.138, die möglicherweise an den Folgen von Corona gestorben sind¹. Allerdings bilden diese Zahlen nicht die Realität ab, da bis zu diesem Zeitpunkt nur 60.000 Tests durchgeführt wurden – die Zahl der Infizierten und Verstorbenen wird wohl zehnmal höher liegen.

Nachdem am 29.2. der erste Corona-Fall offiziell bekanntgegeben worden war, kam es am 15.3. zur Sperre der internationalen Land-, Flug- und Seeverbindungen. Schon vier Tage zuvor wurden erste Restriktionen verkündet. Diese beinhalteten unter anderem eine Ausgangssperre von 19 bis 5 Uhr, die sukzessive erweitert wurde und bereits um 14 Uhr in Kraft trat, ehe sie Ende Mai wieder verkürzt wurde. Neben Mobilitätsbeschränkungen wurde mit 16.3. zudem der Ausnahmezustand ausgerufen, der bis Mitte Juni bestehen bleibt.

Die alarmierend hohen Zahlen an Infizierten bzw. Verstorbenen sind das Resultat eines Staates, der seit seiner Gründung politische und ökonomische Strukturen aufgebaut hat, die den wenigen Oligarchen-Familien in Ecuador zugute kommen und von diesen auch betrieben wurden. Seit den 1930er Jahren versuchte sich Ecuador in den Weltmarkt einzugliedern. Der wirtschaftliche Fokus lag im Export: Kakao in den 30er Jahren, Bananen in den 50ern, wobei sich die Plantagen fest in den Händen einiger weniger Familien befanden, sowie Rohöl ab den 70ern, dessen Förderung vor allem durch ausländische Investoren finanziert und durchgeführt wurde. So entstanden hierarchische Strukturen, die sowohl die kleine Oberschicht als auch die ausländischen Investoren begünstigen.

Fataler Sparkurs

Dabei gab es keinen Platz für den Aufbau eines Sozialstaats. Versuche der Eingliederung und der Anerkennung von Grundrechten der indigenen Bevölkerung während der liberalen Revolution in den

ZUSAMMENHALT IN DER CORONAKRISE

der ländlichen Bevölkerung von Santa Elena

Ecuador ist mit 256.370 km² und mehr als 17 Millionen Einwohnern das viertkleinste Land in Südamerika und nun, zu Zeiten der Coronakrise, auch international in aller Munde. Unzählige Bilder und Videoaufnahmen, die Leichen auf den Straßen Guayaquils zeigen, gelangten selbst nach Österreich. Die Bilder sind Ausdruck der Ohnmacht der Bevölkerung gegenüber der Krise und den Ausmaßen, die diese angenommen hat, aber auch der Regierung von Präsident Lenín Moreno, die sich zu einem neoliberalen Kurs entschlossen hat. Zum anderen manifestieren sich in ihnen die Folgen einer Wirtschaftspolitik im Zeichen von Modernisierung, Entwicklung und Privatisierung sowie die Vormachtstellung einer kleinen oligarchischen Oberschicht.

Von Marie-Therese Lager



Foto: Santiago Arcos

Transport eines Covid-19-Opfers zum Friedhof von Puerto Chanduy, Santa Elena

1930er Jahren waren zum Scheitern verurteilt. Selbst die von Expräsident Rafael Correa (2007-2017) angeführte „*revolucion ciudadana*“, die sich durch ihre pluri-kulturelle Verfassung auszeichnete, agierte innerhalb des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems und wies daher neo-liberale Tendenzen auf.

Abgesehen davon wird seit Beginn der Präsidentschaft Morenos kontinuierlich daran gearbeitet, den bereits geschwächten öffentlichen Sektor, etwa das Sozial- und Gesundheitswesen, weiter zu destabilisieren. So kam es hier allein 2019 zu mehr als 115.782 Entlassungen, die zuzüglich zu den fünf Millionen Arbeitslosen in die Statistik eingingen. Darüber hinaus wurden die alten Beziehungen mit dem Internatio-

nen Währungsfonds (IWF) wieder aufgenommen.

Durch die soziale Krise, die mehr als 60% der Gesamtbevölkerung in die Arbeitslosigkeit bzw. den informellen Sektor zwang, geriet das bereits zuvor kollabierende Gesundheitssystem angesichts seiner Kapazitäten. Arbeitslosigkeit, Tagelohnertum, eine unzureichende öffentliche medizinische Infrastruktur sowie mangelnder Zugang zu Wasser und Hygieneprodukten sind nur einige von vielen Faktoren, die mit sozialer Ungleichheit und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik einhergehen und zur Verbreitung des Virus beitragen.

Um die rasch ansteigenden Zahlen der Infizierten unter Kontrolle zu bringen und

die Ansteckungsrate zu verlangsamen, wurden strenge Maßnahmen ergriffen. „*Quedate en casa*“ (Bleib zuhause) ist derzeit der meist verwendete Slogan sowohl innerhalb der Zivilbevölkerung als auch der Regierung. Jenen, die sich der Ausgangssperre widersetzen, drohen hohe Geldstrafen oder Freiheitsentzug und sie werden von Moreno sogar als „Terroristen“ bezeichnet.

Damit man allerdings in Krisenzeiten zu Hause bleiben kann, braucht es ein gut funktionierendes Sozialsystem, das jene, die ihrer Lohnarbeit nicht nachgehen dürfen, auffangen und ihre Grundbedürfnisse abdecken kann. Wo das wie in Ecuador nicht geschieht, ist die Mehrheit der Zivilbevölkerung gezwungen, die Maßnahmen zu ignorieren, um sich zumindest einmal am Tag mit Nahrung zu versorgen. Aus Morenos Sicht ist dies jedoch kein Grund, sich den Regeln des Staates zu widersetzen, weil Familien, die ein Einkommen unter 400 \$/Monat nachweisen, *bonos* (60 \$/Monat) zur Verfügung gestellt werden.

Santa Elena: Provinz im Abseits

Nur in Momenten der absoluten Krise erlangt Ecuador internationale Aufmerksamkeit. Seine wenig beachtete Existenz als „Entwicklungsland“ ist Ausdruck einer hierarchischen Weltordnung. Doch ungleiche Machtstrukturen bestehen nicht nur auf internationaler, sondern auch auf regionaler Ebene. Dies lässt sich anhand der ländlichen Gemeinden Santa Elenas aufzeigen, einer Provinz, deren Bevölkerung, Entwicklung und Geschichte seit der Entstehung des Nationalstaates kaum Beachtung gefunden haben.

Die Provinz Santa Elena liegt zwei Autostunden von Guayaquil entfernt und umfasst 68 Dörfer, sogenannte „*Comunas*“, besiedelt von indigenen Gruppierungen, die sich bereits während der Kolonialzeit äußerlich sowie strukturell den westlichen Mustern angepasst haben. Nichtsdestotrotz konnten gewisse Praktiken, bei denen die kommunale Familienstruktur im Zentrum steht, beibehalten werden. *Mingas*, das unentgeltliche gemeinschaftliche Instandhalten von Gemeinschaftsgütern, der gemeinschaftliche Besitz und die gemeinschaftli-

weiter Seite 20 ➔

⇒ von Seite 19: ECUADOR

che Verwaltung von Land stehen im Gegensatz zum europäischen Konstrukt von Privateigentum. Die *Comunas* verwalten sich selbst und beziehen keine finanzielle Unterstützung vom Staat.

Die dort lebende indigene Bevölkerung besitzt ungefähr 90% der Gesamtfläche Santa Elenas, wobei auch das nicht der Realität entspricht, bezieht man die unzähligen Hektar Land mit ein, die während der letzten Jahrzehnte in private Hände übergegangen sind. Das geschah, obwohl der Handel mit kommunalem Land seit 1937 verboten ist. Damals wurde das „*Ley de Comunas*“, das kommunale Recht, erlassen, das zum Ziel hatte, die damaligen „*pueblos indigenas*“ in den „Zivilisationsprozess“ zu integrieren und ihre Ländereien mithilfe des Staates produktionsfähig zu machen. Die „Produktionsfähigkeit“ ließ allerdings auf sich warten, sodass die lokale Bevölkerung ihr Schicksal selbst in die Hand nahm.

Während die Bevölkerung noch bis in die 50er Jahre hinein von der Landwirtschaft leben konnte und ihre Subsistenz dadurch gesichert war, kam es Anfang der 60er Jahre aufgrund einer zehnjährigen Dürreperiode, deren Auswirkungen weiterhin spürbar sind, zu strukturellen Veränderungen; Arbeitslosigkeit, Lohnarbeit, Migration, Armut und Abhängigkeit vom Staat prägten von nun an das Szenario. Das Fehlen staatlicher Institutionen veranlasste viele *comuneros* schließlich zum Verkauf ihres Landes. Durch die Einnahmen konnte schrittweise die lokale Infrastruktur aufgebaut werden, unter anderem wurde der Zugang zu Wasser und Strom in die Wege geleitet.

Im Norden Santa Elenas wurden durch private Investoren große touristische Komplexe errichtet. Heute stellt der Tourismus dort fast die einzige Einnahmequelle dar, im südlichen Teil dagegen findet man vor allem Bananenplantagen. Derzeit besitzen dort ungefähr 300 private Investoren 90% des fruchtbaren Landes.

Brotlose Autonomie

Unter Rafael Correa kam es zur Zentralisierung des politischen Apparates. Die jeweiligen Provinzen wurden von nun an von GADs (*Gobiernos Autónomos Descentralizados*) geleitet. Ihre „Autonomie“ beschränkt sich allerdings auf die Geldmittel, die sie monatlich vom Staat erhal-

ten. Unzureichende finanzielle Mittel und Korruption führten dazu, dass die öffentliche Infrastruktur – und damit auch der medizinische Sektor – schwere Mängel aufweist. Diese Problematik tritt in der aktuellen Krise in jeglicher Hinsicht zutage.

Innerhalb des urbanen Raumes von Santa Elena gibt es ein öffentliches Spital mit einer Kapazität von 90 Betten und zehn Atemgeräten für Patienten mit Covid-19. Glaubwürdigen Angaben zufolge starben im April in Santa Elena täglich zwischen 25 und 30 Personen, obwohl der Durchschnitt im Normalfall bei drei bis vier Personen liegt. Über 90% der Verstorbenen scheinen nicht in den Corona-Statistiken auf, da nicht genügend Tests vorgenommen werden können. Um die aktuelle Situation zu meistern, wären ökonomische Ressourcen erforderlich, die Santa Elena allein nicht aufbringen kann. Darüber hinaus trafen seitens der Regierung bereits seit drei Monaten keine Zahlungen mehr ein.

Um die reale Situation im ruralen Raum zu erfassen, wurden von uns² im April Umfragen in 60 *Comunas* durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass bei einer Einwohnerzahl von etwas mehr als 170.000 Personen innerhalb von fünf Wochen 433 Menschen gestorben sind. Von diesen wurden nur neun Personen positiv auf Covid getestet. Zudem wurde erhoben, dass 75% der Bevölkerung in diesem Gebiet Hunger leiden. Die bisher eingetroffenen Hilfslieferungen der GADs und anderer Organisationen, die sowohl Lebensmittel enthalten, die in den *Comunas* verteilt werden, als auch Desinfektionsmittel für Straßen und Häuser, reichen bei weitem nicht aus. Bis zum 20. April hatten nur 40% der Bevölkerung innerhalb der letzten fünf Wochen ein einziges Mal Lebensmittelrationen erhalten, wobei zehn *Comunas* noch gar keine Unterstützung erfahren hatten.

Den Angaben zufolge haben nur sechs *Comunas* Zugang zu Arzneimitteln wie Medizin, Mundschutz, Desinfektionsmittel und Handschuhe. Die stark reduzierten und limitierten Arbeitsmöglichkeiten bewirkten, dass sich die Abhängigkeit von staatlichen Institutionen weiter verstärkt hat.

Dieses Szenario führt uns die Folgen einer Politik vor Augen, die stets darauf fokussiert war, die kommunale Autonomie zu schwächen und die Abhängigkeit sowohl vom Staatsgefüge als auch vom privaten Sektor zu erhöhen. Besonders deutlich wird das, wenn man das Gesamt-

bild betrachtet und die geografische Lage der 60 *Comunas* einbezieht. *Comunas*, die im nördlichen Teil liegen und touristisch erschlossen sind, wobei überwiegend Amerikaner und Kanadier ihren Ruhestand hier verbringen, erhielten im Schnitt mehr Hilfe als jene im Süden, die nur von staatlichen Institutionen unterstützt werden.

Gemeinschaftliche Praktiken

Ogleich die sozialen Strukturen der *Comunas* innerhalb der letzten Jahrzehnte von ökonomischer Abhängigkeit geprägt waren, behielten sie auf gemeinschaftlichen Verbindungen innerhalb der und zwischen den *Comunas* beruhende soziale Praktiken bei. Diese wurden durch die Krise sogar noch verstärkt. So wurden beispielsweise der Tauschhandel innerhalb der Familien und gemeinschaftliche Aktivitäten für das Gemeinwohl, wie das Desinfizieren der Straßen und Wohnräume, wiederbelebt. Darüber hinaus wurden in einigen *Comunas* Gemeinschaftsbeete angelegt, die von mehreren Familien bearbeitet werden.

Die aktuelle globale Pandemie hat uns noch deutlicher als bisher vor Augen geführt, dass die Vorstellung von „Fortschritt und Entwicklung“ (*progreso y desarrollo*) sowie der Glaube, diese durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik erreichen zu können, ein Mythos sind und bleiben. Das Beispiel der *Comunas* in Santa Elena macht uns allerdings bewusst, dass die Hoffnung im Gemeinschaftsgedanken liegt: Soziale Allianzen, die Ausbildung eines Zugehörigkeitsgefühls sowie gemeinschaftliches Wirtschaften sind Praktiken, die bis heute das Fortbestehen dieser Randgruppen innerhalb eines sozialpolitisch und wirtschaftlich fragilen und von Grund auf hierarchisch strukturierten Nationalstaates gewährleisten konnten. ■

Die österreichische Anthropologin Marie-Therese Lager lebt seit 2012 in Ecuador und absolviert ihr Doktorat an der Universidad autónoma de Barcelona.

¹ Bis zum 7. Juni war die Zahl der Infizierten auf 42.728 und die der Toten auf 3.608 gestiegen.

² Der Autorin und einer weiteren Anthropologin

BOGOTÁS UMWELT UND GESELLSCHAFT IN DER PANDEMIE

Bogotá, die Hauptstadt Kolumbiens, zählt an die acht Millionen EinwohnerInnen, das Ballungsgebiet über zehn Millionen. Seit 1950 hat sich die Bevölkerung mehr als verzehnfacht, und sie wächst weiter. Die Zuwanderer sind überwiegend KleinbäuerInnen, die unter anderem als intern Vertriebene vor Massakern und Übergriffen in die Armenviertel der Stadt flüchteten und flüchten. Dazu kommen kolumbianische RückkehrerInnen und geschätzte 250.000 bis 500.000 Flüchtlinge aus Venezuela. Covid-19 stellt Bogotá vor enorme Herausforderungen, für deren Lösung sowohl politische Vision, profunde Kenntnisse der Stadt und ihrer Verwaltung sowie die glaubwürdige Einbeziehung und Motivation der StadtbewohnerInnen nötig sind.

Von Eva Kalny



Claudia López am Tag ihres Wahlsiegs

Die Regionalwahlen vom 27. Oktober 2019 führten zu einer Machtverschiebung im Land: In keiner der fünf größten Städte gewannen BürgermeisterkandidatInnen des *uribismo* und damit der Partei des aktuellen Präsidenten Iván Duque, und in mehr als 75% der Departements übernahmen Koalitionsregierungen die Macht. Damit stehen während der aktuellen Pandemie Regionalregierungen und nationale Regierung in einem Spannungsverhältnis.

Seit Anfang Jänner 2020 ist Claudia Nayibe López Hernández Oberbürgermeisterin von Bogotá. Die Fünfzigjährige verfügt über umfangreiche politische Erfahrung. Selbst aus bescheidenen Verhältnissen stammend, beteiligte sie sich bereits als Studentin der Politikwissenschaften an der

Erarbeitung der kolumbianischen Verfassung von 1991, die damals neue Maßstäbe in Hinblick auf Menschenrechte und die Rechte der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerungsgruppen setzte. 2006 trug sie zur Aufdeckung der *parapolítica* bei, der Verflechtung zwischen Paramilitärs, Drogenkartellen und hochrangigen Politikern. Sie war unter anderem als Journalistin, Beraterin der Vereinten Nationen und Senatorin tätig und bei den Präsidentschaftswahlen 2018 Vizepräsidentschaftskandidatin für die Partei *Alianza Verde* (grüne Allianz). Ihre umfangreiche Expertise über die Stadt, die Stadtverwaltung und andere wichtige AkteurInnen wird vor allem von einem ergänzt: ihrem starken Willen, aus Bogotá eine für alle lebenswerte Stadt zu machen.

Das Programm

Für den Wahlkampf 2019 legte Claudia López Hernández ein Parteiprogramm vor, das sich durch Inklusivität und Orientierung an den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO auszeichnet. Der kollaborative Ansatz des Programms erweist sich in der aktuellen Pandemie von großem Vorteil, da auf das Momentum der Programmearbeitung aufgebaut werden kann. Die im Programm ausgeführten Prinzipien der zukünftigen Stadtregierung umfassen unter anderem eine Nulltoleranzpolitik gegenüber der Korruption mit Implementierung entsprechender Kontrollmechanismen; den Dialog und die Zusammenarbeit mit einer breiten Basis der Bevölkerung, um so Entscheidungen zu ermöglichen, die auf einem hohen Grad an Legitimität und Konsens beruhen; das Prinzip, aus Fehlern und Erfolgen zu lernen; die Bekämpfung von Ungleichheit, Diskriminierung und Armut; den Schutz der Umwelt und die Anpassung der Stadt an den Klimawandel sowie das Ziel, dass alle BewohnerInnen gleichberechtigt an der Infrastruktur wie Wohnraum oder Mobilität teilhaben können.

Motor für die Umsetzung des Programms ist die Einbeziehung aller BewohnerInnen der Stadt und der Blick auf die Bedürfnisse all jener, die häufig kaum beachtet werden. Zur Bekräftigung dieses Anliegen unterzeichnete Claudia López z.B. mit Frauenbewegungen ein Dokument, das die Forderungen von Frauen, jungen Menschen und Kindern in den Bereichen Sicherheit und Chancengleichheit sichtbar machte.

Nach Übernahme des Amts der Bürgermeisterin wurden ein auf diesem Programm beruhender Entwicklungsplan und seine mögliche Umsetzung umfangreich diskutiert. Das Motto des Prozesses war die Schaffung eines „neuen Umwelt- und Gesellschaftsvertrags“. Dafür sei es nötig, dass Bogotá sich in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu einer nachhaltigen Stadt entwickle. Wirtschaftswachstum solle sozial gerecht und ökologisch nachhaltig stattfinden. Der partizipative Ansatz richtet sich sowohl an die Zivilgesellschaft als auch an Unternehmen oder andere AkteurInnen. Die Diskussion

⇒ von Seite 21: PANDEMIE IN BOGOTA

des Plans musste durch Covid-19 in den virtuellen Raum verlegt werden. Hier werden nun strukturiert in fünf Themenbereiche Vorschläge und Ideen diskutiert, (1) wie in Bogotá mehr Chancen für Frauen, junge Erwachsene und Kinder geschaffen werden könnten, (2) wie die Umwelt Bogotás geschützt werden könnte, (3) wie die Sicherheitssituation verbessert werden und die Stadt sich zum Zentrum der Versöhnung nach dem Bürgerkrieg entwickeln könnte, (4) wie die Mobilität verbessert und (5) Transparenz und Effizienz der Stadtregierung erhöht werden könnten.

Acht Wochen Quarantäne

Während die nationale Regierung noch zögerte, Maßnahmen gegen die Verbreitung von Covid-19 zu ergreifen, verkündete die Oberbürgermeisterin bereits Mitte März, die Stadt werde eine viertägige Probequarantäne zu Übungszwecken durchführen. Von Freitag 20. März bis Montag 23. März sollten alle Menschen nach Möglichkeit zu Hause bleiben und außer Haus nur Arbeiten im Bereich der Grundversorgung – also Lebensmittelversorgung, Gesundheit, Aufrechterhaltung der Infrastruktur, des Journalismus, etc. – nachgehen dürfen. Pro Familie durfte nur eine Person einkaufen gehen, Spaziergänge mit Haustieren mussten auf 20 Minuten reduziert werden, Abstands- und Hygieneregulungen waren einzuhalten. Begleitend wurde erhoben, durch welche Maßnahmen die Quarantäne in den einzelnen Stadtvierteln unterstützt werden müsse. Die Einteilung der Wohngebiete in sechs Kategorien erleichterte diese Bedarfsanalyse. Während dieser Probequarantäne verhängte Präsident Duque eine tatsächliche Quarantäne, die am 25. März in Kraft trat und nun Schritt für Schritt gelockert wird.

Unterstützungen

Die strikten Ausgangsbestimmungen sind nur durch Unterstützungsprogramme möglich, für die gerade die bedürftigsten Bevölkerungsanteile erst erfasst werden mussten. Aktuell erhalten über 450.000 Familien eine monatliche finanzielle Unterstützung, wofür über 300.000 erstmals ein Bankkonto erhalten mussten. Unterschiedliche Anteile der Kosten von Basisinfrastruktur wie Gas oder Strom werden, abhängig von der Schichtzugehörigkeit, von der Stadtregierung übernommen. Die Gel-

der für finanzielle Unterstützungen stammen teilweise von der Stadt, teilweise von der nationalen Regierung.

Die Stadtregierung schuf das neue Sozialprogramm *#BogotáSolidariaEnCasa* und fordert wohlhabendere BewohnerInnen auf, dieses mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen. Supermärkte bieten mit der Regierung akkordierte Lebensmittelpakete zur Unterstützung von bedürftigen Familien an. MitarbeiterInnen der Stadt suchten in den hundert ärmsten Vierteln alle Familien auf und übergaben Pakete mit lebensnotwendigen Produkten. So konnten 132.000 Familien unterstützt und gleichzeitig auch identifiziert werden – unabhängig davon, ob sie in legalisierten oder nicht legalen Siedlungen leben. Das Rote Kreuz hilft bei der Verteilung der Pakete. Aktuell erhält eine von drei Familien in Bogotá zumindest irgendeine Art von Unterstützung durch die Stadt.

Transparenz

Korruptionsversuche betreffen sowohl das Registrieren nicht existierender Personen als auch Versuche von Parteien, die Registrierungen zu monopolisieren und damit Anhängigkeiten zu schaffen. Dem gegenüber stehen der direkte Kontakt zu den bedürftigsten Familien, größtmögliche Transparenz – zahlreiche Daten sind auf der Website der Stadtregierung einsehbar – und eine Hotline sowie die wiederholte Aufforderung seitens der Stadt, Korruptionsversuche und andere Probleme zu melden.

Alle Unternehmen, die nun nach den Vorgaben des Präsidenten wieder öffnen dürfen, müssen sich online registrieren, Hygienemaßnahmen garantieren und angeben, wie die Angestellten anreisen. Erst nach Bewilligung durch die Stadt dürfen sie tatsächlich die Arbeit beginnen, und es finden stichprobenartige Überprüfungen statt.

Der öffentliche Verkehr ist ein Schlüsselbereich der Krisenbewältigung. Das Bussystem *TransMilenio* darf, um den nötigen Abstand der Fahrgäste gewähren zu können, nicht zu mehr als 35% ausgelastet sein. Dies wird nun an allen Stationen laufend überwacht. Für die aktuelle Öffnung des Arbeitsmarkts wurden mit den Unternehmen Arbeitsschichten vereinbart, um eine gleichmäßigere Auslastung des *TransMilenio* zu garantieren. Das Netz an Radwegen wurde um 80 km erweitert, diese Wege physisch vom Autoverkehr abgetrennt und u.a. die Beleuch-

tung verbessert. Wichtige Verkehrsrouten sind nun wesentlich besser mit dem Fahrrad zurücklegbar, und verstärkte Sicherheitsmaßnahmen führen zu vermehrter Nutzung der Wege durch Frauen.

Die zweite Schlüsselgröße ist die Auslastung der Intensivbetten. Das Gesundheitssystem wurde ausgebaut, indem z.B. das Messegelände *Corferias* in ein neues Spital für 2000 nicht an Covid-19 Erkrankte umgestaltet wurde. Leichte Covid-19-Fälle werden durch ärztliche Hausbesuche betreut, die entsprechenden Teams wurden von vier auf 97 aufgestockt. Bogotá hatte am 12. Mai 4.563 bestätigte Fälle von Covid-19, der Reproduktionsfaktor war von ursprünglich 2,6 auf 1,1, die Sterblichkeitsrate von 6,8% auf 3,6% gesunken. Täglich können 2.500 Tests durchgeführt werden, das Ergebnis wird innerhalb von 48 Stunden übermittelt. 565 Intensivbetten stehen für Covid-19-PatientInnen zu Verfügung, also ca. halb so viele wie in Österreich. Angestrebt ist eine Verdoppelung der Bettenanzahl, auch in Kolumbien fehlt es an Beatmungsgeräten. Am 12. Mai waren 52 Intensivbetten belegt, der Höhepunkt der Pandemie wird für Ende Juni erwartet. Sobald die Auslastung der Bettenkapazität 70% erreicht, werden alle Lockerungen zurückgenommen.

Welche neue Normalität?

Claudia López betont wiederholt, dass die neue Wertschätzung des Lebens zu begrüßen sei. Hatten jeweils an die 2.000 Tote auf Grund von Luftverschmutzung und durch den Verkehr jährlich zu keiner großen Bestürzung geführt, so veranlassen nun an die 200 Tote durch Covid-19 in Bogotá¹ zu umfassenden Maßnahmen. Und López stellt immer wieder Schlüsselfragen: Welche Gewohnheiten müssen StadtbewohnerInnen entwickeln, um mit diesem und kommenden Viren umzugehen? Wie kann eine Agglomeration wie Bogotá nachhaltig produzieren, konsumieren und leben, und dies nicht auf Kosten von Frauen? Welche Fähigkeiten sind dafür nötig, welche Bildung zu deren Vermittlung, und für welche Arbeitswelt? Dies wird nun in Kolumbien, wie auch in zahlreichen anderen Ländern, im Spannungsfeld zwischen lokalen und nationalen Regierungen ausgehandelt. ■

¹ In ganz Kolumbien waren es am 8. Juni 1.319, bei 39.236 Infektionen. Aktuelle Zahlen zu Bogotá: <https://bogota.gov.co/mi-ciudad/salud/coronavirus>

PRAGMATISMUS IN DER CORONAKRISE

In Argentinien scheinen die Maßnahmen der Regierung die Ausbreitung von Covid-19 zumindest vorerst gedämpft zu haben. Seit kurzem regiert dort der neu gewählte Alberto Fernández, und wie in vielen Ländern derzeit stellt sich auch hier die Frage, wie es nach der Gesundheitskrise weitergehen wird. Denn Argentinien steht eventuell schon bald – erneut – vor dem finanziellen Kollaps.

Von Laurin Blecha

Generell sind die Erwartungen nach einem Regierungswechsel immer hoch und kaum werden alle erfüllt beziehungsweise können erfüllt werden. Die ersten drei Monate sind meist eine Art „Galgenfrist“, die die Bevölkerung und auch die Medien neuen Regierungen geben. So war es auch im Fall von Alberto Fernández, der seit dem 10. Dezember 2019 als Präsident Argentiniens amtiert. In dieser Phase waren bereits erste politische Leitlinien der Regierung ansatzweise erkennbar. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Mauricio Macri (2015-2019) sollte es mehr Geld für die ärmsten Sektoren der Bevölkerung geben. Dies hatte aber zur Folge, dass sich innerhalb der argentinischen Mittelklasse bereits Unmut über die von Fernández angedachten Reformen und Programme regte. Vor allem jene, die dem Macri-Lager zuzuordnen sind, lehnen die Unterstützung der ärmsten Teile der Bevölkerung ab.

Der eingeschlagene progressive Kurs der Regierung Fernández in der Sozialpolitik war somit schnell unter Beschuss geraten. Die Rahmenbedingungen und vor allem die budgetäre Situation, auf nationaler Ebene wie auch in den Provinzen, erlaubten ihm und seiner Regierung generell wenig Spielraum. Die „Jahrhundertschuld“, die Macri während seiner Amtszeit dem Land hinterließ, hat die ökonomische Situation in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit verschlimmert. Unter Macris Führung nahm Argentinien im September 2018 einen Kredit von 57 Mrd. US-Dollar beim Internationalen Währungsfonds (IWF) auf, der bisher größte in dessen Geschichte. Den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung brachte er jedoch



Alberto Fernández: wegen seiner umsichtigen Politik in der Krise zunehmend populär

nie. Im Gegenteil: Die Inflation kletterte in Macris Amtszeit stetig weiter und lag im Jahr 2019 offiziell bei 50%.

Die fiskalische Hauptlast trägt die argentinische Mittelklasse, die durch ihre Steuerabgaben in die Staatskasse einzahlte, da sie nicht, wie 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung, im informellen Sektor tätig ist. Unter Macri ging aber auch der Konsum im Land stetig zurück, der unter den Kirchner-Regierungen strukturell ausgebaut wurde, was auch die im Land produzierten Güter betraf. Macris wirtschaftsliberale Politik traf auch die ärmsten Teile der Bevölkerung, was die Armutsrate in den letzten Jahren steigen ließ und soziale Proteste hervorrief. Die Erinnerung an die Finanzkrise der späten 1990er und frühen 2000er Jahre, die im Dezember 2001 in schweren Unruhen gipfelte, ist noch bei den meisten sehr präsent. Viele ExpertInnen gingen schon vor zwei Jahren von einem möglichen erneuten Zahlungsausfall Argentiniens nach jenem von 2001/02 aus. Das war noch vor Covid-19.

Rasche Reaktion auf das Virus

Am 3. März 2020 meldeten die Gesundheitsbehörden den ersten mit Covid-19 Infizierten, einer der ersten Fälle in ganz Lateinamerika. In der gleichen Woche, als die Regierung in Österreich Ausgangsbeschränkungen verhängte, verkündete die argentinische am 19. März ein

Verbot für alle Inlandsreisen und am 20. März eine Ausgangssperre. Das Haus durfte nur verlassen werden, um einer unbedingt notwendigen Arbeit nachzugehen (Krankenhauspersonal), um Lebensmitteleinkäufe zu erledigen, zur Apotheke zu gehen und direkten Angehörigen, die über 65 Jahre alt sind, zu helfen. Dies wurde von der Polizei streng kontrolliert und Verstöße geahndet, wobei etwa den AutofahrerInnen, die gegen die Verordnungen verstießen, die Autos vorläufig weggenommen wurden.

Ursprünglich sollte die Ausgangssperre Mitte April enden, wurde aber mehrere Male verlängert. Angesichts geringer oder sinkender Zahlen von Infizierten beendeten gegen Ende Mai auch schon einige Provinzen die Ausgangssperre und Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Die BewohnerInnen von Buenos Aires Stadt und der Provinz werden aber noch länger mit Ausgangsbeschränkungen leben müssen. Generell reagierte die Fernández-Regierung schnell und pragmatisch. Die Gesundheitskrise scheint bisher dank der nachdrücklichen und lange anhaltenden Maßnahmen unter Kontrolle zu sein. Die Rate der positiv getesteten Personen lag Mitte Mai in Argentinien bei etwa 18 pro 100.000 EinwohnerInnen, im Vergleich dazu in Chile bei 240 und in Uruguay bei 21.¹

⇒ von Seite 23: PRAGMATISMUS IN ARGENTINIEN

Nicht zu vergessen ist jedoch, dass Argentinien – wie auch andere lateinamerikanische Staaten – mit dem Denguefieber zu kämpfen hat.² Die Panamerikanische Gesundheitsorganisation mit Sitz in Washington D.C zählte auf dem Kontinent 560.000 Infektionen allein in den ersten Märzwochen. Besonders betroffen sind Paraguay und auch Bolivien. Die Behörden sehen im Vergleich zu den vorherigen Jahren einen starken Anstieg an Infektionen in Argentinien, bei über 12.000 offiziell bestätigten Fällen im April, 7.000 davon in Buenos Aires.

Fernández konnte sogar von der COVID-Krise „profitieren“. Das Image als ruhiger, pragmatischer Regierungs- und Staatschef und die strikten Beschränkungen geben ihm und seinem Beraterstab – zumindest bisher – recht, besonders wenn man in das Nachbarland Brasilien blickt. Dies hatte auch zur Folge, dass sich Fernández endgültig als unabhängig von seiner Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner (CFK) positionieren konnte. Ein guter Teil seines Wahlsieges ist nämlich CFK zuzuschreiben, die im Wahlkampf das „Zugpferd“ bei der Mobilisierung für das Wahlbündnis *Frente de Todos* war. Ihre Popularität war ausschlaggebend für den Wiedereinzug der PeronistInnen in die Casa Rosada.

Allerdings wird CFK seit längerem vorgeworfen, in ihren Amtszeiten als Präsidentin (2007-2015) für mehrere Fälle von Korruption verantwortlich zu sein. Inzwischen wurden etliche der Verfahren gegen sie eingestellt, und da sie nun als Vizepräsidentin politische Immunität genießt, wird es in nächster Zeit zu keinen weiteren Untersuchungen kommen. Die auflagenstarken Tageszeitungen *La Nación* und *Clarín* führen seit Jahren eine regelrechte Anti-CFK-Kampagne. Daher war es überraschend, dass sie sich im März und Anfang April sehr zurückhaltend gegenüber den Maßnahmen der Regierung von Alberto Fernández zeigten. Aber noch im April sind sie erneut umgeschwenkt.

Vor neuer Schuldenkrise?

Wie in vielen anderen Staaten auch richtet sich das Augenmerk nun verstärkt auf die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Covid-19-Pandemie. Aufgrund der schon vor der Pandemie angespannten finanziellen Situation stehen Argentinien

wirtschaftspolitisch noch schwierigere Zeiten bevor. Um einem kompletten Zahlungsausfall zu verhindern, machte Fernández Mitte April dem Ausschuss der privaten Gläubiger argentinischer Staatsschulden einen Vorschlag, bei dem es um die Restrukturierung der Schulden Argentinien ging. Diesen lehnten die Gläubiger jedoch ab, obwohl sogar der IWF, der größte Gläubiger, einen umfassenden Schuldenerlass durch private Gläubiger unterstützt. Die anderen Gläubiger, die fast alle in der Wall Street in New York sitzen, zeigen sich (noch) für weitere Gespräche offen.



„Staatsbesuch“ in der Klinik

Alberto Fernández und seine Regierung bleiben vorerst auf dem von ihnen eingeschlagenen Kurs, nämlich den ärmsten Bevölkerungsschichten zu helfen, aber auch der zunehmend finanziell gefährdeten Mittelklasse mit sozialpolitischen Maßnahmen unter die Arme zu greifen. Daniel Arroyo, Minister für soziale Entwicklung, stellte Anfang Mai ein Maßnahmenpaket vor, das unter anderem einen „Null-Zinsen-Kredit“ (*Crédito Tasa Cero*) in Höhe von bis zu 150.000 Pesos (ca. 2.000 Euro) für Selbstständige mit Bruttoeinnahmen pro Jahr von mehr als 400.000 Pesos (ca. 5.500 Euro) enthält. Dies bedeutet bei der aktuellen Inflationsrate von 60%, dass für den Kredit später deutlich weniger als der aktuelle Wert zurückgezahlt werden muss.

Durch das Paket sollen Kleinunternehmen, aber auch die in Argentinien generell hohe Anzahl von *monotributistas* (vergleichbar mit selbstständigen ArbeitnehmerInnen) finanziell durch die nächsten Monate gebracht werden. So erhalten *monotributistas* Zuschüsse, und laufende Zahlungen, etwa Sozialversicherungsbeiträge, können zu einem späteren Zeitpunkt beglichen werden. Das soll verhindern, dass tausende ArgentinierInnen in die Armut abrutschen. Denn der Minister rechnet fix mit einer Erhöhung der Armutsquote. Die

Soziale Beobachtungsstelle der Katholischen Universität Argentinien schätzt, dass die Armutsrate auf 45 Prozent steigen könnte. Auch für Personen im informellen Sektor, wie etwa Putzfrauen, sind Zuschüsse bis zu 10.000 Pesos (ca. 135 Euro) vorgesehen.

Zugeständnisse und noch mehr sozialpolitisches Fingerspitzengefühl erforderten von den Behörden auch die Unruhen in einem Gefängnis im Viertel *Villa Devoto* am 24. April. Die Szenen in dem im Westen der Stadt liegenden Gefängnis – der einzigen Strafanstalt innerhalb von Buenos Aires Stadt – spiegeln eine Situation wider, die in vielen lateinamerikanischen Gefängnissen Alltag ist: Oft sind sie bis über das Dreifache der eigentlich vorgesehenen Häftlingszahl überbelegt, was ein erhebliches Gesundheits- und auch Sicherheitsrisiko für die InsassInnen, aber auch das Personal bedeutet. Die engen und überfüllten Räume und unhygienischen Verhältnisse könnten die Ausbreitung von Covid-19 enorm beschleunigen. Auch die InsassInnen von *Villa Devoto* machten mit ihrem Aufstand nachdrücklich darauf aufmerksam.

Am Verhandlungstisch, an dem auch MitarbeiterInnen des Justizministeriums saßen, einigte man sich u.a. darauf, dass InsassInnen mit chronischen Erkrankungen (Herz- und Lungenkrankheiten, Diabetes, etc.) separiert und damit geschützt werden sollen. Seither ist vor allem in den sozialen Medien eine emotionalisierte Debatte über die „Spezialbehandlung“ von Häftlingen ausgebrochen. Viele Kommentare kreisen um das Thema Gerechtigkeit: Während die „normalen, braven“ BürgerInnen zuhause bleiben müssen, komme man VerbrecherInnen mit „Sonderbehandlungen“ entgegen. Auch wird der Regierung nachgesagt, sie plane hunderte Insassen vorzeitig in den Hausarrest zu schicken, was diese vehement dementiert. Bisher hat auch hier das Zusammenspiel von politischem Pragmatismus und vorausschauender Sozialpolitik, die soziale Unruhen verhindern sollen, vorerst seinen Zweck erfüllt. ■

¹ Quelle: John Hopkins University, Online: <https://systems.jhu.edu/research/public-health/ncov/>. Bis zum 8. Juni waren durch Covid-19 664 Tote zu verzeichnen, bei 22.794 Infizierten.

² Siehe dazu etwa: Dengue Map, Online: <https://www.healthmap.org/dengue/en/> (Abrufdatum: 4. Mai.2020).

DIE CORONA-PANDEMIE LÄUFT IN CHILE AUS DEM RUDER

Während sich in fast ganz Europa die Kurven mit den SARS-CoV-2-Neuinfektionen langsam abflachen und in vielen Staaten die Quarantäneregeln nach und nach gelockert werden, sich Regierungen und Gesellschaften immer intensiver mit den gravierenden sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie auseinandersetzen, steht den Menschen in Lateinamerika der Höhepunkt der Ansteckungen erst noch bevor. Scheinbar unaufhaltsam entwickelt sich der Subkontinent zum weltweit gefährlichsten Corona-Krisenherd. Das Epizentrum ist dabei eindeutig Brasilien, das am zweit-heftigsten betroffene Land Peru, gefolgt von Chile (134.150 Infizierte, 1.637 Verstorbene am 8. Juni), Mexiko und schließlich Ecuador¹.

Am Beispiel des Kindernothilfe-Partnerlands Chile wird deutlich, welche verheerenden, existenzbedrohenden Auswirkungen die Pandemie für die Menschen in den Armenvierteln, für die Demokratiebewegung im Land und das Ringen der Zivilgesellschaft um eine neue Verfassung – sowie für die Kinderrechte hat. Darüber sprach die Kindernothilfe Ende Mai mit **José Horacio Wood**, dem Direktor der chilenischen Kindernothilfe-Koordinationsstruktur *Fundación ANIDE*. Die Fragen stellte **Jürgen Schübelin**.

Die verzweifelten Hunger-Proteste der Menschen aus Armenvierteln im Süden von Santiago haben es in der zurückliegenden Woche sogar in die Abendnachrichten in Europa geschafft. Wie konnte es zu einer solchen Zuspitzung der Krise kommen?

Die Corona-Pandemie hat wie ein Brandbeschleuniger all die Strukturprobleme, mit denen die chilenische Gesellschaft seit dem Ende des Pinochet-Regimes kämpft und die im Oktober 2019 nie da gewesene Massenproteste auslösten, noch einmal massiv verstärkt. Die Virus-

Infektion traf uns in einer Situation des kompletten Vertrauensverlustes gegenüber der Regierung und ihren Institutionen. Und gerade zu Beginn dieser Krise gab es auch noch zahlreiche fatale Fehlentscheidungen: Die großen Einkaufszentren mit täglich zehntausenden Besuchern wurden viel zu lange offen gehalten, um nur ja keine Umsatzeinbußen zu riskieren. Auf der anderen Seite wurden die Menschen gezwungen, dicht an dicht gedrängt endlose Schlangen vor Supermärkten und Banken zu bilden. Anders als in Europa gab es keine massiven Kampagnen, um auf das Ansteckungsrisiko

und auf die Möglichkeiten, sich vor dem Virus zu schützen, hinzuweisen.

Und als dann Quarantäne-Verfügungen erlassen wurden, wirkten sie eher willkürlich, politisch motiviert, um die Menschen in den Stadtteilen, in denen es Ende 2019 die heftigsten Proteste gegen die Piñera-Regierung gegeben hatte, zu disziplinieren. Der Präsident und die zuständigen Minister verwickelten sich ständig in Widersprüche. Eine klare Strategie für den Umgang mit dieser Katastrophe war nicht zu erkennen. Deutlich wurde nur Eines: Es ging und geht den Regierenden ausschließlich darum, die Interessen der Unternehmen im Land zu sichern. Und in den letzten beiden Wochen sind die Infektionszahlen dann geradezu explodiert, zuletzt mit bis zu 5.000 neuen Fällen pro Tag – und zwar vor allem in den armen Kommunen an der Peripherie von Santiago.

Jetzt steht der Winter mit den üblichen Erkältungs- und Grippewellen vor der Tür. Das wird heuer eine ganz schwere Zeit, die das öffentliche Gesundheitssystem sehr schnell an seine Grenzen bringt. Viele ExpertInnen fürchten deshalb, dass Chile den Höhepunkt der Krise noch lange nicht erreicht hat.

Wie geht es den Familien aus dem Umfeld der von ANIDE und Kindernothilfe geförderten Projekte in diesen Wochen?

Es ist wie überall auf der Welt: Jene mit den geringsten Einkommen tragen die schwerste Last. Die Armen verfügen über keinerlei finanzielle Reserven, um diese Quarantäne-Wochen durchzustehen. Bereits in der ersten Phase des Jahres – noch vor dem Ausbruch der ersten Infektionswelle – ist die Arbeitslosigkeit im Land bereits deutlich angestiegen. Die Leute schlitterten vielfach schon hoch verschuldet in diese Krise. Durch die Schließung der kleinen Geschäfte und Märkte sind zehntausende Jobs von einem Tag auf den anderen weggefallen. Auch diejenigen, die eigentlich zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie eine Festanstellung hatten, sind

Interview mit
José Horacio Wood



Foto: Ralf Leonhard

Horacio Wood 2016 in Wien

⇒ von Seite 25: CHILE, INTERVIEW MIT JOSE HORACIO WOOD

nicht viel besser dran, weil es in Chile ja keine Lohnfortzahlung gibt. Und die Mittel aus den Arbeitslosenversicherungsfonds sind bereits nach wenigen Wochen aufgebraucht. Jetzt fehlt es einfach an Allem! Deshalb diese verzweifelten Protestaktionen in den Armenvierteln. Dazu kommt, dass es in den viel zu kleinen Wohnungen extrem schwer ist, Quarantäne zu halten, von den Abstands- und Hygieneregeln ganz zu schweigen ...

Und wie erleben die Kinder in den Armenvierteln den Lockdown?

Die Corona-Pandemie hat die extreme Ungleichheit etwa beim Zugang zu Bildung noch einmal auf eklatante Weise bloßgelegt: Kinder aus Armenvierteln haben keine Möglichkeit, sich Tablets zu beschaffen, um eventuelle online-Angebote ihrer Schule wahrnehmen zu können. Und auch die Internet-Verbindungen sind völlig unzureichend, ganz davon abgesehen, dass es in den engen, kleinen Behausungen auch keine Rückzugsmöglichkeiten gibt, um Schulaufgaben erledigen zu können. Die Monate mit der Virus-Infektion reißen die Bresche zwischen den Wohlhabenden und Privilegierten in diesem Land – und jenen, denen es an Allem fehlt, noch weiter auf.

Die größten Sorgen bereiten uns dabei die Kinder aus haitianischen und anderen in den letzten Monaten nach Chile geflüchteten Familien. Hier haben die Erwachsenen bereits vor der Pandemie mehr schlecht als recht versucht, mit Gelegenheitsjobs über die Runden zu kommen. Jetzt ist die Lage dieser Menschen einfach nur noch zum Verzweifeln.

Ein weiteres Thema, das uns größte Sorgen macht, ist die Entwicklung der Fallzahlen von häuslicher Gewalt und von Kindesmissbrauch. Bereits vor Corona hat Chile in Lateinamerika immer einen beschämenden Spitzenplatz in den Gewalt- und Missbrauchs-Statistiken eingenommen. Jetzt funktionieren Alarm-, Schutz- und Auffangsysteme noch prekärer. Kinder, die misshandelt werden, haben so gut wie keine Chance, Hilfe zu erhalten. Sie müssten es ja irgendwie bis zu einer Polizeiwache schaffen – und das ist bei einem kompletten Lockdown völlig ausgeschlossen. Vermutlich werden wir erst in einigen

Monaten einschätzen können, welche Katastrophen sich da in vielen Familien abgespielt haben.

In einigen internationalen Medien war in den letzten Wochen von Skandalen rund um den staatlichen Kinder- und Jugenddienst SENAME die Rede. Worum ging es da?

Ende April, also bereits mitten in der Corona-Krise, erfuhren wir zu unserem Entsetzen, dass in Hualpén, in der Nähe von Concepción, also einer Region, in der Kindernothilfe-Partner seit vielen Jahren engagiert sind, die Direktorin eines SENAME-Heimes Kinder im Alter von sechs und acht Jahren nicht nur selbst sexuell missbraucht, sondern ihre kommerzielle sexuelle Ausbeutung durch Dritte organisiert hatte – und das über einen relativ langen Zeitraum hinweg, ohne, dass jemand diesen Kindern zu Hilfe gekommen wäre. Das beschämende Desinteresse der Verantwortlichen und das Fehlen jeglichen politischen Willens, in diesem Land endlich eine kohärente Kinderschutzpolitik zu implementieren und ein entsprechendes Kinderrechtsstatut zu verabschieden, macht aus derartigen Einzelereignissen immer auch ein Systemversagen. Wir befürchten, dass unter dem existentiellen Druck und Stress, den die Corona-Pandemie für die meisten Erwachsenen erzeugt, die Kinder und ihre Rechte weiter in den Schatten gedrängt werden.

Hat das auch damit zu tun, dass die Pandemie der Protestbewegung in Chile, die seit dem Oktober 2019 Hunderttausende mobilisierte, um eine neue Verfassung, mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit einzufordern, im wahrsten Sinne des Wortes die Luft abschnürt?

Klar, jede Form von zivilgesellschaftlichem Engagement hat es in diesen Zeiten extrem schwer. Aber die Protestbewegung gibt es trotzdem weiterhin: Trotz Corona arbeiten die *Asambleas Territoriales*, die Bürger- und Stadtteilorganisationen für Demokratie und den verfassunggebenden Prozess, weiter – und zwar mit Hilfe des Internets und lokaler Radios. Die Regierung feiert es als Erfolg, zuletzt größere Proteste und die Präsenz vieler Menschen auf der Straße mit massiver Repression

und exzessiver Gewalt unterbunden zu haben. Und natürlich kam es Präsident Piñera zupass, die Volksabstimmung über die Einleitung eines verfassunggebenden Prozesses, die am 26. April hätte stattfinden sollen, um ein halbes Jahr, auf den 25. Oktober, verschieben zu können. Die Pandemie dient der Regierung als perfekter Vorwand für Repression und eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen, die unter den Bedingungen von Quarantäne und Ausgangssperren kaum öffentliche Aufmerksamkeit erlangen.

Zurück zu den Projekten, den Kindern und Jugendlichen: Was können die Kindernothilfe-Partner in Chile, was kann ANIDE in dieser Situation tun, um den Kindern und ihren Familien beizustehen?

Die Teams der Kindernothilfe-Partnerprojekte in Chile arbeiten seit den ersten Infektionsfällen in Chile und den Quarantäne-Maßnahmen, die am 15. Mai noch einmal verschärft und auf das komplette Stadtgebiet von Santiago ausgedehnt wurden, unter extrem erschwerten Rahmenbedingungen. Ein „normaler“ Projektbetrieb mit der ständigen physischen Präsenz von Kindern und Jugendlichen ist nirgendwo mehr möglich. Aber die Kolleginnen und Kollegen entwickeln ein beeindruckendes Engagement, viel Enthusiasmus und Kreativität, um mit den Kindern und ihren Familien in Kontakt zu bleiben. Das geschieht derzeit vor allem über das Handy und – soweit möglich – durch die intensive Nutzung elektronischer Medien, etwa durch Video-Botschaften. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Die Lage in den Armenvierteln, bei den Familien der Kinder, spitzt sich jeden Tag weiter zu.

Gerade jetzt kommt es ganz dringend darauf an, die Kinder selbst zu Wort kommen zu lassen: Wie erleben sie die Quarantäne, was wünschen sie sich an Beistand und Unterstützung? Worauf müssten nach ihrer Meinung Kinderrechtsorganisationen gerade jetzt mit aller Vehemenz hinweisen?

Gibt es denn auch die Möglichkeit, in Not geratene Familien ganz praktisch zu unterstützen? Und wie könnte diese Hilfe aussehen?

Schon seit den ersten Lockdown- und Quarantäne-Maßnahmen versorgen die Kolleginnen und Kollegen aus den Projektteams Familien in besonders kritischen Situationen mit Lebensmittelpaketen, aber auch mit Seife, Waschpulver, Hygienartikeln und Desinfektionsmitteln. Vergangene Woche berichteten alle Kindernothilfe-Partner in einer Telefonkonferenz über die verschiedenen Initiativen und Aktionen vor Ort. Dabei kamen Details über die verzweifelte Lage in einigen Armenvierteln zur Sprache, die ansonsten hier nie an die Öffentlichkeit gelangen: In ganz vielen Familien gibt es seit Wochen überhaupt nichts Warmes mehr zu essen, weil den Menschen schlicht das Geld fehlt, um Propangasflaschen zum Kochen zu kaufen! Deshalb haben einige der Teams begonnen, vor allem Mütter mit kleinen Kindern zusätzlich durch die Verteilung von Gasflaschen zu unterstützen.

Und wie geht das kleine ANIDE-Team in Santiago mit all diesen extremen Herausforderungen durch die Pandemie um?

Wir arbeiten an den meisten Tagen von zu Hause aus. Für uns, aber auch die kompletten Projektteams, ist das eine völlig neue Erfahrung, zum Teil psychisch und physisch extrem belastend, mit langen Arbeitstagen am Telefon, in Videokonferenzen. Aber wir spüren, wie wichtig der ständige digitale Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen, aber auch mit Bündnispartnern ist. Und wir lernen jeden Tag dazu, ermutigen uns gegenseitig, helfen uns immer wieder, „die Batterien aufzuladen“.

Der Anthropologe José Horacio Wood (58) arbeitet seit 1995 bei der Fundación ANIDE, der Kindernothilfe-Partner- und Koordinationsstruktur in Chile, und wurde 2001 zum Direktor dieser ökumenischen Stiftung berufen. Chile war 1969 das erste Land in Lateinamerika, in dem sich Kindernothilfe engagierte.

¹ Bis zum 8. Juni wurden (Zahlen der John Hopkins University) positiv auf Covid-19 getestet bzw. sind an den Folgen einer Corona-Erkrankung verstorben:

- Brasilien: 691.758/36.455,
- Peru: 196.515/5.465,
- Mexiko: 117.103/13.699
- Ecuador: 43.120/3.621,
- Kolumbien: 39.236/1.319,
- Argentinien: 22.794/664.

KUBAS MEDIZINISCHER INTERNATIONALISMUS

Dieser Tage wird Neuseeland gerne als erster Staat hervorgehoben, der COVID-19 überwunden zu haben scheint, doch es gibt eine andere Insel, die im Kontext der Pandemie ein in vieler Hinsicht noch darüber hinaus reichendes Beispiel gibt: Kuba.

Von Jürgen Kreuzroither

ebenfalls dieser Tage hat die Weltgesundheitsorganisation WHO Lateinamerika als das neue Epizentrum der COVID-19-Pandemie ausgemacht, doch in Kuba sinkt die Infektionsrate seit zwei Monaten. Derzeit ist das statistische Infektionsrisiko für Kubaner 70 Mal geringer als für Brasilianer. Insgesamt sind weniger als 100 Inselbewohner dem Virus erlegen.

Dahinter stecken systematische Anstrengungen und ein gut aufgestelltes Gesundheitssystem. Während laut Pan-amerikanischer Gesundheitsorganisation 30% der 630 Millionen Einwohner Lateinamerikas und der Karibik über keinen Zugang zu medizinischer Versorgung verfügen, ist dieser auf Kuba umfassend garantiert. Und mit neun Ärzten pro 1.000 Einwohner weist der Inselstaat auch die höchste Medizinerdichte weltweit auf.

Diese günstigen Voraussetzungen werden genutzt, um das Land mit einem engen Untersuchungsraaster zu überziehen. Ärzte und Pflegepersonal suchen die ihrem Kreis zugeordneten Bewohner aktiv auf, um Erkrankungen möglichst früh zu entdecken, Infektionswege nachzuvollziehen und Quarantänen zu verhängen. Unterstützt werden sie dabei von 28.000 verpflichteten MedizinstudentInnen.

Doch was den Inselstaat – nicht erst in Corona-Zeiten – vor anderen Ländern mit erfolgreichen Eindämmungsstrategien auszeichnet, ist das internationale Engagement. An vorderster Stelle steht dabei die

2005 eigens für internationale Katastropheneinsätze gegründete Ärzte-Brigade *Henry Reeve*. Sie ist derzeit besonders gefragt und in 26 Ländern mit 2.600 Personen im Pandemie-Einsatz.

Schon zuvor hat die Brigade etwa beim Erdbeben in Haiti (2010) und beim Ebola-Ausbruch in Sierra Leone (2014-2015) Schlagzeilen gemacht. Die nunmehrige erneute herausragende Stellung bei einem internationalen Notfall hat in mehreren Ländern Stimmen laut werden lassen, die die Brigade für den Friedensnobelpreis vorschlagen wollen.

Angemerkt sei noch, dass das stets devisenklamme Kuba für diese umfangreichen Noteinsätze keine Honorarforderungen stellt. Anders verhält es sich mit den stetigen medizinischen Missionen, die sich für den Inselstaat zeitweise zu einer er-



Ankunft kubanischer Ärzte in Freetown, Sierra Leone

Foto: Getty Images/AFP/F. Plaqueur

heblichen Devisenquelle entwickelt hatten. Der Höhepunkt war laut UNCTAD 2016 mit Einnahmen von 11 Milliarden US-Dollar erreicht. Bis zu 30.000 medizinische BrigadistInnen waren damals allein in Venezuela im Einsatz. Weitere 8.000 in Brasilien, einige hundert in Bolivien und Ecuador und auf anderen Kontinenten.

Allerdings hat das Geschäftsmodell mit dem Ende der Verträge mit Brasilien, Ecuador und Bolivien in den vergangenen zwei Jahren spürbare Rückschläge erfahren. Zudem macht Venezuela eine existenzielle politische und ökonomische Krise durch, wodurch auch aus Caracas weniger Geld fließt. Neue Einsatzgebiete sind also gefragt und die Corona-Zeiten bieten in dieser Hinsicht zweifellos Chancen, zumal man werbewirksam erstmals

ERKLÄRUNG DES KUBANISCHEN AUSSENMINISTERIUMS

Die Pandemie beweist die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit trotz politischer Differenzen.

Die Auswirkungen von COVID-19 kann man bereits ermessen und man wird sie in Zukunft anhand der beindruckend großen Zahl an infizierten Personen, der inakzeptablen Zahl von Toten, des unbestreitbaren Schadens für die Weltwirtschaft, den Handel, die Beschäftigung und die persönlichen Einkommen von Millionen von Menschen beurteilen können. Es ist eine Krise, die weit über den Bereich der Gesundheit hinausgeht. (...)

In Momenten, in denen es darum geht, weltweit die Pandemie zu bekämpfen, und es erforderlich ist, stärker zusammenzuarbeiten und die wichtige Rolle der internationalen Organisationen zu beleben, insbesondere die der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), greift die aktuelle Regierung der Vereinigten Staaten den Multilateralismus an und versucht die anerkannte Führung der WHO zu disqualifizieren. Sie verfolgt außerdem weiter ihre engstirnige Absicht, den Augenblick zu nutzen, um ihre Herrschaft aufzuzwingen und Länder anzugreifen, mit deren Regierungen sie Diskrepanzen hat.

Ein beredtes Beispiel dafür sind die jüngsten schweren militärischen Drohungen gegen die Bolivarische Republik Venezuela. (...) Ein weiteres Beispiel ist die unmoralische und anhaltende Attacke gegen die kubanischen Anstrengungen, jenen Ländern Solidarität zukommen zu lassen, die um Zusammenarbeit nachgesehen haben, um COVID-19 zu bekämpfen. Anstatt diese Zusammenarbeit zu fördern und eine gemeinsame Antwort anzuregen, verbringen hohe Beamte des Außenministeriums in diesem Land ihre Zeit damit, Erklärungen herauszugeben, mit denen jene Regierungen bedroht werden, die angesichts des Dramas der Pandemie souverän optiert haben, Kuba um Hilfe zu bitten.

Die Vereinigten Staaten begehen ein Verbrechen und ihre Beamten wissen dies, wenn sie inmitten einer Pandemie die internationale Zusammenarbeit angreifen, die Kuba leistet, und damit bezwecken,

Millionen Personen des universellen Menschenrechts auf gesundheitliche Dienstleistungen zu berauben.

Das Ausmaß der aktuellen Krise verpflichtet uns dazu zusammenzuarbeiten und Solidarität zu praktizieren, auch bei politischen Differenzen. Das Virus respektiert keine Grenzen und keine Ideologien. Es bedroht das Leben aller und es liegt in der Verantwortung aller, es zu bekämpfen. Kein Land sollte glauben, es sei groß, reich oder mächtig genug, um sich allein, isoliert zu verteidigen und die Anstrengungen und die Bedürfnisse der übrigen zu missachten. (...)

Man muss Schritte unternehmen, die es ermöglichen die Produktion und die Verteilung von medizinischer Ausrüstung, Mittel zum Schutz und Medizin in gerechter Weise zu koordinieren. Jene Länder, die über mehr Ressourcen verfügen, müssen mit denen teilen, die am meisten betroffen sind und die am wenigsten auf die Pandemie vorbereitet sind.

Unter diesem Gesichtspunkt arbeiten wir von Kuba aus. Damit ein kleines Land, mit wenig natürlichem Reichtum, das einer langen und brutalen Wirtschaftsblockade unterworfen ist, einen bescheidenen Beitrag leisten kann. Über Jahrzehnte hin konnten wir Erfahrungen bei der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich sammeln, was von der Weltgesundheitsorganisation und unseren Partnern großzügig anerkannt wurde.

In den letzten Wochen haben wir auf Bitten nach Zusammenarbeit geantwortet, ohne uns damit aufzuhalten, auf politische Übereinstimmungen oder wirtschaftliche Vorteile zu achten. Bis jetzt sind 21 Brigaden in 20 Länder gegangen, die sich den nationalen und lokalen Anstrengungen des Gesundheitspersonals anschließen und zu den Brigaden hinzukommen oder sie verstärken, die in 60 Ländern medizinische Zusammenarbeit leisten und sich in die Bemühungen zur Bekämpfung dieser Krankheit an den Orten eingliedert haben, an denen sie ihre Dienste versehen.

Wir haben auch einige der auf der Insel produzierten Medikamente weitergegeben, die unserer Erfahrung nach erwiesenermaßen wirksam bei der Prävention oder der Behandlung der Krankheit sind. Auch hat unser medizinisches Personal von Kuba aus über Telekonferenzen an Bera-

tungen und Debatten über die spezifische Behandlung für Patienten oder besondere Gruppen von diesen in verschiedenen Ländern teilgenommen. (...)

Kuba ist der Überzeugung, dass dieser Moment Zusammenarbeit und Solidarität verlangt. Es ist der Auffassung, dass eine internationale und politisch vorurteilsfreie Anstrengung, um die wissenschaftliche Forschung zu entwickeln und zu teilen und die Erfahrungen der verschiedenen Länder bei der präventiven Arbeit, beim Schutz der Schwächeren und den Praktiken des sozialen Verhaltens auszutauschen, dabei helfen würde, die Dauer der Pandemie zu verkürzen und den Rhythmus des Verlusts an Leben zu reduzieren. Es glaubt fest daran, dass die Rolle und die Führung der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation dabei unerlässlich sind.

Die Ausbreitung des Virus wird möglicherweise schneller und mit weniger Kosten zum Stillstand kommen, wenn wir gemeinsam agieren.

Dann wird die wirtschaftliche und soziale Krise bleiben, die es auf seinem Weg hinterlassen hat, deren Ausmaß niemand in der Lage ist mit Gewissheit vorherzusagen. (...)

Die Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit ist real und die ständigen Aggressionen gegen bestimmte Länder verschlimmern sie.

Es ist sehr schwierig darauf zu hoffen, dass das mögliche Ende der Pandemie zu einer gerechteren, sichereren und anständigeren Welt führen werde, wenn die internationale Gemeinschaft, die von der Regierung jedes Landes vertreten wird, sich nicht ab sofort schnell daran macht sich zu versöhnen und Entscheidungen zu treffen, denen man bis jetzt immer hartnäckig ausgewichen ist.

Es bleibt auch die Ungewissheit, inwieweit die Menschheit für die nächste Pandemie bereit ist.

Noch ist Zeit zu handeln und die zu mobilisieren, die heute die Verantwortung tragen dies zu tun. Wenn wir das den zukünftigen Generationen überlassen, könnte es zu spät sein. ■

*Botschaft der Republik Kuba Bern,
16.04.2020*

⇒ von Seite 28: KUBA

auch auf europäischem Boden (Andorra, Italien) tätig geworden ist.

Verschiedentlich wird – von den USA befeuerte – Kritik an diesen medizinischen Missionen laut. Es ist von „Sklavenverträgen“ die Rede und von der „Finanzierung einer Diktatur“. Fakt ist, dass diese Missionen auf Verträgen zwischen Regierungen beruhen und die Zahlungen direkt an Havanna gehen. Die entsendeten Mediziner erhalten 20-30% der vom Gastland überwiesenen Summe vom kubanischen Staat ausbezahlt.

Man kann diese Relation als ausbeuterisch kritisieren, doch gilt es zu bedenken, dass die Mediziner sich erstens freiwillig zu diesen Einsätzen melden und zweitens auch so noch ein Vielfaches dessen verdienen, was auf der Insel möglich wäre. Und die Devisen kommen auch dem Gesundheits- und Bildungssystem zugute. Eine Finanzierung über Lohnabgaben, wie sie in unseren Breiten üblich ist, würde in Kuba unergiebig ausfallen.

Darüber hinaus nimmt der Inselstaat nicht nur in Sachen medizinischer Dienstleistungen eine führende Stellung ein, sondern hat auch in der einschlägigen Forschung und Produktion Bemerkenswertes erreicht. Startpunkt für Kubas biotechnologische Industrie war eine Dengue Fieber-Epidemie Anfang der 1980er Jahre. Kuba konnte damals selbstproduziertes Interferon erfolgreich zum Einsatz bringen (Interferone sind Proteine mit immunstimulierender, vor allem antiviraler und antitumoraler Wirkung).

Später entwickelte Interferon-Varianten wurden auch zu gefragten Mitteln bei der HIV- und Hepatitis-Therapie. Auch mit der erstmaligen Entwicklung eines Impfstoffs gegen Meningitis B konnte Kuba einen international beachteten Erfolg landen. Heute beliefert die inseleigene Biotech-Industrie mehr als 50 Länder, vor allem im globalen Süden, mit preisgünstigen und sicheren Heilmitteln.

Zuletzt ist die auf Kuba entwickelte Interferon-Variante *alpha-2b* übrigens auch in der COVID-19-Therapie zur Anwendung gebracht worden. Dass Donald Trump und Jair Bolsonaro auf Interferon umschwenken werden, sobald der gemeingefährliche Schmach mit dem Antimalariawirkstoff *Cloroquin* nicht mehr zieht, ist dennoch nicht zu erwarten ... ■

GEDANKEN ÜBER EINE WELT NACH CORONA

Es ist angezeigt, die Kriegsrhetorik beizulegen und die umweltbezogenen und sanitären Gründe für die Pandemie anzugehen. Dies wird auch helfen, auf die große Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise, eine positive Antwort in Form eines großen ökosozialen und wirtschaftlichen Paktes zu finden.

Von Maristella Svampa

Pandemien gab es in der Geschichte viele, von der Schwarzen Pest im Mittelalter bis zu den aus Europa kommenden Krankheiten, welche die autochthone Bevölkerung der Amerikas im Zuge der Konquista hinwegrafften. Aus jüngerer Zeit sind die Spanische Grippe (1918-1919), die Asiatische Grippe (1957), die Hong Kong-Grippe (1968), HIV/AIDS (seit den 1980ern), die Schweinegrippe AH1N1 (2009), SARS (2002), Ebola (2014) und MERS (2015) ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben.

Dennoch, niemals haben wir eine Quarantäne von solch globalen Ausmaßen erlebt und nie hätten wir für möglich gehalten, dass die Errichtung des sanitären Ausnahme-regimes auf nationalstaatlicher Basis so rasch vonstatten gehen würde. Jene, die gestern noch den Rückbau des Staates verteidigten, sprechen sich jetzt für dessen entschiedene Intervention aus, kritisieren die Austeritätsprogramme auf Kosten der Gesundheitssysteme.

Das Coronavirus verweist uns in die Arena der großen gesellschaftlichen Debatten: wie man von nun an über die Gesellschaft nachdenkt, wie man aus der Krise herauskommt, welchen Staat wir dafür brauchen; kurzum, es geht um nichts Geringeres, als über die Zukunft der Zivilisation nachzudenken, die am Rande eines systemischen Zusammenbruchs steht.

Dieser Artikel will einen Beitrag zu diesen großen Debatten leisten, indem er Lektionen aus der großen Pandemie skizziert und daraus Hypothesen über ein mögliches Zukunftsszenario entwirft.

Die Rückkehr des ambivalenten Staates

In Abwandlung der Idee vom Klima-Leviathan von Geoff Mann und Joel Wain-

wright können wir heute vom Aufkommen eines vorübergehenden sanitären Leviathan sprechen, der zwei Gesichter aufweist. Zum einen zeichnet sich die Rückkehr des Sozialstaats ab. Der wirtschaftliche Einbruch ist so tiefgreifend, dass selbst die liberalsten Ökonomen einen zweiten New Deal andenken. Natürlich stellt sich angesichts der milliardenschweren Stützungspakete die Frage, welche Bereiche damit bedacht werden sollen. Donald Trump hat mit dem zwei Billionen US-Dollar umfassenden Notstandprogramm schnell klargemacht, dass die besonders problematische Frackingindustrie, die ohnehin stark subventioniert wird, darunterfallen soll.

Zum anderen kommt der sanitäre Leviathan in Begleitung des Ausnahmezustands daher. Massive soziale Kontrollen gehen einher mit Rechtsverletzungen, Militarisierung und Unterdrückung der schwächsten Teile der Gesellschaft.

Bei der angestrebten wirtschaftlichen und sozialen Erholung stellt sich wiederholt die Frage, inwieweit die Staaten mit dem Rücken zur Wand stehen. Das gilt insbesondere für die peripheren Staaten, die über weitaus weniger Ressourcen verfügen, geschweige denn Argentinien, das schon vor der Pandemie quasi zahlungsunfähig war.

Kein Staat wird sich allein durch auch noch so progressive Maßnahmen retten können. Eine globale Lösung ist angezeigt und erfordert eine radikale Änderung der Nord-Süd-Beziehungen, eingebettet in einen demokratischen Multilateralismus.

Krisen als Lehren, um falsche Lösungen zu vermeiden

Die Pandemie manifestiert das Ausmaß sozialer Ungleichheit und die enorme Reichtumskonzentration auf dem Planeten. Das ist nichts Neues, führt uns aber zum Ausgang anderer globaler Krisen. So war die Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, dass die Regierungen die Rettung der Finanzkonzerne organisierten, wodurch deren Manager reicher als zuvor ausstiegen.

Die Wirtschaft war gerettet zugunsten des „einen Prozents“. Millionen verloren ihr Heim, blieben überschuldet und ohne Job. Sparprogramme wurden zu Lasten des Gesundheits- und Bildungssystems durch-

weiter Seite 30 ⇒

⇒ von Seite 29: WELT NACH CORONA

gezogen. Oxfam dokumentierte die sich beschleunigende globale Reichtumskonzentration eindrucksvoll, und neue politische Bewegungen mit reaktionärer wie autoritärer Agenda erschienen auf der Bildfläche.

Lateinamerika schien sich längere Zeit diesen regressiven politischen Tendenzen Europas und der USA zu widersetzen, dafür kam der Umschwung in der Gestalt von Bolsonaro in Brasilien oder des Putsches in Bolivien dann umso gründlicher. Kam man dank der hohen Rohstoffpreise vor der Krise von 2008 zunächst noch glimpflich über diese hinweg, so zeigte sich danach, dass sich in der Hochphase des Neoextraktivismus strukturell nichts verändert hatte. Die Region blieb die ungleichste der Welt (20% der Bevölkerung vereinen 83% des Reichtums auf sich), weist die höchste Konzentration von Landbesitz auf, ist die gefährlichste Zone für Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten und liegt auch bei geschlechtsspezifischer Gewalt bis hin zu Frauenmorden auf einem traurigen Spitzenplatz.

Alles in allem stellen die Folgen der 2008er-Krise also ein klares Beispiel für einen nicht wünschenswerten Ausgang dar und rufen geradezu nach neuen und demokratischen Vorschlägen, die auf Gleichheit und Solidarität fußen.

Verschleierung der Umweltursachen und Kriegsrhetorik

Heute lesen wir in zahlreichen, wissenschaftliche Studien replizierenden Artikeln, dass die in jüngerer Zeit die Menschheit geißelnden Viren in direktem Zusammenhang mit der Zerstörung von Ökosystemen und dem Handel mit wilden Tieren stehen. Es scheint jedoch, dass die öffentliche Wahrnehmung der Pandemie selbst und die in Entwicklung befindlichen Kontrollstrategien diesen zentralen Kern nicht berücksichtigen. Dies ist sehr beunruhigend.

Die sozio-ökologischen Ursachen der Pandemie zeigen, dass der Feind nicht das Virus selbst ist. Wenn es einen Feind gibt, dann ist es diese Art von räuberischer Globalisierung und die Beziehung zwischen Kapitalismus und Natur. Obwohl das Thema in sozialen Netzwerken und den Medien zirkuliert, steht es nicht auf der politischen Agenda. Dieser Blindheit steht

die Etablierung eines betont kriegerischen Diskurses gegenüber.

Die Verbreitung von Kriegsmetaphern und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ziehen sich durch die Reden, von Macron und Merkel bis Trump und Xi Jinping. Die Rede vom „unsichtbaren Feind“ soll dazu dienen, im Angesicht der Furcht vor Ansteckung und Tod „die Reihen vor dem gemeinsamen Feind zu schließen“. Sie trägt jedoch nicht zum Verständnis der Wurzel des Problems bei, sondern eher zu dessen Verschleierung. Diese rhetorische Figur fördert auch die Durchsetzung der sozialen Kontrolle über die Sektoren, die als problematisch angesehen werden (die Armen, die Gefangenen, diejenigen, die sich der Kontrolle entziehen).



Covid-19 hat auch Mexikos Gesundheitssystem überfordert

Der kriegerische Diskurs attackiert das Symptom, rührt aber nicht an den tieferen Ursachen, die mit dem Gesellschaftsmodell des neoliberalen Kapitalismus zu tun haben, das via Ausweitung der Ausbeutung zur Intensivierung des Kontakts mit wilden Tieren führt, die aus zerstörten Ökosystemen stammen. Schließlich wird dergestalt mehr an die Angst als an die Solidarität appelliert, was auch zu vermehrter Überwachung der BürgerInnen untereinander führt bis hin zu Denunziation des Verstoßes gegen von den Regierungen diktierte Maßnahmen.

Vom Leitbild der Pflege zum ökosozialen Pakt

Das Jahr der großen Pandemie stellt uns vor einen zivilisatorischen Scheideweg. Neue politische und ethische Dilemmata erlauben es uns, die Wirtschafts- und Klimakrise unter einem neuen Blickwin-

kel zu überdenken. Wir könnten das Dilemma wie folgt formulieren: Entweder bewegen wir uns auf eine autoritärere neoliberale Globalisierung zu, in Richtung des Triumphs des Sicherheitsparadigmas und der digitalen Überwachung, wie es verschiedentlich in Asien vorgemacht wurde. Oder die Krise öffnet den Weg zu einer demokratischeren Globalisierung, verbunden mit dem Paradigma der Fürsorge, durch die Umsetzung und Anerkennung von Solidarität und Interdependenz in ihren sozialen und internationalen Dimensionen und getragen von öffentlichen Politiken, die auf einen „neuen ökosozialen und wirtschaftlichen Pakt“ abzielen, der soziale und ökologische Gerechtigkeit gemeinsam anspricht.

Krisen, das dürfen wir nicht vergessen, erzeugen auch Prozesse der „kognitiven Befreiung“, das heißt sie ermöglichen die Überwindung von Fatalismus oder Untätigkeit und machen das möglich und lebensfähig, was bis vor kurzem noch unvorstellbar war. Das bedeutet zu verstehen, dass die Würfel nicht gefallen sind, dass es inmitten der Katastrophe Möglichkeiten für gestaltendes Handeln gibt.

Das Schlimmste, was passieren könnte, ist, dass sich als Ausweg aus der durch den Gesundheitsnotstand hervorgerufenen Krise „das Desaster innerhalb der Katastrophe“ vertieft, wie es Naomi Klein mit ihrer These vom „Katastrophen-Kapitalismus“ vielfach nachgezeichnet hat. Wir müssen von der Vorstellung ausgehen, dass wir uns in einer außergewöhnlichen Situation befinden, in einer systemischen Krise, und dass der zivilisatorische Hori-



Razzia in Rios Favela Complexo de Alemão: kein geeignetes Mittel gegen das Virus

zont nicht geschlossen, sondern weiter umkämpft ist.

Es geht darum, Lösungen für die gegenwärtige Globalisierung vorzuschlagen, die die Zerstörung der Ökosysteme ebenso in Frage stellen wie eine von individuellen Interessen geprägte Vorstellung von Gesellschaft, die Merkantilisierung und die falsche Vorstellung von „Autonomie“. Meiner Meinung nach sollte die Grundlage dieser neuen Sprache sowohl das Leitbild der Fürsorge als sozio-kognitiver Rahmen als auch die Umsetzung eines großen ökosozialen und wirtschaftlichen Paktes auf nationaler und globaler Ebene sein.

Zunächst geht es mehr denn je darum, das Paradigma der Fürsorge zu würdigen, wie wir vom Ökofeminismus und den populären Feminismen in Lateinamerika sowie von der feministischen Ökonomie es gefordert haben. Ihre Beiträge können uns helfen, die Verbindungen zwischen dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen neu zu fassen, den Begriff der „Autonomie“, der unser modernes Welt- und Wissenschaftsverständnis hervorgebracht hat, in Frage zu stellen und Begriffe wie Interdependenz, Reziprozität und Komplementarität in den Mittelpunkt zu stellen.

Das beinhaltet den Anspruch, die im Rahmen des patriarchalen Kapitalismus historisch verachteten täglichen Aufgaben, die mit der Unterstützung des Lebens und seiner Reproduktion verbunden sind, als zentrale Aufgaben aufzufassen, die noch dazu die ökologische Frage schlechthin prägen. Als Schlüssel der Zivilisationskrise wird Interdependenz heute mehr und mehr als Ökodespendenz gelesen, weil sie die Idee der Fürsorge und Gegenseitigkeit auf andere Lebewesen, auf die Natur ausdehnt.

Diese Krise kann die Gelegenheit für vermehrt global konzipierte politische Lösungen sein. Die UN-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hat einen neuen Marshall-Plan über 2,5 Billionen US-Dollar für die Schwellenländer vorgeschlagen, um gesundheitliche Notmaßnahmen und soziale Unterstützungsprogramme auf den Weg zu bringen.

Jedoch ist wichtig, einen möglichen New Deal nicht nur wirtschaftlich und sozial auszurichten, sondern auch die ökologischen Folgen einzubeziehen. Es mehren sich die Stimmen, die die Notwendigkeit eines Grünen New Deal betonen, wie ihn die US-demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez 2019 lanciert hat. Von Naomi Klein bis Jeremy Rifkin wurde das Thema im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und Rassengerechtigkeit aufgegriffen.

Festzuhalten bleibt noch, dass die Debatte zum Grünen New Deal in Lateinamerika verhältnismäßig wenig bekannt ist. Das hat verschiedene Gründe, die von wirtschaftlichen Dringlichkeiten bis hin zum Fehlen einer historischen Beziehung zu diesem Konzept reichen, denn auf dem Subkontinent gab es weder einen New Deal (USA) noch einen Marshallplan (Europa).

Was hingegen – zum Beispiel in Argentinien – existiert, ist eine mit dem Peronismus verbundene Vorstellung der sozialen Konzertierung, in der die Forderung nach Wiedergutmachung (soziale Gerechtigkeit) allerdings weiterhin mit einer hegemonialen Idee des Wirtschaftswachstums verbunden ist, und die geht im heute stark deindustrialisierten Land immer Hand in Hand mit dem nicht nachhaltigen

Modell des Rohstoffexports. Diese extraktivistisch-entwicklungsorientierte Vorstellungswelt steht dem Nachdenken über den „gerechten Übergang“ in eine nachhaltige Gesellschaft oder einer nationalen Debatte über die Idee eines großen ökosozialen und wirtschaftlichen Paktes entgegen.

Das bedeutet nicht, dass es in Lateinamerika keine emanzipatorischen Erzählungen oder konkrete Utopien gäbe. Alternative Visionen speisen sich aus zahllosen lokalen Widerstandsgruppen und aus ökoterritorialen Bewegungen. Agrarökologische Initiativen etwa breiten sich zusehends aus. Diese Prozesse werden von einer politisch-ökologischen Erzählung begleitet, die mit dem „Guten Leben“, der Post-Entwicklung, dem Post-Extraktivismus, den Rechten der Natur, dem Gemeinwohl, der Ethik der Fürsorge und dem gerechten sozio-ökologischen Übergang verbunden ist.

Es geht darum, eine echte nationale und globale Agenda mit einer Reihe von öffentlichen Politiken aufzubauen, die auf einen gerechten Übergang ausgerichtet sind. Dies erfordert nicht nur eine Vertiefung und Debatte über diese Fragen, sondern auch den Aufbau eines Nord-Süd-Dialogs mit denjenigen, die einen Grünen New Deal propagieren, der auf einer Neudefinition des Multilateralismus im Sinne von Solidarität und Gleichheit beruht.

Die Debatte und Aufstellung einer gerechten Übergangsgenda kann zu einem Banner werden, um nicht nur das vorherrschende (neo)liberale Denken zu bekämpfen, sondern auch die dystopische Weltansicht, die bei manch linken Gruppierungen vorherrscht sowie die anhaltende Theorieblindheit so vieler entwicklungspolitisch Progressiver. Die Coronavirus-Pandemie und der bevorstehende Zusammenbruch eröffnen einen Prozess der kognitiven Befreiung, durch den nicht nur die politische Phantasie im Dienste der Notwendigkeit des Überlebens und der Sorge um das Leben aktiviert werden kann, sondern auch die Verflechtung zwischen neuen und alten Kämpfen (soziale, ethnische, feministische und ökologische), was uns alle zu einem ganzheitlichen, integralen, transformativen Denken führen kann, das uns bisher wehrt blieb. ■

Maristella Svampa ist Professorin der Soziologie an der argentinischen Universität La Plata und Schriftstellerin. Ihr Beitrag wurde unter dem Originaltitel „Reflexiones para un mundo post-coronavirus“ in der Aprilausgabe 2020 von *Nueva Sociedad* veröffentlicht. Übersetzung und Kürzung: Jürgen Kreuzroither

DIE FARCE DER VENEZOLANISCHEN „FERKELBUCHT“

Am 3. Mai hat Venezuelas Armee die Landung einer aus einigen Dutzend Venezolanern und zwei US-amerikanischen „Freiheitskämpfern“ bestehenden Invasionstruppe, die den Sturz der Regierung Maduro zum Ziel hatte, an der Nordküste des Landes vereitelt. Der Operation Gideon genannte Zwischenfall erinnerte an die Schweinebucht, die von der CIA unterstützte Invasion in Kuba im April 1961.

Von Jon Lee Anderson

Die Invasionskräfte, die das Regime von Fidel Castro stürzen wollten, bestanden damals aus 1.400 kubanischen Exilierten und einer Handvoll von US-Militärs. In dreitägigen Kämpfen, die mindestens 300 Tote forderten, wurden sie von Castros junger Armee besiegt. Wenige Monate später dankte Ernesto (Che) Guevara auf einer Konferenz in Uruguay dem Vertreter der US-Regierung Richard Goodwin für die Schweinebucht: „Vor der Invasion schwankte die Revolution. Jetzt ist sie stärker denn je“.

Eine der Konsequenzen der Aktion war die Kubakrise im Oktober 1962, als der sowjetische Premier Nikita Chruschtschow heimlich Raketen auf Kuba installieren ließ, weil er die Regierung Kennedy für schwach hielt. Als Gegenleistung für den Abzug der Raketen stimmten die USA dem Abzug ihrer Raketenbasen aus der Türkei zu und versprachen außerdem, keine weiteren Pläne zur Invasion Kubas zu schmieden. Das gab Castro den nötigen Spielraum zum kommunistischen Umbau Kubas

Das Fiasko vom ersten Maiwochenende an der Küste Venezuelas mag im Vergleich zum damaligen Ereignis unbedeutend gewesen sein – eine Ferkelbucht sozusagen. Es gibt allerdings viele Gemeinsamkeiten, nicht zuletzt sein Scheitern und die tragischen Folgen für die sechs oder acht Getöteten und die bisher etwa 45 Gefangenen, darunter auch die beiden US-Bürger. Und ähnlich wie der Schweinebucht ein zweijähriger Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Kuba und den USA vorangegangen war, hat die Regierung Trump die Spannungen mit Maduros Regime seit 2017 durch eine kriegerische



Jordan Goudreau, Auftragsputschist

Rhetorik und mehrere Sanktionspakete verschärft. Im Jänner 2019 erkannte Trump Juan Guaidó, den Präsidenten der Nationalversammlung, als Venezuelas rechtmäßigen Präsidenten an und unterstützte drei Monate später dessen (gescheiterten) Versuch, einen militärischen Aufstand anzuzetteln. Im vergangenen Februar empfing er Guaidó im Weißen Haus und ermöglichte ihm auch einen Auftritt vor dem Kongress.

Trump hat geaugnet, vorher Kenntnis von der Invasion in Venezuela gehabt zu haben. Organisiert hat sie der frühere Green Beret Jordan Goudreau, Veteran der Kriege in Afghanistan und im Irak und Eigentümer der Sicherheitsfirma *Silvercorp USA* mit Sitz in Florida. Goudreau hat in Interviews erklärt, Guaidó habe von den Vorbereitungen gewusst und im Oktober 2019 eine Vereinbarung unterzeichnet, worin er Goudreau für den Sturz von Maduro 213 Mio. USD versprochen habe.

Guaidó stellte seine Unterschrift in Abrede, doch J.J. Rendón, sein Vertreter in den USA, gab die Echtheit seiner eigenen Unterschrift zu; vor einigen Monaten habe er Goudreau 50.000 Dollar für seine Ausgaben übergeben. Auch die Unterschrift von Sergio Vergara, einem anderen Helfer Guaidós, scheint auf. Am 11. Mai traten Rendón und Vergara zurück.

Ob er nun unterschrieben hat oder nicht, ist Guaidós Rücktritt unwahrscheinlich. Weil er unter Trumps Schutz steht, wird ihn Maduro wahrscheinlich auch nicht verhaften. Nach Guaidós Anerkennung durch die USA im Jänner 2019 hatte John Bolton, damals Nationaler Sicherheitsberater, erklärt, jede Maßnahme von Maduros Regime gegen US-Diplomaten in Venezuela oder gegen Guaidó würde einen

„schwerwiegenden Angriff“ darstellen und eine „bedeutende Antwort“ nach sich ziehen. Im Mai 2019 sagte Außenminister Mike Pompeo, die USA hätten militärische Aktionen gegen das Regime nicht ausgeschlossen und hat auch seither mehrfach erklärt, „alle Optionen“ seien „auf dem Tisch“. Im Bewusstsein des Risikos sagte Maduro, er habe die Untersuchung von Guaidós möglicher Verwicklung angeordnet, doch die Entscheidung liege „bei den Gerichten“.

Inzwischen haben die beiden gefangenen US-Amerikaner, beide frühere Soldaten der *Special Forces*, im venezolanischen Fernsehen über ihre Rolle in der *Operation Gideon* ausgesagt. Unter anderem hatten sie einige Monate lang eine Gruppe venezolanischer Exilierten in einer abgelegenen Region Kolumbiens militärisch ausgebildet. Laut Luke Denman, einem der beiden, sei das Ziel Maduros Gefangennahme gewesen, und es sei ihnen gesagt worden, Trump sei über die Operation informiert. Airan Berry, der zweite, sagte aus, Maduro sollte aus Venezuela hinausgebracht werden, auf welche Weise auch immer. Pompeo wies jede „direkte“ US-Beteiligung zurück und Trump erklärte, würden die USA etwas gegen Venezuela unternehmen, „würde es eine Invasion genannt werden“.

Unklar ist, warum die bewaffnete Gruppe ihre Aktion durchzog, obwohl Goudreau selbst nicht dabei war und bereits zwei Tage davor der Journalist Joshua Goodman die Einzelheiten des Invasionsplans publiziert hatte. Er hatte zuvor mit vielen Menschen in den USA und Kolumbien gesprochen, die über das Vorhaben Bescheid wussten. Die Frage ist, wie viel das Weiße Haus, ob direkt beteiligt oder nicht, vorher über den Plan wusste, und warum es, wenn informiert, nichts dagegen unternommen hat. Maduro behauptet jedenfalls, Agenten seiner Regierung hätten Goudreaus Operation lange vor ihrem Beginn infiltriert.

Die *Operation Gideon* war jedenfalls die Chronik eines angekündigten Desasters. Ob die US-Regierung sie unterstützte oder davon vorher gewusst hat oder nicht, hat sie doch zu einer Atmosphäre beigetragen, in der es zu einer solchen kopflosen Aktion kommen konnte. Gegen Pomepos Behauptung, eine US-Beteiligung hätte einen besseren Verlauf garantiert,

weiter Seite 33 ➔

EINGESCHNÜRT IM US-HINTERHOF

Die von den USA geführte militärische Operation zur angeblichen Drogenbekämpfung in der Karibik ist in Wirklichkeit Teil eines Plans, in Venezuela zu intervenieren.

Von Carolus Wimmer

Inmitten der eskalierenden internen Krise um das Coronavirus, die die Vereinigten Staaten zum Epizentrum der globalen Covid-19-Pandemie gemacht hat, kündigte Präsident Donald Trump am 1. April die Entsendung der größten militärischen Drogenbekämpfungsoperation in der Karibik an, um die Bedrohung durch den Drogenhandel in der Region zu beenden.

Die *Operation Orion*, wie sie genannt wird, ist ein Programm gegen den Schmuggel, das in den vergangenen Jahren im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit durchgeführt wurde und an dem mehr als 20 Agenturen und Institutionen aus Kolumbien, Belgien, Belize, Brasilien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Spanien, den USA, Frankreich, Guatemala, Honduras, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Panama und der Dominikanischen Republik beteiligt sind.

Anders ist diesmal, dass die Trump-Administration einen Tag vor Umsetzung der Operation gegen Präsident Nicolás Maduro, den Präsidenten der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung (ANC) Diosdado Cabello und andere hohe Beamte der bolivarianischen Regierung Anklage wegen Drogenhandels erhob, ohne Beweise vorzulegen. Als Belohnung bot sie 15 Millionen Dollar für die Ergreifung von Maduro und 10 Millionen Dollar für Cabello an. Später erklärte Admiral Craig Faller, Chef des Kommandos Süd, die Operation sei nicht speziell gegen Maduro gerichtet, sie steht aber offensichtlich im Zusammenhang mit dem US-Vorhaben, seine Regierung zu stürzen.

Die Trump-Regierung hat bestritten, dass es sich um eine Seeblockade handelt, aber zweifellos stellt die Militarisierung der karibischen Gewässer neben den einseitigen Sanktionen der Vereinigten Staaten einen Akt der Einschüchterung für jedes Unternehmen dar, das mit Venezuela Handel betreiben will.

Die illegalen einseitigen Sanktionen haben dem venezolanischen Staat große

Probleme bei der Beschaffung von Medikamenten, Nahrungsmitteln, Treibstoff und Technologie bereitet. In Bezug auf Benzin verbieten die illegalen Sanktionen petrochemischen Firmen die Einfuhr von Verdünnern für die Verarbeitung von schwerem und extraschwerem Rohöl oder Ölderivaten nach Venezuela. Der Treibstoffmangel wirkt sich u.a. auf Transportdienstleistungen, Elektrizität und Trinkwasser aus.¹

Im Jänner 2019 begann eine von Washington unterstützte Eskalation der antidemokratischen venezolanischen Opposition, um mit allen Mitteln den Sturz der bolivarianischen Regierung zu erreichen. Seltsamerweise sind Dialog oder Wahlen in diesem Putschplan ausgeschlossen, dessen sichtbares Gesicht im Land der selbsternannte Parallelpräsident Juan Guaidó ist.

Zwischen Februar und März letzten Jahres organisierte Guaidó mit der Unterstützung von Kolumbiens Präsident Iván Duque, dem Hauptverbündeten Trumps auf dem Kontinent, einen gescheiterten Versuch, die venezolanische Grenze zu Kolumbien zu verletzen, um „humanitäre Hilfe zu leisten“, in einem Manöver, das von den Bolivarischen Nationalen Streitkräften (FANB) und der Zivilbevölkerung der umliegenden Gemeinden abgewehrt wurde. An dieser gescheiterten Aktion waren Söldner aus den USA und anderen Ländern beteiligt, die angeheuert wurden, um illegal nach Venezuela einzureisen, sowie eine Gruppe von Militärdeserteuren und Verrätern der FANB.

Nach diesen Ereignissen wurde in Kolumbien eine logistische Operationsbasis eingerichtet, um künftige Destabilisierungsmaßnahmen gegen die venezolanische Regierung zu planen, einschließlich eines Währungsangriffs, der den Bolívar bis zum fast vollständigen Verlust seiner Kaufkraft abgewertet hat.

Der jüngste der geplanten Versuche, die bolivarianische Regierung zu stürzen und eine chaotische Situation zu schaffen, die das Eingreifen ausländischer Truppen verdienen würde, war die vereitelte Seeinvasion vom 3. und 4. Mai 2020. Den Aussagen der Gefangenen zufolge wurden die Aktionen auf kolumbianischem Territorium geplant, und die Söldner erhielten logistische Unterstützung von den Drogenbossen. Präsident Maduro prangerte an, dass die gescheiterte Invasion von der US-

Anti-Drogenbehörde (DEA) unterstützt wurde, die bekanntlich von mehreren Regierungen und Einrichtungen beschuldigt wurde, direkt mit gefährlichen Drogenbaronen in verschiedenen Regionen der Welt zusammenzuarbeiten.

Es ist wichtig, die internationale Gemeinschaft zu warnen, dass die *Operation Orion* in Wirklichkeit die Fassade eines Plans zum Sturz einer legitimen, demokratisch gewählten Regierung ist, die in der internationalen Gemeinschaft und den Institutionen der Vereinten Nationen vertreten ist. Die an diesem Einsatz beteiligten Länder müssen darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie nicht im Kampf gegen Drogen, sondern gegen die Demokratie kooperieren und damit die Sicherheit der gesamten Hemisphäre gefährden, denn die Umwandlung Venezuelas in ein lateinamerikanisches Libyen könnte inmitten der globalen Pandemie katastrophale Folgen für die Region haben. ■

Der Autor ist Vorsitzender des venezolanischen Solidaritäts- und Friedenskomitees COSI.

¹ Am 25. Mai konnte der iranische Tanker *Fortune*, als erstes einer aus fünf Schiffen bestehender Flotte, erfolgreich in Venezuela anlegen und dringend benötigten Ölnachschub liefern. Eine Woche später gab Präsident Maduro die Erhöhung der Treibstoffpreise (auf 0,025 US-Dollar pro Liter) bekannt.

⇒ von Seite 32: „FERKELBUCHT“

spricht das Beispiel der Schweinebucht ebenso wie ein halbes Dutzend gescheiterter verdeckter Operationen seither.

Die Geschichte wiederholt sich als Farce, doch die unlegbar possenhaften Aspekte der *Operation Gideon* machen weder die dabei ausgelöschten Leben noch Venezuelas Kollaps in Zeitlupe weniger tragisch. Nahezu fünf Millionen venezolanische BürgerInnen sind seit 2015 ins Ausland geflüchtet, als die gefallenen Ölpreise den schon stotternden Wirtschaftsmotor abwürgten. Aller Propaganda und allen Sanktionen der USA zum Trotz ist weder das Ende von Venezuelas Wirtschaftskrise noch seines Mangels an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Sicht. Durch die „Ferkelbucht“ ist es um keinen Deut näher gerückt. ■

Der Beitrag des Che-Biographen Jon Lee Anderson erschien am 13. 5. in *The New Yorker*.
Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika (<https://www.npla.de>, E-mail: poonal@npla.de), der Presseagentur amerika21.de (<https://amerika21.de>, E-mail: redaktion@amerika21.de) und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

LATEINAMERIKA

Mehr Arme infolge der Corona-Krise erwartet

In diesem Jahr könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Lateinamerikas durch die von der Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise um 5,3 Prozent zurückgehen. Dies geht aus einem Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (*Cepal*) hervor. Die Armutsrate wird demnach um 4,4 Prozentpunkte und die Zahl der Armen von 186 Millionen im Jahr 2019 auf 214,7 Millionen ansteigen.

„Die Auswirkungen von Covid-19 werden die größte Rezession hervorrufen, die die Region seit 1914 und 1930 erlebt hat. Es wird ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet, mit schwerwiegenden Folgen für Armut und Ungleichheit“, sagte Alicia Bárcena, *Cepal*-Exekutivsekretärin, bei der Vorstellung des Berichts Mitte Mai. Die Region benötige dringend Zugang zu finanziellen Ressourcen. Dafür sei eine „flexible Unterstützung“ seitens multilateraler Finanzorganisationen wichtig, verbunden mit kostengünstigen Kreditlinien, Schuldendiensterleichterungen und möglichem Schuldenerlass.

Lateinamerika müsse, um Einfluss auf „die neue globale Wirtschaft in der Ära nach Covid-19“ zu nehmen, eine stärkere regionale Integration in der Produktion, beim Handel, der Technologie und im Sozialen erreichen. Südamerika werde mit einem Rückgang des BIP um 5,2 Prozent am stärksten betroffen sein, während es für Zentralamerika laut Prognose etwa 2,3 Prozent sein werden.

Das am stärksten betroffene Land werde Venezuela mit einem Rückgang des BIP um 18 Prozent sein. Für Argentinien und Ecuador sieht die *Cepal* eine Schrumpfung um 6,5 Prozent voraus, für Paraguay dagegen nur um 1,5 Prozent. In Brasilien

werden es geschätzt 5,2, in Mexiko 6,5 Prozent sein. Beide Länder sind stark von der Unterbrechung der Wertschöpfungsketten betroffen, da sich dort die größten Fertigungssektoren in der Region befinden.

Die *Cepal* schätzt, dass die Arbeitslosenquote in der Region bei etwa 11,5 Prozent liegen wird, 3,4 Prozentpunkte höher als 2019. Die Zahl der Arbeitslosen in der Region werde 37,7 Millionen erreichen, 11,6 Millionen mehr als 2019. Hierbei werden die Länder der Karibik am stärksten betroffen sein, da mehr als 50 Prozent der Beschäftigten im Tourismussektor tätig sind.

Laut dem UN-Bericht wird die Armutsquote in Lateinamerika und der Karibik im Jahr 2020 um 4,4 Prozentpunkte von 30,3 auf 34,7 Prozent und damit die Zahl der Armen um fast 29 Millionen Menschen ansteigen. Die extreme Armut wird um 2,5 Prozentpunkte von 11 auf 13,5 Prozent zunehmen, was 16 Millionen Menschen mehr entspricht.

Cecilia Vergara Mattei, Übersetzung: Klaus E. Lehmann, amerika21, Clae

SURINAME

Bouterse als Staatschef abgewählt

Nach den Parlamentswahlen in Suriname vom 25. Mai zeichnet sich ein Wahlsieg der oppositionellen Parteien und damit ein Wechsel im Präsidentenamt ab. Der bisherige Amtsinhaber Dési Bouterse hatte auf eine dritte Amtszeit in Folge gehofft. Nach Auszählung von etwa 90 Prozent der Stimmen erreichte dessen Nationaldemokratische Partei (NDP) jedoch nur 16 der 51 Parlamentssitze und damit zehn weniger als bei den letzten Wahlen. Die Progressive Reformpartei (VHP) von Herausforderer Chan Santokhi hat nach Angaben des Innenministeriums 20 Sitze errungen. Für die (für August geplante) Wahl zum Präsidenten ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament notwendig. Santokhi muss also noch Koalitionspartner im neu gewählten Parlament finden. Für die Wahl mit rund 350.000 Wahlberechtigten inmitten der Corona-Pandemie waren Kontakt-

beschränkungen vorübergehend aufgehoben worden.

Wichtiges Thema im Vorfeld der Wahlen war in dem von Öl- und Goldexporten abhängigen Land die durch die Corona-Pandemie hervorgerufene Wirtschaftskrise. Die regierende NDP stützte ihren Wahlkampf aber auch auf den von ihr vorangetriebenen Ausbau des Sozialstaats mit der Einführung einer obligatorischen Renten- und Krankenversicherung sowie großer Infrastrukturprojekte und der Übergabe von Land an Landlose. Die Opposition konzentrierte sich hingegen vor allem auf die Verstrickung von Bouterse in verschiedene Korruptionsskandale und eine Verurteilung im vergangenen Jahr.

Bouterse ist seit 2010 Staatschef der ehemaligen niederländischen Kolonie, die erst 1975 ihre Unabhängigkeit erreichte. Von 1980 bis 1987 regierte Bouterse bereits als Anführer einer Militärjunta das Land. Ende November letzten Jahres war Bouterse von einem Militärgericht zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er 1982 im Anschluss an den Staatsstreich zur Machtergreifung 15 politische Gegner hinrichten ließ. Seine Verhaftung wurde jedoch bis heute von keinem Gericht angeordnet. Auch der Aufforderung der Opposition nach seinem Rücktritt kam er nicht nach. Nun scheint seine politische Karriere durch eine Wahl beendet worden zu sein, auch wenn er eine Neuauszählung der Ergebnisse forderte.

Jonatan Pfeifenberger, amerika21

MEXIKO

Trotz Corona-Pandemie wird der Tren Maya weiter gebaut

Mitte Mai ordnete die Nationale Menschenrechtskommission Mexikos an, alle verzichtbaren Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bau des *Tren Maya* einzustellen. So soll einer Ausbreitung des Corona-Virus auf der Halbinsel Yucatán entgegen gewirkt werden. Die Kommission legte allerdings nicht fest, welche Arbeiten als unverzichtbar gelten sollen. Dem Beschluss ging eine Beschwerde von Menschenrechts- und indigenen Organisationen voraus. Diese befürchten, dass sich durch die Fortführung der Arbeiten an dem Mega-Projekt das Virus unter den Arbeitern und dann auch der lokalen Bevölkerung ausbreitet.

Wenige Tag zuvor hatte eine Bundesrichterin einen zeitweiligen Baustopp für den Abschnitt Palenque–Escárcega im Bundesstaat Chiapas angeordnet. Damit entsprach sie einer Klage der in der Region lebenden indigenen Kommunen. Dieses Urteil wurde gut einen Monat später mit der Begründung, die Arbeiten seien unverzichtbar, wieder aufgehoben. Die für den Bau des Maya-Zuges zuständige Tourismus-Behörde hatte damit ihre Klage auf Fortführung der Arbeiten begründet. Sie hatte dabei volle Rückendeckung durch Präsident Andrés Manuel López Obrador, der schon im April per Dekret die Arbeiten am *Tren Maya* von allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ausgenommen hatte.

Darüber hinaus kündigte der Präsident Ende Mai an, in der ersten Juniwoche nach Cancún reisen zu wollen, um trotz des hohen Risikos der Ansteckung mit dem Virus persönlich den Startschuss für den Bau der Bahnlinie zu geben.

Knut Hildebrandt, poonal

BRASILIEN

Fake-News gegen die Demokratie

Am Ende seiner Ansprache wurde Jair Bolsonaro am 28. Mai noch einmal laut. „Es reicht, verdammte Scheiße“, brüllte der Präsident und erntete bei seinen UnterstützerInnen Beifall, die sich wie jeden Tag vor dem Präsidentenpalast versammelt hatten. Am Vortag hatte die Bundespolizei Razzien bei mehreren prominenten Verbündeten Bolsonaros durchgeführt, darunter PolitikerInnen, JournalistInnen und UnternehmerInnen.

Der Vorwurf: Sie sollen hinter Fake-News-Kampagnen stehen. Angeordnet hatte die Durchsuchungen Alexandre de Moraes, Richter am Obersten Gerichtshof. Bolsonaro drohte daraufhin unverhohlen, er werde keine „absurden Befehle“ mehr befolgen, und so ein Tag werde sich nicht wiederholen. Es war der Höhepunkt eines Konfliktes, der sich in den letzten Wochen immer mehr zugespitzt hatte.

Gegen das sogenannte Kabinett des Hasses wird schon länger ermittelt. Über die sozialen Medien soll die Gruppe – finanziert durch reiche UnternehmerInnen – systematisch Fake-News und Hetze gegen die demokratischen Institutionen in Brasilien verbreiten. Anführen soll sie Präsidentenspross Carlos Bolsonaro.

Bolsonaro bezeichnete das Kabinett des Hasses als „Erfindung.“ Allerdings: JournalistInnen berechneten, dass nach den Razzien die Social-Media-Aktivitäten für den Präsidenten um 40 Prozent zurückgingen. Laut Richter Moraes könnte die Gruppe sogar wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden. Der Oberste Gerichtshof hatte zuletzt zahlreiche Dekrete des Präsidenten sowie die Nominierung eines Vertrauten Bolsonaros zum Chef der Bundespolizei blockiert.

Mitte Mai gab ein Richter das Video einer Kabinettsitzung im April frei, das beweisen soll, dass Bolsonaro aus politischen Gründen Einfluss auf die Bundespolizei nehmen wollte. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes leitete Ermittlungen gegen Bolsonaro ein und verglich die aktuelle Situation in Brasilien sogar mit Nazi-Deutschland. Auslöser dafür waren offene Drohungen aus dem Regierungslager gegen die demokratischen Institutionen des Landes. Die Soziologin Solano hält einen „klassischen Militärputsch“ allerdings für unwahrscheinlich. „Aber es ist möglich, dass Bolsonaro die politische Instabilität und die Pandemie ausnutzt, um die Militarisierung voranzutreiben und eine vermeintliche Ordnung durch Gewalt wiederherzustellen.“

Am Pfingstsonntag stellten sich in São Paulo hunderte Fußballfans einem Protest von Bolsonaro-AnhängerInnen entgegen. Die Proteste gipfelten in Straßenschlachten mit der Polizei. Es waren die ersten Demonstrationen gegen die Regierung seit Langem in Brasilien. Ein Großteil der Bevölkerung sieht die antidemokratischen Drohungen aus dem Regierungslager kritisch. Doch die aktuellen Konflikte bestärken die Sichtweise vieler Bolsonaro-Fans, die Justiz, der Kongress und die Medien hätten sich gegen den Präsidenten verschworen. Durch seine stabile und überaus aktive Basis ist ein Amtsenthebungsverfahren gegen Bolsonaro – trotz zahlreicher Straftaten und bereits 35 im Kongress eingebrachter Anträge – unwahrscheinlich.

So steuert Brasilien auf eine gefährliche Pattsituation und eine schwere institutionelle Krise zu, während die Zahl an Corona-Infektionen weiter dramatisch in die Höhe klettert. Zwei Gesundheitsminister hat Bolsonaro während der Pandemie bereits entlassen. Der Interimsminister ist ein General und hat neun weitere Militärs eingestellt – alle ohne Erfahrung im Gesundheitsbereich.

Niklas Franzen, taz

ECUADOR

Gesundheitskrise und Sparpolitik

Präsident Lenín Moreno hat am 19. Mai sieben neue Maßnahmen angekündigt, um die Staatsausgaben um insgesamt vier Milliarden US-Dollar zu senken. Allein durch die Reduzierung der Investitionen sollen 1,4 Milliarden Dollar eingespart, die Summe der Löhne und Gehälter soll um 980 Millionen gesenkt werden.

Als „Corona-Schutzmaßnahme“ wurde die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst reduziert. Bei nun sechs statt acht Stunden Arbeitszeit wurden die Gehälter zwischen 16,6 und 8,3 Prozent gekürzt. Ausgenommen sind Ärzte, Polizisten und Soldaten. Die „Schrumpfung“ des Staatssektors wird angesichts der Krise weiter beschleunigt. Zudem sollen sieben Staatsunternehmen geschlossen, weitere privatisiert oder zusammengelegt werden, darunter die Fluglinie TAME und die Post. Insgesamt sollen von den aktuell 23 staatlichen Unternehmen lediglich zwölf weiter bestehen.

Auch bei den öffentlichen Medien sind erhebliche Einsparungen geplant. Diese – jeweils zwei Zeitungen und Fernsehsender sowie ein Radiosender – waren unter der Vorgängerregierung von Rafael Correa (2007–2017) als Gegenöffentlichkeit zu den privaten Medienkonzernen gegründet worden. Nur drei Redaktionen sollen auch in Zukunft im Staatsbesitz verbleiben, von den aktuell über 600 Beschäftigten mehr als 400 eingespart werden.

Ecuador wird besonders stark durch den Ausbruch von Covid-19 getroffen. Im April erreichten die erschreckenden Bilder von Verstorbenen in den Straßen von Guayaquil auch die Zuschauer internationaler Medien. Das Gesundheitssystem in der Hafenmetropole war zusammengebrochen, Schutzmaßnahmen wurden zu spät umgesetzt, Gelder für das Gesundheitssystem nicht bereitgestellt.

Offensichtlich sieht die Regierung Moreno den Weg aus der Krise weiterhin in der Reduzierung des Staatssektors und in der Kürzung öffentlicher Leistungen, während Maßnahmen zur Verhinderung von Kapitalflucht und zur Stabilisierung der Außenhandelsbilanz unterbleiben. Sie verschärft ihren neoliberalen Wirtschaftskurs weiter, der durch die im März 2019 mit dem IWF geschlossene Vereinbarung über einen Kredit von 4,2 Milliarden Dollar vorgegeben ist.

Timm B. Schützhofer, amerika21

Interview mit Pedro Badrán

Pedro Badrán, 1960 in Magangué, im tropischen Hinterland der kolumbianischen Atlantikküste geboren, hat als Journalist, Literaturprofessor und Biograph gearbeitet. 2019 erschien mit „Der Mann mit der magischen Kamera“ sein erstes Buch in deutscher Übersetzung. Das Interview fand kurz vor der Corona-Krise in Bogotá statt.

In Ihrem Roman *Der Mann mit der magischen Kamera* schildern Sie das Leben in Cartagena abseits der touristischen Stätten. Verweben Sie da Kindheitserinnerungen?

Cartagena ist eine Stadt mit einer starken spanischen Kolonialvergangenheit, sie war einer der wichtigsten Knotenpunkte des Sklavenhandels und hat daher einen hohen Anteil afrokolumbianischer Bevölkerung. Im 19. und 20. Jahrhundert setzte dann ein Verfallsprozess ein, aber im kollektiven Gedächtnis blieb dieses Postkartenimage der Tourismusstadt. Cartagena hat abseits davon Bezirke mit hoher sozialer Ungleichheit. In meinem Buch versuche ich ein nicht-touristisches Cartagena zu zeigen, ein Cartagena, das zu verschwinden droht und vom Fotografen Tony Lafont in meinem Roman festgehalten wird.

Unterscheiden sich die Kolumbianer aus dem Landesinneren, die *cachacos*, wie sie die *costeños* nennen, im Charakter von den Menschen aus Cartagena?

Die Unterschiede sind sehr markant: Die Leute an der Atlantikküste sind lebenslustiger, die aus den Kordillern eher zurückhaltend. Die Regionen und Temperaturelemente brauchen einander. Ohne *Costa* wäre das Landesinnere unvollständig und umgekehrt. Das wird auch in der Literatur oft beschrieben.

Würden Sie von zwei Seiten einer Medaille sprechen?

Kolumbien ist ein Land mit vielen Gesichtern. Der große argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges hat gesagt, Kolumbianer zu sein ist ein Akt des Glaubens, denn seine Identität wurde durch Grenzen bestimmt, die das spanische Imperium gezogen hat. Man entdeckt mehr Gemeinsamkeiten zwischen einem *costeño* und einem Bewohner der Dominikanischen Republik als mit einem *cachaco*. Ein Mann aus den *Llanos*, den östlichen Tiefebene, hat andere Interessen als ein *paisa*, ein Bewohner von Antioquia. Kolumbien ist ein Land mit vielen Regionen, die durch die Geographie getrennt sind. Dadurch entstanden sehr ausgeprägte regionale Identitäten.

Wie kommen diese Menschen unterschiedlicher Identitäten miteinander aus? Mögen sie einander?

Es gibt da viele Mythen um dieses Thema und durchaus humoristische Zugänge. Die regionalen Differenzen wiegen oft weniger schwer als die politischen. Jeder Kolumbianer ist Feindesland. Das gilt für die Regionen, aber auch für die einzelnen Menschen. So herrscht eine große Rivalität zwischen Bogotá und der Peripherie. Die *Costa* war oft gezwungen, ihre Produkte ins Landesinnere zu verkaufen, statt an die nahegelegenen Inseln. Daraus entstand eine Kultur des Schmuggels. Das Zentrum schuf Tatsachen, die dadurch verschärft wurden, dass die Industrie immer weit von den Küsten angesiedelt war.

Gibt es diese kolumbianische Identität also überhaupt jenseits des Fußballstadions?

Nein, die gibt es nur, wenn die Nationalmannschaft spielt. Der Staat ist viel kleiner als das Territorium. Der Staat im Verständnis des 19. Jahrhunderts hat sich noch nicht formiert, das Land ist sehr fragmentiert.

Der Schriftsteller Óscar Collazos sieht Cartagena in einem Essay

„JEDER KOLUMBIANER

als Zentrum des Tourismus und der Prostitution.

Da ist was dran. Es kommen viele Besucher und wie in jeder Hafenstadt blüht die Prostitution. Wahrscheinlich ist Cartagena sogar ein Zentrum der Kinderprostitution. Man hat versucht, das zu bekämpfen. Es geht um Kinder zwischen zwölf und 14 Jahren, die man oft in Diskotheken antrifft.

Die Freier kommen aus dem Ausland?

Die meisten gehören Netzwerken an, die über geheime Kanäle diese Option in Tourispaketen angeboten bekommen. Auch andere Tourismusdestinationen haben gelitten, etwa Taganga, seit die Israelis sich dieses Ortes bemächtigt haben. Es sind mafiöse international vernetzte Banden, die das Drogengeschäft und die Prostitution in paradiesischen Destinationen kontrollieren. Der Staat hat sehr wenig Kontrolle, wo die touristische Infrastruktur plötzlich sprunghaft zunimmt.

Gib es unter diesen Umständen noch unschuldigen Tourismus?

Ich denke schon. In Santa Marta, Rodadero, Taganga koexistiert er mit den kriminellen Strukturen. Auch in Cartagena sieht man Familien am Strand. Viele Dinge sieht man nicht, wenn man nicht nach 22 Uhr auf der Straße unterwegs ist. Auf der Plaza de los Cochinos, dem ehemaligen Sklavenmarkt, geht es nach Mitternacht ab.

In Kolumbien ist nach Nobelpreisträger Gabriel García Márquez eine neue Generation von Schriftstellern groß geworden, die mit dem magischen Realismus nichts zu tun haben wollen. War da gewissermaßen ein literarischer Vätermord notwendig, dass diese aus dem Schatten des großen Gabo treten konnten?

Das liegt hinter uns. Für einen Schriftsteller aus der Karibik ist es natürlich schwieriger, denn die *Costa* ist ein magischer Ort. Für die Generation vor mir war es vielleicht schwieriger, sich zu emanzi-

IST FEINDESLAND“



Foto: Ralf Leonhard

nach Verschwundenen, der Strafprozesse wegen Staatsverbrechen.

Ihr Thema ist das eher nicht?

Ich könnte darüber schreiben. In meinem jüngsten Buch *Margarita por debajo de los cerdos* (noch nicht auf Deutsch erschienen) geht es um einen Detektiv, der an der Grenze

pieren, sowohl was die Art zu schreiben als auch die Themen betraf. García Márquez war ein Gigant oder, wenn du willst, ein Monster der Literatur, der sein eigenes Universum geschaffen hat. Heute gibt es andere Themen und eine große Distanz zu Gabo. Es sind die Europäer, die Lateinamerika immer noch durch die Brille des magischen Realismus sehen. Das ist auch verständlich, denn Gabos Bücher haben sich auf dem deutschen Markt in Millionenauflagen verkauft. Es ist also nicht die Schuld der Schriftsteller, sondern der LeserInnen, die sich heute vom magischen Realismus emanzipieren müssen. Viele Literaten haben das hinter sich. Für die Leserschaft ist das aber bequem, weil es eine gewisse koloniale Sichtweise bedient.

Gibt es einen gemeinsamen Nenner der neuen Generation?

In der Postmoderne gab es eine Explosion von Themen, von denen keines dominiert. Es geht um Gewalt, Drogenhandel, Auftragskiller, Prostitution, Tourismus.

Vor inzwischen mehr als drei Jahren wurde das Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC unterzeichnet. Gibt es so etwas wie eine *literatura post-conflicto*?

Die wird es sicher geben. Eines der Themen, dem man sich widmen muss, sind die Wunden, die der Konflikt hinterlassen hat, Themen der Erinnerung, der Suche

zwischen Verbrechen, Gewalt und Anständigkeit wandelt. Es ist sehr schwierig, sauber zu bleiben. Überall lockt die Korruption.

Krimis sind in Mode.

Weil sie es erlauben, über die kolumbianische Wirklichkeit zu schreiben, und von vielen gelesen werden. Schon in meinem Roman *Un cadáver en la mesa es mala educación* geht es um Polizisten, die zwischen Gesetz und Drogenhandel hin- und hergerissen sind. Das ist sehr wirklichkeitsnah, weil es bei der Polizei Informanten für die Drogenmafia gibt. Das gefällt mir als Thema. Auch die Suche nach den Verschwundenen und der Schmerz, den das bei den Angehörigen auslöst.

Die zum Verschwinden gebrachten Menschen waren hier nie so ein großes Thema wie in Argentinien, Chile oder Guatemala.

Das ist seltsam, denn es gibt sehr viele. Die Medien und die Intellektuellen haben dem Phänomen vielleicht nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. In diesem Land der Paragrafenreiter gilt ein Verbrechen nicht als solches, wenn die Leiche nicht auftaucht. Es verbleibt in einem juristischen Limbo und die Angehörigen verbleiben in ewiger Ungewissheit. Es gibt sehr viele Verschwundene, die mehr Aufmerksamkeit von Seiten des Staates verdienen würden. Auch das Thema der *falsos positivos* ist nicht aufgearbeitet. Es ist

widerlich, wie die Armee unschuldige Jugendliche ermordet, in Uniformen gesteckt und als im Kampf gefallene Guerilleros präsentiert hat.

Wird diese Praxis fortgesetzt?

Die Zeitschrift *Semana* hat über einen Befehl des Generalstabs berichtet, diese Praxis wiederzubeleben. Darauf soll der Befehl zurückgezogen worden sein. Aber es ist schwer zu sagen, was staatliche Politik und was Übergriff einzelner Soldaten ist, wenn wir an die vielen demobilisierten FARC-Veteranen denken, die seit dem Friedensabkommen ermordet worden sind.

Die Regierung von Präsident Iván Duque hat ja eine sehr widersprüchliche Haltung gegenüber dem Abkommen.

Das ist sehr großzügig formuliert. Sie hat schlicht kein Interesse an dessen Umsetzung. Sie tut so, als würde sie sich bemühen, aber in der Realität boykottiert sie den Friedensprozess.

Warum?

Es gibt politische Gruppen, die den Konflikt brauchen, um ihre Haltung der harten Hand zu rechtfertigen. Es gibt Beobachter, die sagen, (Ex-Präsident) Álvaro Uribe ist nichts ohne Konflikt und ohne FARC, denn seine Politik erschöpft sich in der Bekämpfung illegaler Gruppen.

Ich war immer der Meinung, der Konflikt wird dann beigelegt, wenn die kolumbianischen Eliten meinen, der Friede ist billiger als der Krieg.

Von Eliten zu sprechen, ist zu allgemein. Vielmehr geht es um Gruppen innerhalb der herrschenden Klasse. Der Friede berührt die Interessen der Großgrundbesitzer und Rinderzüchter durch die vereinbarten Reformen in der Landwirtschaft, darunter die Restitution geraubarer Ländereien.

Kolumbien hat in seiner 200-jährigen Geschichte als Republik fast ständig im Bürgerkrieg gelebt.

Es gab Perioden des Friedens. Und es gibt Kriege niedriger Intensität in teils ab-



BUCHBESPRECHUNG

⇨ von Seite 37: INTERVIEW PEDRO BADRAN

DIE MACHT DER MARAS

William Wheeler: *State of War. MS-13 and El Salvador's world of violence*
Colombia Global Reports, New York
2020, 140 Seiten, US-\$ 15,99

Die Bandenkriminalität hat El Salvador zum Land mit der höchsten Mordrate pro 100.000 Einwohner gemacht. Darüber ist man sich weitgehend einig. Weniger Einigkeit besteht hinsichtlich der Methoden ihrer Bekämpfung. Sowohl die Politik der „harten Hand“ als auch ein politisches Abkommen mit den Bandenchefs sind gescheitert. Die Macht der sogenannten *Maras* ist heute größer als je zuvor.

Der Journalist William Wheeler, der unter anderem für die *New York Times*, das *TIME Magazine* und die außenpolitische Zeitschrift *Foreign Affairs* schreibt, hat nicht nur die Entstehung der Banden differenziert aufgearbeitet, sondern durch Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Gangs auch deren Denkmuster anschaulich gemacht und dargestellt, wie schnell jemand zum gewissenlosen Killer werden kann.

Die *Mara Salvatrucha* und die *Mara 18* sind die bekanntesten Gangs in El Salvador. Ihre Ursprünge liegen in den Latino-Bezirken von Los Angeles, wo sich während des bewaffneten Konflikts der 1980er Jahre zigtausende Salvadoreños auf der Flucht vor der politischen Gewalt ansiedelten. Die Jugendlichen rotteten sich dort bald nach dem Vorbild der mexikanischen Banden zusammen und fochten mit rivalisierenden Gruppen oft blutige Kämpfe aus. Durch die gezielte Verfolgung in der kalifornischen Metropole wichen viele von ihnen in andere Bundesstaaten aus und verbreiteten sich über große Teile der USA. Kleidung und Tätowierungen übernahmen sie von den mexikanischen Vorbildern.

Nach dem Ende des Bürgerkrieges ließ US-Präsident Bill Clinton Tausende undokumentierte Flüchtlinge nach El Salvador repatriieren. Dass darunter viele mit einschlägiger krimineller Vorgeschichte waren, blieb den salvadorianischen Behörden zunächst verborgen und sie waren auf das plötzliche Entstehen von Banden nicht vorbereitet.

Zwei Präsidenten der rechten ARENA – Francisco Flores und Antonio Saca – gewannen ihre Wahlen mit dem Versprechen, der Gewaltkriminalität mit schonungsloser Härte (*mano dura*) zu begegnen. Allerdings, so Wheeler, habe ihnen sowohl ein umfassendes Konzept als auch die Umsetzung von sozialen Begleitmaßnahmen gefehlt, die den verfolgten Bandenmitgliedern realistische Alternativen angeboten hätten. Sie mussten also scheitern. Unterstützt in ihrem Scheitern wurden sie durch die USA, die weiterhin kriminelle Migranten deportierten und durch ihre liberale Waffenpolitik dafür sorgten, dass immer bessere Feuerwaffen über den Schwarzmarkt ihren Weg nach Zentralamerika fanden.

Was dann unter Präsident Mauricio Funes von der linken FMLN begann, nämlich ein zunächst geheimer Verhandlungsprozess mit den inhaftierten Bossen der *Maras*, ist noch von keinem Autor so detailliert und entlarvend beschrieben worden. Auf Geheiß von Verteidigungsminister David Munguía Payés wurden den gefangenen *mareros* ab 2012 nicht nur Haft erleichterungen gewährt. Sie bekamen auch Mobiltelefone und konnten das auf Erpressung von Schutzgeldern beruhende Geschäft vom Gefängnis aus weiter steuern. Dass nach einem in den Medien gefeierten Gewaltverzichtsabkommen die Zahl der Morde schlagartig halbiert wurde, galt als Beweis, dass eine politische Lösung möglich ist. Wie sich später herausstellen sollte, wurden aber kaum weniger Menschen umgebracht, nur achteten die Banden darauf, die Leichen nicht auf der Straße liegen zu lassen, sondern sie zu verscharren. Erst Jahre später wurden Dutzende Opfer jener Zeit exhumiert.

Noch erschreckender aber sind die Verstrickungen zwischen Politik, Militärs, Drogenbanden und *Maras*, die der Autor – belegt durch Interviews mit Beteiligten – schildert. Der schmale Band gehört zum Besten, was in den letzten Jahren über El Salvador geschrieben wurde. Er hinterlässt auch jene, die gehofft hatten, unter der FMLN würde politische Korruption zumindest verringert werden, ernüchert zurück.

Ralf Leonhard

gelegenen Regionen. In Bogotá, Medellín oder Barranquilla geht das Leben weiter, wenn weit weg kriminelle Banden Bauern von ihrem Land vertreiben, wenn illegal nach Gold oder Smaragden geschürft wird. Eine Sache sind die Städte, wo fast 80 Prozent der Bevölkerung leben, und eine andere das Land. (Der 1948 ermordete liberale Politiker) Jorge Eliécer Gaitán sprach von einem politischen und einem nationalen Land. Das politische Land sind die Städte, wo der Krieg kaum zu spüren ist, das nationale sind die Bauern, die der Gewalt ausgesetzt sind.



Ist das der Fluch des Reichtums? Kolumbien ist ja unendlich reich an Ressourcen.

Es gibt viele Gründe, aber der Konflikt um die Kontrolle der Ressourcen ist einer davon. Der Reichtum ist in sehr wenigen Händen konzentriert und der Konflikt um das Land hat die Gewalt ausgelöst. Der Drogenhandel ist nichts anderes als eine Antwort auf die Unmöglichkeit des sozialen Aufstiegs. Er ist nur mit illegalen Mitteln möglich.



Es gibt Studien, wonach man in Kolumbien elf Generationen benötigt, um aus der Armut in den unteren Mittelstand aufzusteigen.

Vielleicht sind es jetzt weniger. Kolumbien ist das Land in Lateinamerika, dessen Wirtschaft am stärksten gewachsen ist. Und der Konflikt mit den FARC hat das Bruttoinlandseinkommen nur um 0,5 Prozent beeinträchtigt.



Vor Weihnachten und auch in letzter Zeit wieder gab es große Demonstrationen. Sind sie der Motor für politischen Wandel?

Diese Demonstrationen, die oft von Jugendlichen angeführt werden, haben manchmal Happening-Charakter. Sie sind legitim, weil die Arbeitsverhältnisse meist ausbeuterisch sind. Aber während der Proteste diskutiert die Regierung Reformen, die noch schädlicher für die Arbeitnehmer sind. Die realen Erfolge dieser Mobilisierungen sind also minimal.

Interview: Ralf Leonhard

IN MEMORIAM LUIS SEPÚLVEDA

(1949–2020)

Am 16. April ist der Schriftsteller und Aktivist Luis Sepúlveda an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung in Oviedo in Nordspanien gestorben. Wir erinnern an einen großen Compañero.

Luis Sepúlveda wurde am 4. Oktober 1949 in Ovalle im Norden Chiles geboren. Sein Vater war Restaurantbesitzer und Mitglied der Kommunistischen Partei, seine Mutter Krankenschwester und Angehörige der Mapuche, die 300 Jahre lang die spanische Kolonisation bekämpft hatten, sein Großvater ein exilierter andalusischer Anarchist. Eine Familientradition, die prägte.

Der junge Sepúlveda schließt sich zunächst der Kommunistischen Jugend an. Früh beginnt er zu schreiben, für seinen ersten Erzählungen-Band *Crónica de Pedro Nadie* wird ihm ein Preis des kubanischen Kulturinstituts *Casa de las Américas* verliehen. Im Anschluss daran bekommt er ein Stipendium an der Lomonosow-Universität in Moskau, wird aber schon nach ein paar Monaten nach Hause geschickt, weil er gegen die „proletarische Moral“ verstoßen habe, und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Er wird nun Mitglied bei den Sozialisten, betätigt sich weiter als Schriftsteller, studiert an der Theaterschule. Ende der 1960er Jahre lernt er seine erste Frau Carmen Yáñez kennen, 1971 heiraten die beiden, kurz darauf wird ihr Sohn Carlos geboren.

Erst spät wird bekannt, dass Luis Sepúlveda zwischenzeitlich in den Reihen der bolivianischen ELN aktiv war, die sich nach dem Tod Che Guevaras reorganisierte und 1970 einen tragisch gescheiterten Versuch unternahm, einen neuen Guerillafokus in Teoponte, nördlich von La Paz, zu installieren. Zurück in Chile beteiligt er sich am Versuch der *Unidad Popular*, auf friedlichem Weg den Sozialismus aufzubauen. Luis Sepúlveda wird diese Phase später als die beste Zeit seines Lebens bezeichnen und es als Privileg empfinden, an diesem gelebten „schönen Traum“ teilgehabt zu haben. Er gehört zum Kreis der GAP (*Grupo de Amigos Personales*), die die Leibgarde Salvador Allendes bildet. Durch den maßgeblich von den USA unterstützten Militärputsch Pinochets wird

dieses Experiment einer solidarischen Gesellschaft 1973 in Blut erstickt. Luis Sepúlveda wird verhaftet und schwer misshandelt. Auf internationalen Druck kommt er nach sieben Monaten frei, geht in den Untergrund, wird ein zweites Mal verhaftet und zu lebenslänglich verurteilt. Nach zwei Jahren Haft wird seine Strafe 1977 aufgrund erneuten Einsatzes von *Amnesty International* in acht Jahre Exil umgewandelt.

Schweden hatte ihm Asyl angeboten, doch bereits beim ersten Zwischenstopp des Flugzeugs in Buenos Aires durchkreuzt Luis Sepúlveda den Reiseplan und hält sich in der Folge in mehreren Ländern des *Cono Sur* auf. Schließlich landet er in Ecuador, wo er seine Theaterarbeit wieder aufnimmt. Eine Zeit lang lebt er hier unter den *Shuar*-Indígenas im Amazonasgebiet, eine Erfahrung, die später in seinen erfolgreichsten Roman *Der Alte, der Liebesromane las* einfließen wird. Ende 1978 schließt er sich der internationalen Brigade *Simón Bolívar* an und kämpft in Nicaragua gegen die Diktatur Somozas. Nach dem Sieg der Revolution verlässt er aufgrund von Differenzen mit der sandinistischen Führung das Land und lässt sich in Deutschland nieder. Hier lernt er seine zweite Frau Margarita Seven kennen, mit der er drei Kinder haben wird.

In den 1980er Jahren lebt Luis Sepúlveda in Hamburg, arbeitet als Journalist u.a. für den *Spiegel* und entdeckt mit dem Umweltschutz das zweite große Thema seines Lebens. Er ist auf Schiffen von *Greenpeace* unterwegs und engagiert sich als Öko-Aktivist gegen den Walfang. Nach der Trennung von seiner zweiten Frau, mit der ihn Zeit seines Lebens weiter eine innige Freundschaft verbinden sollte, verbringt er zwei Jahre in Paris. 1996 siedelt er schließlich nach Asturien in Nordspanien über, wo er seither mit Carmen Yáñez zusammenlebt, zu der er den Kontakt wieder aufgenommen hatte. Er heiratet Carmen, eine Überlebende der Pinochet-Diktatur wie er und längst eine anerkannte Dichterin, ein zweites Mal. Eine Liebesgeschichte, die selbst ein Roman ist. In Gijón ist er Gründer und Organisator des *Salón del Libro Iberoamericano* und beteiligt sich an dem von Paco Ignacio Taibo II alljährlich organisierten Literaturfestival *Semana Negra* in Gijón.



Sein Werk wurde in ca. fünfzig Sprachen übersetzt und erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Zu seinen bekanntesten Büchern gehören neben *Der Alte, der Liebesromane las Die*

Welt am Ende der Welt, *Patagonia Express* und das Jugendbuch *Wie Kater Zorbas der kleinen Möwe das Fliegen beibrachte*. Bei *Assoziation A* erschien von ihm *Die Spur nach Feuerland*. Hauptfigur des Romans ist der chilenische Ex-Guerillero Juan Belmonte, ein Alter Ego des Schriftstellers.

Von Luis bleibt mir neben seinem Werk die Erinnerung an eine begeisternde Woche, die wir mit vielen Genossinnen und Genossen gemeinsam im Rahmen der *Semana Negra* verbrachten. Es war ein einmaliger Mikrokosmos von Überlebenden der lateinamerikanischen Militärdiktaturen, dissidenten Kubanern und Kriminalschriftstellern, die ihr Werk als kritische Röntgenaufnahme der Gesellschaft verstanden. Paco, Paloma und Marina Taibo; der *Tupamaro* Mauricio Rosencof; Justo Vasco, Leonardo Padura, Daniel Chavarría und Humberto Solás aus Kuba; Volker Alberts aus Bremen – sie alle waren dabei. Wir haben gesungen, gelacht und Wein getrunken. Es war seine Welt.

Die Literatur hat Luis Sepúlveda ganz im Sinne Walter Benjamins den Verlierern der Geschichte gewidmet. „Wir Schriftsteller müssen die Stimme der Vergessenen sein“, war sein Motto. Er war ein Kosmopolit und leidenschaftlicher Reisender, dem das Wort „Vaterland“ nichts bedeutete. Er sei „rot bis auf die Knochen“, hat er einmal von sich gesagt. Dabei war er von einer anarchischen Unabhängigkeit des Denkens. Seinen politischen Zielen blieb er immer treu und hat den Traum von einer besseren Welt nie aufgegeben. Ihr galt wie der Liebe seine ganze Hingabe.

Adiós compañero!

Theo Bruns,

Verlag Assoziation A, Hamburg

P.S.: Unter dem Titel „Widerstand vom Ende der Welt“ ist in der arte-Mediathek und bei YouTube noch bis zum 16. Juli ein wundervolles filmisches Porträt Sepúlvedas (Regie: Sylvie Deleule) zu sehen: <https://www.arte.tv/de/videos/044172-000-A/luis-sepulveda/>, <https://youtube.com/watch?v=69BABQC2DP0>